

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen und für deren Raum 60 Bg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Bg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Bg. (zweiwöchige Zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen je nach dem Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 14. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wir klagen an!

Petersburg, 11. Februar. (Fig. Ver.)

Seit Jahren schon gelst der Hilferuf der gemarterten politischen Gefangenen in den zarischen Kerker durch die ganze Welt. Je höher die Bestie der Gegenrevolution ihr Haupt erhob, je fester die Reaktion sich in den bestehenden Klassen verankerte, desto höher stieg die Welle der Gefängnisgrenel, mit denen die Regierung jeden weiteren Kampf der Volksmassen zu brechen suchte. Wohl noch nie, selbst in den finsternen Zeiten unter Nikolaus I. und Alexander III., haben die russischen Kerker solche Massengreuel, solche raffinierte Folterungen gesehen, wie unter der „konstitutionellen“ Regierung des „Friedenszaren“ Nikolaus II. Auf diesen Greueln, auf den Folterungen, den Massenhinrichtungen, den Bogromen hat diese Regierung im Kampfe gegen das eigene Volk ihre heutige Machtstellung aufgerichtet. Auf den Leibern der Hungerstirneten und Massakrierten, auf den Knochen der nach Zehntausenden zählenden politischen Gefangenen, der Besten des Volkes, in der blutdurchdünsteten Atmosphäre des von Henkersknechten regierten Landes, ist jenes Rußland wiedererstand, das den Geist der Barbarei über seine eigenen Grenzen hinaus trägt, und trotz seiner inneren Schwäche seine Taten nach neuem Länderraub ausstreckt.

Diese grundlegende Tatsache hebt den Kampf gegen die zarischen Gefängnisgreuel über den Rahmen der einfachen Forderungen der Humanität hinaus. Das bestehende russische Regierungssystem bedarf dieser Greuel, weil es ohne sie keine eigene Natur verleugnen und sich einer mächtigen Waffe gegen seine politischen Gegner begeben würde. Das bürgerliche Europa duldet sie, wie sie die Schmach der Kolonial- und der Kriegsgreuel duldet. Nur die Arbeiterklasse, als die eigentliche Trägerin der Humanität, führt unermüdet den Kampf gegen diese und andere Greuel. Aus den Gräbern der Ermordeten, aus den Kofematten der lebendig Begrabenen schöpft sie immer wieder neue Antriebe, neue Kraft für den Kampf, den sie gegen eine Welt von Feinden zu führen hat. Und indem sie diesen Kampf führt, schleudert sie nicht nur dem barbarischen russischen Regierungssystem, sondern der gesamten bürgerlichen Welt, die um ihrer Profitinteressen willen diese Barbarei duldet und fördert, ihre Anflagen ins Gesicht.

Eine solche Anklage ist die neulich in der Duma eingebrachte und von 64 Abgeordneten unterzeichnete sozialdemokratische Interpellation über die fortwährenden Greuel in den russischen Gefängnissen. Nur ein kleiner Ausschnitt aus dem endlosen Meer des Leidens und Entsehens, nur ein Bruchteil von dem, was jahrein, jahraus in den Kerker sich abspielt, wirkt diese Interpellation wie eine Fackel, die selbst das schlummernde Gewissen des bürgerlichen Europas wecken mußte. Nachstehend seien die wesentlichsten Stellen aus dieser Anklageschrift angeführt:

„Im September und Oktober 1912“ so beginnt die Interpellation, „erschieden in den Zeitungen bruchstückartige Mitteilungen über außergewöhnlich schwere entsetzliche Vorgänge in den Katorgagefängnissen zu Kertschinsk und Drel, denen politische Gefangene zum Opfer gefallen sind. Diese Angaben wurden bald darauf bestätigt durch die Mitteilungen der Betroffenen und der unmittelbaren Augenzeugen der Vorgänge. Die Hungerstreiks und Selbstmorde der Gefangenen nach sich zogen. Die sozialdemokratische Fraktion und die „Arbeitsgruppe“ der Reichsduma besitzen folgendes Material über die Vorgänge auf der Katorga:

I.

Am 20. Juni 1912 wurden die politischen Gefangenen Boris Shadonowsky (Offizier aus Wien), N. Bilibir (Realschüler aus Kaluga), S. Szuma (Matrose), A. Konup (Matrose), Schmidt (verurteilt im Prozeß der Ribauer Anarchisten), Nekrasow (Sozialdemokrat), Kurotschkin, Jahn Dux (Lehrer aus den Ostseeprovinzen, Sozialdemokrat), S. Korotkow, Giffenson, Kupitschenko, Timoschitschkin, Butkow und Nja Bernstein zur „Besserung“ aus der Schlüsselburg nach dem Katorgagefängnis zu Drel gebracht. Alle wurden hier in Einzelzellen gesperrt und nach in derselben Nacht, in Anwesenheit der Gefängnisadministration, den schwersten Mißhandlungen unterworfen, die dann noch im Verlauf von 2 Wochen fortgesetzt wurden. Nachstehend der dokumentarische Bericht eines der Mißhandelten: „Nun war die Reihe an mich gekommen. Die Tür öffnete sich und herein stürzte der Oberaufseher, hinter ihm der ganze Haufen. Ich hatte beschlossen, nicht zu schreien, und als man mir einen Schlag auf den Hals versetzte, wich ich schweigend zurück. Einer ergriff mich an den Schultern, ein anderer an den Beinen, man hob mich in die Höhe und schleuderte mich mit der Brust auf den Fußboden. Ich stöhnte unwillkürlich, worauf einer, offenbar der Direktorgehilfe, ironisch bemerkte: „Aha, nun spricht er schon französisch, höfliche Behandlung will er, der Hund.“ Einer setzte sich auf meine Schultern und band mir die Hände zusammen, ein anderer fesselte meine Beine. Ich leistete keinen Widerstand. Alles schwiieg, nur hin und wieder stöhnte ich vor Schmerz. Ich lag mit dem Gesicht auf dem Fußboden; einer stieß mir den Fuß ins Gesicht und begann dann, offenbar aus Neugier über mein Schweigen, mit den Füßen auf mir heranzutreten. Als man mir mit einem Schlüssel „unter die Rippen“ Schläge zu versetzen anfang, begriff ich, weshalb die Genossen, die vor mir mißhandelt worden waren,

so laut geschrien hatten. Ich hatte keine Kraft mehr zu schweigen, und begann vor Schmerz zu schreien. Nun begann man den Scharfsinn an mir zu üben. Einer der Gehilfen nahm die Lampe in die Hand, setzte sich auf den Fußboden, beleuchtete mein Gesicht, ergriff meine Nase und sprach: „Na, wollen mal deine Nase betrachten!“ Sobald ihm die Zahl der Schläge mit dem Schlüssel genügend erschien, sprach er etwas, worauf man mich, an Händen und Füßen gebunden, in die Höhe hob und dann wieder zu Boden schleuderte. Der Gehilfe betrachtete wieder mein Gesicht und sprach: „Weshalb ist das Gesichtchen so sauber?“ Einer ergriff mich an den Schultern, ein anderer an den Knien, stieß mich mit dem Gesicht auf den Fußboden und schleifte mich über den Asphaltboden der Zelle. Die Folge war eine Abschlüpfung über das halbe Gesicht. Dadurch befriedigt, hob man mich noch einmal auf und schleuderte mich mit dem Gesicht in die Ecke.“

Nach den Mitteilungen, die der Arbeitsgruppe und der sozialdemokratischen Fraktion zugegangen sind, werden diese Folterungen noch heute ausgeübt.

II.

Ende Sommer des Jahres 1912 wurden die Ordnungen auf der Katorga zu Kertschinsk einer grundlegenden Änderung unterworfen, die sofort eine Reihe schwerer Komplikationen hervorrief, die das Leben der Gefangenen noch heute bedrohen. Der Militärgouverneur des Transbaikalgebietes, Stjajtschko, erließ eine Instruktion für die Katorgagefängnisse, in der er militärische Disziplin: das obligatorische „Du“, das Kommando „Stillgestanden!“ usw. vorschrieb. Diese Instruktion, die von dem Inspektor der Hauptgefängnisverwaltung, Sementkowsky, anlässlich seiner Inspektionsreise bestätigt wurde, hatte diese Folgen:

Im Gefängnis zu Kutomara führte der neue Direktor Solowkin, auf Grund der oben genannten Instruktion, eine solche Behandlung der Gefangenen ein, daß er einen fünfzehntägigen Hungerstreik der Gefangenen hervorrief. Ungeachtet dessen stimmte der Inspektor Sementkowsky nicht nur der Handlungsweise des Direktors zu, sondern rief noch durch sein „Du“ den Protest des Gefangenen Bruljow hervor. Der Inspektor gab den Befehl, den Gefangenen zu bestrafen, und reiste ab. Am 16. August wurde Bruljow in bestialischer Weise geprügelt, ins Zeughaus geschleppt und ohne vorherige ärztliche Besichtigung durchgepeitscht. In derselben Nacht nahmen die politischen Katorgagefangenen Moischkin, Michailow, Leibason, Rytschlow, Maslow, Tschernomow, Koslow und Odinzow Gift zu sich. Das Gift brachte schreckliche Qualen, aber nicht den Tod. Darauf schnitten sich drei, Leibason, Maslow und Rytschlow die Adern auf und starben; es starb auch Buchalsky, der sich am folgenden Tage vergiftet hatte. In demselben Gefängnis wurde der politische Katorgagefangene Wassiljow am 8. Tage des Hungerstreiks durchgepeitscht, worauf er sich vergiftete und starb; zugleich mit ihm beging auch der Gefangene Kirillow nach der Durchpeitschung durch Vergiftung Selbstmord.

Dieselben Schreckensszenen wiederholten sich im Katorgagefängnis zu Algatich, nachdem der Inspektor Sementkowsky und der Gouverneur Stjajtschko dort eingetroffen waren. Am 10. September wurde der politische Gefangene Prodsky wegen seiner Weigerung die militärische Grundformel zu brechen, in den Kerker gesperrt und am folgenden Tage durchgepeitscht. Seine Zellengenossen Rytschlow und Grefitschko vergifteten sich. In bewußtlosem Zustande wurden sie nach dem Spital gebracht und am folgenden Tage, noch vollständig krank, in den Kerker geschleppt. Prodsky wurde wahnsinnig. Am demselben Tage (12. September) schnitten sich die politischen Katorgagefangenen Ogorodnow, Prozor, Timoschenko die Adern auf; Malinowsky und Roditschlow vergifteten sich. Am 15. beging Markow durch Vergiftung Selbstmord.

Die Interpellanten führen noch eine ganze Reihe ähnlicher Vorgänge in den Gefängnissen der Katorga zu Kertschinsk an, die zu Hungerstreiks und Selbstmorden der Gefangenen führten. Hervorgehoben sei, daß der erwähnte Militärgouverneur Stjajtschko, im direkten Widerspruch zu einem Rundschreiben der Hauptgefängnisverwaltung, den Befehl erteilte, daß alle tuberkulösen Kranken in Algatich an Händen und Füßen gefesselt werden sollten. Nicht genug damit, versprach er im Frühling wiederzukommen und sämtliche Gefangene des Bezirks durchpeitschen zu lassen!

III.

Am 8. Januar d. J. wurde der geistesranke politische Gefangene Eugen Dwalija in Kutais von einem Direktorgehilfen mißhandelt und gefoltert. Endlich sind Angaben vorhanden, daß in dem Moskauer Katorgagefängnis „Butyrki“ in der allerletzten Zeit eine Exekution an den Gefangenen vorgenommen wurde. Da wir aber zurzeit noch nicht die Namen der Mißhandelten und der Schuldigen in Händen haben, verlangen wir bloß, daß unersüßlich eine öffentliche Untersuchung der Moskauer Ereignisse eingeleitet wird.

Dies die Tatsachen; indem sich die unterzeichneten Mitglieder der Duma auf sie beschränken, versichern sie bemüht die Schilderung der Schrecknisse, die die russischen Katorgagefangenen im Jahre 1912 erduldet haben. Denn aus der Masse des Materials wollen sie der Reichsduma nur diejenigen Handlungen der Regierungsbeamten zur Prüfung unter-

breiten, für die die Schuldigen der unzweifelhaften Bestrafung nach den Kriminalgesetzen unterliegen. Indem wir entschieden und mit aller Energie jede Körperstrafe verurteilen und die Prügelstrafe als Schandfleck der heutigen Kultur betrachten, konstatieren wir mit Entrüstung, daß die Anwendung dieses Strafmittels die Träger der Regierungsgewalt auf Abwege führt und sie in einfache Gewalttäter und Mittel verwandelt.“

In der weiteren Darlegung weisen die Interpellanten nach, daß die oben geschilderten Exekutionen an den politischen Gefangenen, wie überhaupt die an ihnen vorgenommenen fürperlichen Züchtigungen selbst den bestehenden Verordnungen und Instruktionen widersprechen. Die Handlungsweise der Verwaltung in den genannten Gefängnissen erweist sich deshalb als Verbrechen im Dienst. „Da alle diese Verbrechen von den Direktoren der Katorgagefängnisse, ihren Gehilfen und Wärtern in Erfüllung der Instruktionen und unmittelbaren Befehle des Gouverneurs der Gefängnisinspektion verübt worden sind, glauben wir, daß auch diese Personen unverzüglich dem Gericht übergeben werden müssen. Da aber alle geschilderten Vergehen unter offener Nachsicht des Chefs der Hauptgefängnisverwaltung begangen worden sind, so muß auch dieser wegen Nichtanwendung der Amtsgewalt zur Verantwortung gezogen werden.“

Zum Schlusse wenden die Interpellanten sich mit folgenden Fragen an den Justizminister und den Minister des Innern:

1. Sind Ihnen die oben genannten Mißbräuche der Ihnen unterstehenden Beamten bekannt?
2. Trifft dies zu, weshalb sind die Personen, die die Mißbräuche begangen haben, nicht dem Gericht übergeben worden?
3. Welche Maßregeln sind getroffen, um dem in den Gefängnissen herrschenden Regiment der Willkür und der Gesetzlosigkeit, das das Leben der Gefangenen bedroht, ein Ende zu setzen?

Die Terrorismuslüge.

Der Mörder Schubmeiers sucht seine Untat mit den angeblichen Verfolgungen zu entschuldigen, denen er durch sozialdemokratische Arbeiter ausgesetzt war. Daran ist, wie uns aus Wien geschrieben wird, kein Wort wahr. Ob Kunschak unter den Verfolgungen der Arbeiter viel zu leiden hatte, darüber kann man aus dem Arbeitsbuch Rückschlüsse erhalten, das in Oesterreich jeder Arbeiter noch immer haben muß. Das Arbeitsbuch erzählt uns, daß Paul Kunschak immer ein Wandervogel war und nirgends lange geblieben ist, und es zeigt, daß er schon vor dem Jahre 1905, wo es mit den Siemens-Schudert-Werken zum Konflikt kam, seine Arbeitsplätze ebenso oft gewechselt hat, wie nachher.

Was den Konflikt in den Siemens-Schudert-Werken betrifft, den er zu der Denunziation zweier Vertrauensmänner benutzt hat, so ist durch die feinerzeitige gerichtliche Verhandlung festgestellt worden, daß von dem Kunschak gar nichts anderes verlangt worden war, als das Selbstverständliche, daß er sich von der gemeinschaftlichen Organisation des Betriebes nicht ausschließe, was er aber, den offenbar die perverse Lust nach einer Märtyrerrolle antrieb, den Konflikt absichtlich auf die Spitze trieb. Aber später wurde er von der Arbeiterkassette überall einfach gemieden, niemals wurde er wieder auf seinen Arbeitsplätzen behelligt. Er konnte arbeiten, wo er wollte — und Arbeit gibts ja überall — solange er wollte. Um den Lügen über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ ganz gründlich den Garaus zu machen, wollen wir genau erzählen, wie es ihm auf seinen drei letzten Arbeitsplätzen erging:

Er war vom 2. November 1907 bis zum 2. August 1910 in der Fabrik von Roth. Die Betriebskassette berichtet darüber: „Roth Protokollbuch ist Paul Kunschak aus dem Betrieb freiwillig ausgetreten. Vorher hat sich allerdings noch etwas abgespielt. Paul Kunschak ist nicht zur Arbeit gekommen, weil er erklärte, immer zur Versammlung gehen zu müssen.“

Paul Kunschak hat seine eigenen Gefinnungsgenossen, christlich-soziale Arbeiter, wiederholt bei seinem Werksdirektor denunziert. Der frühere Werksdirektor war selbst ein Christlich-Sozialer, der ihn wieder aufnahm, weil Paul Kunschak christlich-sozial gefinnt war. Als er aber bei seiner Arbeit immer nachlässiger wurde, hat ihm der Werksdirektor, sein eigener Parteigenosse, deshalb wiederholt Vorstellungen gemacht. Paul Kunschak trat dann mit der Begründung aus dem Betriebe aus, er habe in den städtischen Gaswerken eine Anstellung erhalten.

Dann war Paul Kunschak in der Fabrik des Reichsratsabgeordneten Friedmann vom 5. Oktober 1910 bis 8. Januar 1911 beschäftigt. Darüber berichtet Abg. Friedmann:

„Mir ist unbekannt, daß die Arbeiter in unserem Betriebe jemals das Verlangen gestellt hätten, Kunschak zu entlassen. Wenn das der Fall gewesen wäre, müßte ich unter allen Umständen davon wissen. Es ist weder zu politischen, noch zu anderen Reibereien zwischen Kunschak und den anderen Arbeitern gekommen.“

Und nun zur letzten Firma, bei der Kunschak arbeitete: es ist die Kraftwagen-Gesellschaft auf dem Austerhof bei Wien. Der Betriebsleiter Robert Klein teilt darüber folgendes mit:

„Paul Kunschad ist von uns nicht entlassen worden, sondern er ist selbst gegangen. Niemand hat ihm etwas in den Weg gelegt, auch die Arbeiter nicht. Von den Arbeitern ist ihm keiner zuzunähe getreten, sonst hätte er auch nicht ein halbes Jahr hier sein können.“

Damit sind die Erfindungen von den Verfolgungen, mit denen seine Freunde den Mörder entlassen wollen, erledigt. Warum hat nun Paul Kunschad seit anderthalb Jahren keine Arbeit bekommen? Darüber können freilich weder das Arbeitsbuch, noch die Unternehmer Aufschluß geben. Aber das ist nun auch aufgeklärt: Der Mörder hat dem Polizeirat Schuldner beim Verhör selbst erklärt: „Seit Dezember 1911 habe ich keine Arbeit mehr gehabt; ich habe seit dieser Zeit auch keine Arbeit mehr gesucht.“

Damit steht fest, daß es nicht die Verfolgung der Sozialdemokraten, sondern seine eigene Arbeitslosigkeit war, warum er anderthalb Jahre ohne Arbeit blieb. Arbeitslos war es eigentlich nicht; er hat an dem Mordwerk gearbeitet! Er hat Dummdummgelächse gegen die Sozialdemokraten fabriziert. Mit kaltem Blute hat er den Mord geplant, mit kalter Ueberlegung ihn vorbereitet und mit Tücke jede Einzelheit vorbedacht.

Gewöhnliche Mörder begnügen sich, zu töten; dieser Christlich-Soziale hat seine eigene Werkstatt errichtet, um das Geschick so grausam und gräßlich als möglich zu machen.

Klerikale Rohheit.

Die Ermordung des Genossen Schuhmeier hat in Wien allgemeine Teilnahme und Abscheu über die Schurkenart hervorgerufen. Auf dem Rathaus weht die Trauerfahne, der Präsident des Abgeordnetenhauses, die bürgerlichen Fraktionen haben Beileidskundgebungen gesandt, ebenso der Bürgermeister, der christlichsoziale Weiskirchner; der Gemeinderat wird an der Bahre des Verbliebenen im Namen der Stadt Wien einen Kranz niederlegen; die Presse aller Parteien widmet unserem Genossen ehrende Nachrufe, selbst die christlichsoziale „Reichspost“, seit der Verunglimpfung Silberers als Reichenspänderblatt gebrauchtem Markt, verurteilt die Tat und spricht dem Opfer ihr Mitleid aus. Doch aber die klerikale Seele in ihrer Nacktheit sich offenbare, dafür ist auch diesmal gesorgt worden. Die „Germania“ schreibt:

Klerikales Christentum, Klerikale Nächstenliebe!

„Die schreckliche Tat ist selbstverständlich aufs Schärfste zu verurteilen; findet aber ihre Erklärung, wenn man hört, daß der Täter von den roten Terroristen derart verfolgt wurde, daß er keine Arbeit mehr erhalten konnte. Dabei war Schuhmeier einer der wüsten roten Agitatoren und eine der widerlichsten Erscheinungen im Parlament.“

Aber zur Befestigung der klerikalen Wahrheitsliebe wollen wir die Kundgebung des Parteirates der Christlichsozialen dennoch versehen:

„Das öffentliche Leben Wiens hat durch den Tod des Gemeinderates Franz Schuhmeier einen außerordentlich schweren Verlust erlitten. Am schwersten trifft uns alle der tiefbegründete Umstand, daß Franz Schuhmeier mitten aus seinem Lebenswerk durch eine unglückliche Tat herausgerissen wurde.“

Die christlichsoziale Partei gibt ihrer Trauer über den Tod des Abgeordneten und Gemeinderates Schuhmeier, der jederzeit seine ganze Kraft in den Dienst seiner Partei gestellt hat, schmerzlichen Ausdruck. Diese anfrichtige Teilnahme, welche alle Gegenstände von Parteien und Anschauungen zum Schweigen bringt, gilt insbesondere der verwaiseten, schwerbetroffenen Familie nicht minder aber den schuldlosen Angehörigen dessen, der diese wahnsinnige Tat verübte hat.“

Besser kann die Verklumpung der „Germania“ wohl nicht gekennzeichnet werden.

Der türkisch-bulgarische Krieg.

Die Nachricht, daß die Pforte sich neuerdings an die Mächte gewandt habe, um ihre Vermittlung für den Friedensschluß zu erlangen, wird jetzt auch in Konstantinopel offiziell bestätigt. Zugleich bringt heute das Organ des Wiener Answärtigen Amtes eine Darlegung, der zufolge die Reibungsflächen zwischen Oesterreich und Rußland im Schwund begriffen seien. In den letzten Tagen namentlich nach der Rückkehr des Prinzen Hohenlohe aus Petersburg war die Kriegspartei des österreichischen Thronfolgers wieder einmal an ihrer unheilvollen Arbeit und beschuldigte die offizielle Politik des Grafen Berchtold der Schwäche und allzu großer Nachgiebigkeit. Die Darlegungen des „Fremdenblattes“ bilden eine Abwehr dieser Angriffe, die auch immer wieder in die deutschen Zeitungen geschmuggelt werden. So sehr es aber auch zu begrüßen ist, daß das offizielle Organ die österreichisch-russischen Differenzen als gering und ungefährlich kennzeichnet — und im Vergleich mit dem Ungeheueren, das der Krieg bedeuten würde, handelt es sich in der Tat um belanglose Bagatellen —, so spricht auch diese Auslassung noch nicht das erlösende Wort aus: von einer Demobilisierung ist noch immer nicht die Rede.

Das Friedensverlangen der Türkei.

Konstantinopel, 12. Februar. Ueber die Wahrheit der Nachrichten aus London befragt, daß man kurz vor der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen stehe, erklärte der Großwesir:

Die Nachrichten entbehren nicht der Wahrheit. Eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen oder die Fortsetzung der Besprechung mit den Mächten ist natürlich. Die Verhandlungen können, auf Grund der Antwortnote der Pforte wieder aufgenommen werden. Ich habe das Großwesir nicht zu dem alleinigen Zweck übernommen, den Krieg fortzusetzen, sondern dazu, alle Anstrengungen zu machen, um unter Bedingungen, die soviel wie möglich die Interessen des Landes wahren, Frieden zu schließen. Die Regierung wird den Krieg fortsetzen, wenn sie es für das Land nützlich erachtet. Die militärischen Aktionen zeigen, mit welcher Energie die Regierung entschlossen ist, das Land zu verteidigen. Aber es ist Pflicht der Regierung, auf diplomatischem Wege auf den Frieden hinzuarbeiten. Die Regierung beschäftigt sich also mit dem Schicksal ihrer dem Mächten überreichten Antwortnote und wird sich bemühen, auf der Grundlage dieser Note Frieden zu schließen.

Die Pforte hat an ihre Botschafter eine Zirkularnote gesandt mit der Aufforderung, sie sollten, da die letzte Antwortnote der Pforte für geeignet befunden sei, die Grundlage für weitere Friedensverhandlungen zu bilden, in diesem

Sinne die Mächte sondieren. Die Zirkularnote ist im Sinne der oben abgegebenen Erklärungen des Großwesirs gehalten.

Zweifigkeiten im türkischen Ministerium.

Konstantinopel, 13. Februar. Es verlautet, daß der Minister des Innern, welcher seit drei Tagen nicht im Ministerium erschien, zu demissionären Absichten neigt, weil er mit dem Großwesir über die Friedensfrage sich in Meinungsverschiedenheiten befindet. Der Scheich ul Islam und der Präsident des Staatsrats Said Pascha sollen sich mit dem Großwesir identifizieren.

Oesterreich und Rußland.

Wien, 13. Februar.

Das „Fremdenblatt“ schreibt:

Die Handschreiben der beiden Monarchen sowie der ganze Verlauf des Besuchs des Prinzen am russischen Hofe haben sinnfälliges Zeugnis gegeben, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Höfen keinerlei Trübung erfahren haben. Was aber die politischen Fragen anlangt, welche sich im Laufe der letzten Monate zwischen den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Rußlands ergeben haben, so handelt es sich bei den etwa noch vorhandenen Divergenzen eigentlich nicht um reale Interessengegenstände, sondern eher um Ueberbleibsel aus früheren Zeiten, um bisher nicht aufgelöste Bodenfälle einer Vergangenheit, welche durch die geschichtlichen Entwicklungen der letzten Monate überholt worden sind. Denn über die alten Rivalitäten auf dem Balkan sind die kriegerischen Ereignisse hinweggeschritten. Der Balkan gehört den unabhängigen Balkanvölkern. Die Balkanvölker sind frei und stehen auf eigenen Füßen. Damit sind aber auch die sonstigen Quellen des Zwiespals zwischen Wien und Petersburg endgültig verschüttet. Das seit Jahrzehnten befolgte Balkanprogramm Oesterreich-Ungarns, das Oesterreich wiederholt praktisch betätigt hat, wurde durch die geschichtliche Entwicklung bereits seiner Verwirklichung näher gebracht. Der wertvollen Mitarbeit Oesterreich-Ungarns ist es in erster Reihe zuzuschreiben, wenn das Prinzip, daß der Balkan von den unabhängigen Balkanvölkern beherrscht werden soll, auf der ganzen Linie und für alle Völker der Hämishalbinsel seiner Durchführung entgegengeht. In voller Unabhängigkeit und ohne unnatürliche, wesensfremde Hindernisse werden sie sich ihrer Entwicklung und ihren Interessen widmen können. Dieses natürliche Verhältnis wird auch für ihre Beziehungen zu den übrigen Staaten maßgebend sein. Oesterreich-Ungarn ist die einzige Großmacht, welche unmittelbar an die Balkanstaaten grenzt, ja, die Monarchie ist selbst zum Teil ein Balkanstaat, da ja fast ein Neuntel ihrer Bodenfläche geographisch genommen auf der Balkanhalbinsel liegt. Infolge der jüngsten Entwicklung ist die Grenze zwischen Orient und Occident noch weiter zurückgeschoben, und die ganze Balkanhalbinsel tritt in den Bereich der westeuropäischen Völkersfamilie. Das benachbarte Oesterreich-Ungarn wird die kulturellen Anforderungen dieser Gebiete und der sie bewohnenden Völker mit besonders warmem Interesse verfolgen und so fördern trachten.“ Das Blatt schließt: „Mit den neuen Verhältnissen schwinden allmählich die Reibungsflächen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen von Wien und Petersburg, welche durch die Mission des Prinzen Hohenlohe neuerdings in Erscheinung getreten sind, werden gewiß eine wesentliche Wirkung in diesem Sinne ausüben.“

Vor Adrianopel.

Sofia, 13. Februar. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Beschießung Adrianopels dauert fort. Die türkischen Ausfallversuche am 10. und 11. Februar sind unter großen Verlusten, die mehr als 1000 Mann betragen, zurückgewiesen worden.

Vor Tschataldscha und Bulair ist die Situation unverändert. Die ganze Küste von Silbri bis Bulair befindet sich in den Händen der Bulgaren. Auf dieser Linie unternahm der Feind gestern nichts. Die bulgarischen Truppen behaupten energisch ihre Stellungen.

Eine bulgarische Darstellung.

Dimotiza, 12. Februar. (Meldung der Agence Bulgare.) Ein Communiqué aus dem Hauptquartier besagt: Alle aus Konstantinopel kommenden Nachrichten über die militärischen Operationen in der zweiten Kriegperiode, welche den türkischen Waffen angeblich Siege über die Bulgaren zuschreiben, sind vollständig falsch und wurden von der türkischen Behörde zu dem Zwecke verbreitet, die europäische Meinung irrezuführen. Der tatsächliche Gang dieser Operationen seit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bis heute war folgender: Am 4. Februar schlugen die bulgarischen Truppen die türkische Armee auf der Halbinsel Gallipoli südlich vom Flusse Kadal. Die Türken, welche eine Anzahl von Toten und Verwundeten zurückließen, flüchteten in voller Deroute hinter die Positionen der Stadt Bulair, energisch verfolgt von den Bulgaren. Am 8. Februar unternahm sechs türkische Divisionen einen Angriff gegen unsere Truppen, welche in den Stellungen ungefähr fünf Kilometer von Bulair verschanzt waren. Die Türken wurden vollständig von den Bulgaren geschlagen, welche durch einen Gegenangriff mit dem Bajonett den Feind zwangen, panisch zu flüchten. Der Feind ließ zahlreiche Trophäen zurück. Die türkischen Verluste in dieser Schlacht sind ungeheuer. Die Bulgaren haben bis gestern ungefähr 6000 türkische Leichen beerdigt und bis Bulair hin ist das Terrain noch mit weiteren Leichen von Türken bedeckt. Die Landungsversuche der Türken an den Küsten des Schwarzen Meeres und des Marmarameeres wurden an allen Punkten mit beträchtlichen Verlusten der Türken zurückgeschlagen. Ebenso wurde der Landungsversuch bei Rodina gleich zu Beginn von den bulgarischen Truppen zunichte gemacht, welche den Türken einen Verlust von 100 Toten und Verwundeten zufügten. Bei der Landung bei Scharlsj am 8. und 9. d. M. wurden die türkischen Truppen in Stärke von drei Divisionen durch die Bajonette der Bulgaren bis zum Meere zurückgeschlagen. Die Türken verloren hier mehr als 1000 Tote und Verwundete. 457 Türken, welche sich nicht wieder einschiffen konnten, wurden zu Gefangenen gemacht. Nach diesen Ereignissen ist die ganze nördliche Küste des Marmarameeres, insbesondere alle Höfen und beherrschten Punkte bis Bulair, gänzlich in den Händen der Bulgaren. Die Nachrichten über eine angebliche Landung bei Rodos und Silbri, Myrosito und Rhidia sind vollständig falsch. In diesen Räumen haben keine Landungsversuche stattgefunden. Was den Rückzug der bulgarischen Vorposten bei Tschataldscha aus der ersten Linie anbelangt, so ist dieser Rückzug nichts anderes als die genaue Ausführung eines vorher gefassten präzis Planes.

Türkische Meldungen.

Konstantinopel, 13. Februar. Die Aembar meldet, haben die türkischen Streitkräfte in Janina den Voh Jovrovo angegriffen und nach dreieinhalbstündigem Kampfe die Griechen vernichtet (?). Von einem Regiment hätten sich nur acht Mann, von denen noch sechs verwundet seien, gerettet. Den Türken seien 13 Kanonen und eine Menge Munition in die Hände gefallen. — Das Mel-

dungen, die gestern Abend auf Silbri hier angelangt sind, wegen die Montenegriner keinen Angriff mehr. Die Serben sollen ihnen die Unterjochung verweigert haben. — Die Türken haben die Bulgaren bei Silbri in die Flucht geschlagen und ihnen große Verluste beigebracht. Sie selbst hatten nur geringe Verluste. — Vorgestern Nacht und gestern früh kam es zu ersten Kämpfen zwischen den Türken und den Bulgaren vor Bulair. Das Ergebnis der Kämpfe ist noch unbekannt.

Junkerliche Wünsche.

Der Dämpfer, der den Junkern durch die Reichstagswahl im Januar 1912 aufgesetzt worden ist, scheint nicht allzu lange nachzuwirken. Mehr und mehr treten die Konservativen wieder mit ihren unerschämtesten Forderungen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Ausbeutung der Konsumenten offen hervor. Die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates bietet dafür vor neuem deutliche Beweise.

Unter den Mitteln zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion empfahl in der Wittmooschung, der bekanntlich auch der Kaiser bewohnte, der Berliner Nationalökonom Professor Sering die innere Kolonisation. Obgleich es offenbar ist, daß auch Sering die innere Kolonisation im wesentlichen aus rein politischen Gründen befürwortet, hielt es doch die nachfolgenden Redner für angebracht, diesen Bestrebungen auf Befreiung der Landarbeiter entgegen zu treten. Vor allem zeichnete sich dabei von Oldenburg auf Januschau aus, der natürlich nicht offen zugab, daß er ein Feind der inneren Kolonisation sei. Aber er machte doch so viele Einwendungen gegen die Aufteilung von großen Gütern und Domänen, er forderte so oft allergrößte Vorsicht bei diesem Vorgehen, daß man seine eigentliche Anschauung wohl herauszuhören konnte. Während die Mitglieder des Landwirtschaftsrates der Rede von Professor Sering im wesentlichen schweigend, d. h. mit innerem Widerspruch zugehört hatten, spendeten sie dem Feinde der inneren Kolonisation lebhaften Beifall. Wie hätten sie als Großgrundbesitzer und Junker auch nur der teilweisen Befreiung der Landarbeiter zustimmen können, die sich aus den Seringischen Forderungen notwendig ergibt. Professor Sering war denn auch sehr wenig von der Kritik seiner Ausführungen erbauet und wandte sich in seinem Schlusswort gegen Oldenburg. Wohl stimmte man der von Sering vorgeschlagenen Resolution zu. Aber es ist gar kein Zweifel, daß das nur wegen der Wirkung nach außen geschah, während die Junker tatsächlich nach wie vor jede innere Kolonisation hemmen werden.

In der Donnerstagstagung befahl sich der Deutsche Landwirtschaftsrat zunächst mit der wichtigen Frage der deutschen Fleischversorgung. Der erste Referent, Rittergutsbesitzer Stadhausen, vertrat sich dabei zu der Versicherung, daß das ganze Geschrei über Fleischnot in der gegenwärtigen Zeit wider besseres Wissen erhoben werde. Er hält es für notwendig, daß sich alle beteiligten Kreise damit abfinden müßten, wenn die deutsche Landwirtschaft nicht billiger produzieren könne. Er und sein Korreferent, Oberbürgermeister v. Wagner-Mim, empfahlen als einzigen Weg zur Sicherstellung des Fleischbedarfes die auch von der Regierung und den Landwirtschaftskammern empfohlenen Lieferungsverträge der Viehverwertungsgenossenschaften mit den Städten.

Trotz in diesen Referaten die ganze agrarische Gleichgültigkeit gegenüber der Not der Konsumenten zeigte, so zeigte sich beim nächsten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter die ganze reaktionäre Gesinnung unserer ostelbischen Junker. Der erste Berichterstatter, Landrat von Patodi, Vorsitzender der ostpreussischen Landwirtschaftskammer, besagte wohl die große Zahl ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft als eine wirtschaftliche und nationale Gefahr. Die Ursachen der Landflucht liegen nach ihm zum Teil in der Faulheit der Arbeiterfrau, die keine Eigenwirtschaft mehr treiben wolle. Als ein Hilfsmittel empfahl er — Eier- und Geflügelverwertungsgenossenschaften und die Lohnzahlung in Naturalien, um den Arbeiter an das Land zu fesseln. Als die fürchtbarste Gefahr für die Landwirtschaft bezeichnete der Landrat den Erntestehl auf den die freigewerkschaftliche Landarbeiterorganisation angeblich hinarbeite. Während Herr v. Patodi keine eigentlichen Anschauungen noch mit einem Tropfen sozialen Geistes sah, brachte sein Mitberichterstatter Herr v. Thüngen (Bayern) die junkerlichen Wünsche ganz offen zum Ausdruck. Auch er jagte gegen die Landarbeiterorganisation scharf zu machen. Er empfahl gerade die großen Güter als besten Wall gegen den Ansturm der Sozialdemokratie; gegen weitere Lohnsteigerungen müsse Front gemacht werden, denn sonst würden sie noch den vorhandenen geringen Betriebsüberschuss in der Landwirtschaft gänzlich auffaugen. In der beständigen Verkürzung der Arbeitszeit sah dieser vortreffliche Nationalökonom einen Grund für das Sinken des Geldwertes und damit für die Teuerung. Noch mehr als den Landarbeitern die ja der Gefährdung unterliegen, misstraut der Freiherr den landwirtschaftlichen Nebenerwerb beschäftigten Industriearbeitern. Er wünscht daher eine neue Agrarverfassung. Denn wenn die alte auch grausam gegenüber dem Arbeiter gewesen sein mag, so war sie doch besser als gar keine. So habe er zum Beispiel kein Bedenken, einem Orsch zuzustimmen, das die jungen Leute von 16 bis 20 Jahren zwingt, auf dem Lande zu bleiben, falls sie in der Stadt eine ausreichende Beschäftigung nicht finden. Die Freizügigkeit sei geradezu ein Unglück und ein Unfug, wenn man sie auch auf unfreie Bürschen und Mädchen ausdehne. Selbst die Lehrer und die Geistlichkeit hätten dazu beigetragen, die jungen Leute vom Lande wegzuzeln. Jetzt sei es schwer, der Jugend beizubringen, daß es Gottes Gebot sei, sich im Schweiße seines Angesichts sein Brot zu verdienen. Selbst der Staat erhielt seinen Küffel. Er ginge mit den Arbeitern viel zu sanft um. Bei den Eisenbahnarbeitern zum Beispiel werde viel zu lässig gearbeitet, es fehle der Unteroffiziersion und es fände eine kolossale Zeitverschwendung statt. Sogar unser Bürgerliches Gesetzbuch ist diesem Freiherrn viel zu modern. So enthielte das Eherecht Bestimmungen, die vor 30 bis 40 Jahren jede anständige Bürgerfrau abgelehnt hätte.

Kein Wunder, daß bei solchen Anschauungen am Mittwoch Herr v. Oldenburg Mecklenburg als das ihm sympathischste Land feierte. Selbst die preussischen Zustände sind den Junkern noch nicht reaktionär genug. Sie erstreben nach rückwärts gerichtet die völlige Anrechtung des Volkes auf feudale-patriarchalische Art.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 13. Februar 1913.

Klassenjustiz — Postbeschwerden.

Aus dem Reichstage. In die Ehren des Tages teilten sich zur Hälfte die Herren Visco vom Reichsjustizamt und Kraetke vom Reichspostamt. Mit banger Erwartung stand Herr Visco auf der Bundesratsbühne, als ein Sammelruf über die Frage, die ihm so sehr am Herzen lag, entschied, ob das Reichsgericht einen letzten Reichsanwalt haben soll oder nicht. Er schaute besorgt auf

die Rein-Lür, durch die noch immer Abgeordnete herein-
„sprangen“, als sich die Saal-Lür schon längst geschlossen hatte.
„Mehr noch? Nimmt der Zug kein Ende?“ Mit 143 Stim-
men der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen 116
Stimmen aller übrigen Parteien fiel der Reichsanwalt. Das
bewegliche Plaidoyer des Nationalliberalen Hundt, sein Ver-
such, die politische Entscheidung der Sozialdemokraten als
einen Verstoß gegen die Staatsrechte reiner Vernunft zu diskredi-
tieren, war erfolglos geblieben. „Zu spät! Du reitest den
Freund nicht mehr!“

Vorher hatte sich noch der Fortschrittler Haas, ein
Rechtsanwalt aus Baden, zur Frage der Klassenjustiz ge-
äußert. Der Artikel des „Vorwärts“ über die Klassen-
justiz hatte es ihm besonders angetan. Er versuchte mit
juristischem Scharfsinn einen Gegenstand zwischen den Beue-
rungen Landsberg und Heines und dem „Vorwärts“-Artikel
zu konstruieren und nachzuweisen, daß der „Vorwärts“ den
Richtern doch bewußte Rechtsbeugung vorgeworfen habe. Der
ungehörige Versuch ist ihm natürlich nicht gelungen. Es
mag sein, daß man in Süddeutschland die bitteren Klagen
über die Klassenjustiz nicht im vollen Maße zu würdigen
weiß, weil dort die Klagengegenstände noch nicht bis zu solcher
aufpeitschenden Rücksichtslosigkeit entwickelt sind wie im Nor-
den, besonders im Nordwesten. Im Norden hat man dafür
auch weniger Verständnis für das milde Zureden, mit dem
Herr Haas und andere die Richter von ihren Klassenvor-
urteilen zu kurieren sich einbilden.

Die Justiz verstand betrübt aus dem Saale, in dem
man den sechsten Reichsanwalt schmöder Weise zurückbehalten
hatte. Die muntere Kapuzinerpredigt — oder war es eine
verspätete Karnevalsrede? — des badensischen „Birkenlepp“
aus dem Zentrum, mit der der rednerische Teil der Justiz-
debatte abschloß, wird Herrn Disco nur ein magerer Ersatz
dafür sein.

Auf den Sessel der Regierung setzte sich der dürre
Generalgewaltige des deutschen Reichspostwesens,
der Junggelle Kraetke. Man muß den Familienstand
dieses Herrn schon immer wieder erneut in Erinnerung
bringen, weil er vielleicht wenigstens bis zu einem bescheiden-
nen Grade die menschlichen Gründe für die bürokratische
Zugehörigkeit der Postverwaltung gegen alle sozialpolitischen
Fortschritte im Beamtenwesen erklärt. Und es ist vielleicht
mehr als ein Zufall, wenn gerade im Postwesen mit Kinder-
zulagen für die Beamten ein Anfang gemacht wird. Freilich
würde Herr Kraetke persönlich von diesem Fortschritte weder
im Guten noch im Bösen berührt werden, da er in der Post-
verwaltung keinen Kollegen neben sich hat, dem etwaige
Kinderzulagen zugute kommen würden.

Unser Genosse Ebert war in diesem Jahre der erste
Ankläger der Reichspostverwaltung. Leider kann eine sozial-
demokratische Postrede heutzutage nur aus Anklagen bestehen.
Die Sparpolitik des Herrn Kraetke, das Bedürfnis, immer
mehr Ueberflüssiges aus dem Verkehrsinstut, das die Post
eigentlich sein soll, herauszupressen, läßt sich leider nicht mit
einer ernsthaften Sozialpolitik vereinbaren. Natürlich
liebe sie sich damit in Einklang bringen, wenn die Regierung
im allgemeinen und die Reichspostverwaltung im beson-
deren dazu den Willen hätten, wenn nicht, wie Genosse Ebert
mit glücklicher Prägnanz sagte, aus dem Verkehr ein Er-
werbsinstut geworden wäre, ein Erwerbsinstut, das für
die Kosten militärischer und kolonialer Prestigepolitik in
erster Linie mit aufzukommen hat.

Mit besonderem Nachdruck behandelte unser Redner die
rückständige, unsoziale und unfreundliche Personal-
politik der Reichspostverwaltung. Scharf
kritisierte er, daß auch nicht einem der Wünsche, die der
Reichstag im vorigen Jahre der Reichsregierung übermitteln
hatte, vom Bundesrate zugestimmt worden sei. Die Löhne,
die die Postverwaltung zahlt, sind teilweise geradezu un-
glücklich. Mit Recht erscholl aus den Reihen der sozialdemo-
kratischen Fraktion der Ruf: Hungerlöhne! Genosse
Ebert schloß mit einem interessanten Zitat aus einer konse-
rvativen Zeitschrift, die in böhmischer Weise die Forderungen
der Postbeamten zurückgewiesen und sich außerdem noch über
die Organisationen der Beamten und ihre Sekretäre in
hämischer Weise aufgehalten hatte. Die Beamten werden
freilich schon längst wissen, wo ihre wahren Freunde sitzen!

Nach dem sozialdemokratischen Redner erhob der Reichs-
schafretreter einige eintretliche Vorbehalte gegen die ge-
äußerten Wünsche. Sodann kamen noch die Vertreter einiger
kleineren Parteien zu Wort.

Die Angst vor Besitzsteuern.

Das Abgeordnetenhaus führte am Donnerstag zunächst die Be-
ratung des Quartals zu Ende. Einen breiten Raum in den Er-
örterungen nahmen die Ausführungen über den neuen Opernhaus-
bau ein. Genosse Liebknecht legte hierbei dar, daß auch der
neue Wettbewerb kein befriedigendes Resultat ergeben habe und daß,
falls man wirklich ein Haus wolle, das Berlin und der zeit-
genössischen Kunst würdig sei, man zu einem erneuten
Preisausschreiben schreiten müsse. Die Zumutungen von
ultramontaner Seite, daß Berlin zu den Kosten auch
entsprechend herangezogen werden müsse, wies unser Redner
energisch durch die Feststellung zurück, daß es sich bei
dem neuen Opernhaus wesentlich um einen Tempel höfischer
Kunst handele, der als Volkstheater für breitere Kreise
der Berliner Bürgerschaft in keiner Weise in Frage
komme.

Eine interessante Debatte brachte dann der Etat der indirekten
Steuern. Der Zentrumredner Parischer schweifte vom Thema
weit auf das Gebiet der Reichspolitik ab und empfahl im Gegensatz
zu Herrn Erzberger, daß die Deckungsfrage für die neuen Militä-
forderungen in der Weise geregelt werden müsse, daß man die
Stempelsteuern dem Reiche zu einheitlicher Gestaltung überweise
und dafür die Besteuerung den Einzelstaaten über-
lasse. Um diese ultramontanen Unsummenigkeiten vollständig zu
machen, erklärte später Herr Herold vom Zentrum, daß seine
Partei zu der Deckungsfrage der neuen Militärvorlage noch
keinerlei Stellung genommen habe und daß sie erst dann
einen Entscheid über die steuerlichen Angelegenheiten fällen werde,
wenn im Reichstage die Deckungsfrage unmittelbar an sie heran-
trete. Das Zentrum sucht also einzuwirken die Öffentlichkeit in
möglichster Unklarheit über seine Absicht zu lassen, um bei
den Reichstagsverhandlungen gegebenenfalls möglichste Verwirrung
anzustellen zu können!

Herr Paasche erklärte für den Freisinn, daß seine Partei
der Auffassung sei, daß die Ueberlastung der Stempelabgaben an
das Reich ein gänzlich verfehlter Schritt sei und zur Deckung der
neuen Militärausgaben tatsächlich Besitzsteuern geschaffen werden
müßten. Dem widersprach auf das Lebhafteste Octavio v. Redlich,
der erstens bestritt, daß der Beschluß des Reichstages, daß neue
Militärlasten durch Besitzsteuern zu decken seien, auch für die neue

Heeresvorlage Geltung habe, und zweitens behauptete, daß Preußen
mindestens ebenso gute Besitzsteuern schaffen könne wie das Reich.
Dabei verwies er jedoch auf die berückichtigte Rede des Herrn
v. Seydewitz und schloß sich dessen Besorgnis an, daß der Reichstag
in seiner Besitzsteuer bis zur Konfiskation des Eigentums
gehen könne, nachdrücklich an.

Die Angst vor einem allzu tiefen Griff in das Portemonnaie
der Besitzenden ist also die einzige Triebfeder derer, die das
Reich durch allerhand Finanzmanöver um die Einführung einer
Reichsbesitzsteuer bringen möchten!

Opfer — aus fremden Taschen.

Es ist eine alte, schon vom Vorgänger des Freiherrn
v. Bethmann Hollweg befolgte Sitte, daß der Reichskanzler
das Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrates durch seine
Gegenwart verjähnt und eine kleine Tischrede hält, in der er
sein warmes Herz für die Landwirtschaft beteuert. Daß der
Philosoph von Hohenfinow in seiner gottgewollten Abhängig-
keit von den adligen Großagariern mit diesem schönen
Brauch nicht brechen werde, stand von vornherein fest
— und tatsächlich hat er denn auch gestern Abend die
übliche Ansprache gehalten, etwas kurz, mager und
unzulänglich, wie ja meist seine Redeleistungen sind, aber
im ganzen doch, wie die Festteilnehmer durch ihren
lebhaften Beifall befundeten, der Würde des Augenblicks ent-
sprechend.

Der Kanzler leitete seine Tischrede mit einer Art Ent-
schuldigung ein. Er sagte:

Ich weiß, die Herren Landwirte billigen nicht alles, was ich
in letzter Zeit auf volkswirtschaftlichem Gebiete veranlaßt habe.
Trotzdem müssen Sie mir gestatten, daß ich gern zu Ihnen
komme, und daß ich mich wohl bei Ihnen fühle. (Beifall.)
In Ihrer Einladung sehe ich ein Zeichen, daß es nur Ueberzeugung
ist, was uns in den Fällen trennt, wo wir einmal glauben, ver-
schiedene Wege gehen zu müssen.

Dann redete der Kanzler einige Sätze über die Aufgabe
der deutschen Landwirtschaft und die „große Frage“ der
inneren Kolonisation sowie über den Opfermut der Väter von
1813, und nachdem auf diese Weise die nötige Anknüpfung
gefunden war, folgte schließlich als Schlußwort eine
pathetische Empfehlung der geplanten neuen Heeresver-
mehrungen:

Wir werden in diesem Jahre unsere Rüstungen zu Lande ver-
stärken müssen. (Lebhafter Beifall.) Darin sind alle verantwortlichen
Stellen, das will ich hier hervorheben, eines Sinnes. (Lebhafter
Bravo!) Und das Volk, wenn ich es recht verstehe, will, daß, wer
wehrfähig ist, auch Soldat wird. (Lebhafter Beifall.) Reich und
Staat, Haus und Hof sind uns mit allem, was sie an Hab
und Gut für Seele und Leib umschließen, zu heilig, als daß wir
sie nicht mit den äußersten Mitteln gegen Krieg und Kriegsgefahr
zu sichern und zu verteidigen entschlossen wären. (Beifall.) Darin
ist, davon bin ich überzeugt, die Nation einig und wird es auch
bleiben, wenn wir im Reichstag — um Ostem wird es sein — die
Vorlagen verhandeln. (Beifall.)

Aber Opfer wird es kosten. Gott hat dem deutschen
Volk eine Stelle auf dem Erdball angewiesen und unsere Geschichte
so gefügt, daß Opfer, große Opfer unser schweres
Erbe sind. Sie willig zu bringen, sei unser
Stolz. (Beifall.)

Der Reichskanzler wird sich nicht irren: die Großgrund-
besitzer sind bereit, große Opfer für das teure Vaterland zu
bringen — Vorbedingung ist nur, daß sie diese Opfer nicht
aus ihrer Tasche zu bringen brauchen, sondern diese nach altem
Brauch den unbemittelten Volksschichten aufgebürdet werden.

Wilhelms II. hinausgeschmissener Pächter.

Der Kaiser hat in seiner Rede im Landwirtschaftsrat erzählt,
daß er einen Pächter hinausgeschmissen habe; die Form, in der er
es erzählte, hat unter den Junkern verständnisvolle Heiterkeit aus-
gelöst. Er sagte: „Mit einem Teil des lebenden Inventars will ich
denmächt ein Wortwerk besetzen, um so mehr, als ich meinen
Pächter hinausgeschmissen habe (Lebhafter Heiterkeit),
der nichts mehr taugte, und daß ich in eigene Regie über-
nehmen will.“

Die „Berliner Morgenzeitung“ läßt sich nun über den Streit des
Kaisers mit dem „hinausgeschmissenen Pächter, der nichts mehr taugte“,
aus Elbing berichten:

Das zu der Herrschaft Coblenz gehörige Gutwerk Rehberg
ist von dem Vorbesitzer des Kaisers am 22. Oktober 1892 an den
Mittlergutpächter Helmuth Sobst verpachtet worden, kurze Zeit vor
dem Erwerb des Gutes durch den Kaiser. Schon im Pach-
vertrage war die Errichtung eines neuen Wohnhauses für den Pächter
vorgesehen. Es haben dann mehrere Jahre lang Verhandlungen
zwischen der Gutverwaltung von Coblenz und dem Pächter wegen des
Neubaus geschwiebt, und es ist eine Reihe von Bauplänen, deren Aus-
führungskosten zwischen 28000 M und 30000 M schwankten, angefertigt
worden, ohne daß eine Einigung über ein bestimmtes Bauprojekt
erzielt werden konnte. Der Kaiser zeigte lebhaftes Interesse für
die Erbauung eines neuen Wohnhauses. Er war der Meinung,
daß das Pächterwohnhaus nicht so sei, wie man es von
dem Wohnhause auf dem Pachtgrundstück eines Standes-
herrn verlangen könne. Nachdem in einem Vorprozeß fest-
gestellt worden war, daß der Pächter auf Grund des
Pachtvertrages verpflichtet sei, die an den Pachtgebäuden
notwendigen Reparaturen vorzunehmen oder das Pachtgrundstück
zu räumen, ließ der Kaiser die erforderlichen Reparaturen in der
Zat vornehmen. Der Kaiser aber, der durchaus einen Neubau
aufführen wollte, ließ durch seine Gutverwaltung von Coblenz
eine neue Klage gegen den Pächter erheben, mit dem Antrag, fest-
zustellen, daß der Beklagte verpflichtet sei, die zur Errichtung eines
Neubaus des Pächterwohnhauses erforderlichen Hand- und
Spanndienste ohne Entschädigung zu leisten, und ein Pfändel zu
den Bauleisten beizutragen. Der Pächter, der früher selbst ein
neues Wohnhaus gewünscht hatte, stellte sich jetzt auf den Stand-
punkt, er sei wohl berechtigt gewesen, einen Neubau zu verlangen,
sei aber nicht verpflichtet, einen Neubau zu bauen. Das Land-
gericht Elbing hat den Beklagten im wesentlichen nach dem Klage-
antrage verurteilt, im Gegenstand hierzu hat aber das Oberlandes-
gericht Marienwerder die Klage des Kaisers abgewiesen. Gegen
diese Entscheidung hatte der Kaiser Revision beim Reichsgericht
einlegen lassen. Im Mai v. J. hat jedoch das Reichsgericht auch
die Revision abgewiesen.

Gastfreundschaft.

Aus Nordschleswig kommt die Nachricht von einer neuen Auf-
sehen erregenden Ausweisung. Der Landrat in Sonderburg hat den
norwegischen Gutbesitzer und Marineleutnant Concheron Kamot aus
dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen. Der Ausgewiesene hat in
mehreren dänischen Versammlungshäusern in Nordschleswig Vorträge
mit Plakaten gehalten. Die vier Themen, die er zur Kostvoll stellte,
sind: China und die Revolution, Japan und die Mandchurie, Fänelmar
und Norwegens gemeinsame Geschichte, Der große nordische Krieg.
Die Vorträge hatten lehrerlei agitatorischen Charakter. Als Kamot
am Sonnabendnachmittag von Landslet, wo er abends vorher im
dänischen Versammlungshaus gesprochen hatte, in Sonder-
burg ankam, wurde er von der Polizei am Bahnhof er-

wartet, die ihm die Ausweisungsborder überreichte. Es bleibt
nur die Vermutung, daß die Ausweisung deshalb erfolgt
ist, weil Kamot in dänischen Versammlungshäusern gesprochen hat.

Diese für Preußens Ansehen im Auslande gerade nicht förder-
liche Ausweisungsgeschichte bekommt dadurch einen komischen An-
strich, daß — wie die dänische Presse in Nordschleswig berichtet —
Kamot ein glühender Bewunderer Wilhelm II. sein soll, mit dem er
während seines Dienstes in der norwegischen Marine persönlich zu-
sammengekommen ist.

Das neue Kirchenlicht von Köln.

Der neuernannte Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, bisher
Bischof von Münster, hat heute im königlichen Schlosse den vor-
gedruckten Treueid abgelegt. Der Kaiser war selbst anwesend,
und diese Gelegenheit benutzte der neue Erzbischof, um sich der so-
genannten „Ältesten Synode“ durch eine salbungsvolle Ansprache
zu empfehlen. Nach dem offiziellen Bericht sagte er:

„Daß Eure Majestät geruhen, diesen Eid Ältesten selbst ent-
gegenzunehmen, darin erblicke ich dankbaren Herzens einen neuen
Beweis der wohlwollenden Genügsamkeit, welche Eure Majestät
gegen die katholische Kirche hegen, deren Diener zu sein ich die
Ehre habe.“

Ich leiste diesen Eid nicht nur, weil eine Vereinbarung
zwischen der Krone Preußen und dem Heiligen Stuhle ihn mir
zur Pflicht macht, sondern auch aus vollem, freudigem, Eurer
Majestät warm ergebener Herzen. Die Bestimmungen der Ein-
hänglichkeit und Treue gegen die Dynastie, die mir schon als Kind
im elterlichen Hause eingepflanzt sind, und die ich mir im Laufe
der Jahre treu bewahrt habe, flammten hoch in mir auf
durch die Ältesten Synode, mit der Eure Majestät mich vor
Jahresfrist zu empfangen geruhen. Als Erzbischof von Köln
werde ich es mir nach besten Kräften angelegen sein lassen,
diese Bestimmungen auch in den Herzen der meiner Ob-
sorge anvertrauten Gläubigen zu sähen und zu pflegen. Es er-
scheint das um so notwendiger, je lächer-
licher und verwegener die Mächte des Umsturzes
und der Verneinung an den Fundamenten des
Thrones wie des Altars rütteln. Auf der anderen
Seite ist es um so leichter, je einmütiger begeisterte Liebe und
Beerbung gegen den gegenwärtigen Träger der Krone alle Kreise
durchdringt.“

Der neue Oberseelebischof von Köln hat sich also selbst in dieser
kurzen Ansprache nicht verhehlen können, seine Dienste als Streiter
im Kampfe gegen die „Mächte des Umsturzes“ ergebenst
anzubieten. Es kann eben niemand aus seiner Haut.

Belgien.

Gegen unnütze Geheimhaltungen.

Brüssel, 13. Februar. Die Kammer begann heute die Be-
ratung über die Heeresreform. Auf Antrag des Kriegs-
ministeriums wurde zu Beginn der Sitzung die Öffentlich-
keit ausgeschlossen, um der Regierung Gelegenheit zu
geben, Aufklärung über die internationale Lage, durch
die die Vermehrung des Heeres geboten erscheint, zu machen. Der
Kriegsminister konnte aber die vertraulichen Mittei-
lungen nicht abgeben, da die Sozialisten er-
klärten, sich zur strikten Geheimhaltung nicht
verpflichten zu können. Jeder Abgeordnete müsse das
mit seinem Gewissen abwachen. Diese Erklärung gab
Anlaß zu längeren, teilweise tumultuarischen Ausein-
anderetzungen, jedoch die Sitzung abgebrochen werden mußte.
Der Kriegsminister wird nun morgen nach Beginn der Sitzung
wiederum den Versuch machen, vor der Kammer seine vertrauliche
Erklärung abzugeben.

Japan.

Neue Krise.

Tokio, 13. Februar. Infolge des Entschlusses der Partei
Seiyukai, das Koalitionskabinett nicht zu unterstützen, ist
die politische Lage verwickelt geworden. Die Ein-
führung des Premierministers ist aufgeschoben worden.

Das neue Kabinett.

Tokio, 12. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.)
Das neue Kabinett ist eine Koalition von Anhängern der Partei
Seiyukai und der Kokuminpartei (Nationalisten). Die Mi-
nister für auswärtige Angelegenheiten, Krieg und Marine sind
vom Kaiser ernannt worden, um die Eiferholscheit einer Clique
zu vermeiden. Man glaubt, daß Kato, Higashi und Saito daher
in ihren Ämtern bleiben werden. Das übrige Kabinett
steht sich wie folgt zusammen: Finanzen: Takada; Eisenbahn-
minister: Hara; Justiz: Hasebe; Verkehr: Inoue; Öffentlicher Unter-
richt: Ozaki. — Es verlautet, daß der Landtag sich morgen für
eine Woche vertagen wird, um das Ministerium in den Stand
zu setzen, sich zu konstituieren und das Regierungsprogramm vor-
zubereiten.

Afrika.

Die Palastrevolution in Abyssinien.

Addis Abeba, 12. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.)
Der Konflikt, der beim Bescheln der Palastwache im kaiserlichen
Schloß entstanden war, ist durch die Intervention des obersten
Bischofs friedlich beigelegt worden. Der Palastkommandant Fi-
laurari Gabre Mariam begab sich am Sonntag zu dem Bischof,
der ihn bis zur Aburteilung bei sich hielt. Während des
Kampfes, der am Sonnabend stattfand, feuerte ein Teil der An-
greifer fortgesetzt auf das von Menclif bewohnte Haus und zer-
trümmerte das Tor und die Fenster dieses Hauses. Die Kaiserin
flüchtete sich mit dem Kaiser in den Keller, wo die beiden die
Nacht verbrachten. Die Truppenabteilungen, welche die Gefan-
dungen bewachten, sind zurückgezogen worden. In der Stadt
herrscht Ruhe.

Amerika.

Die Kämpfe in Mexiko.

New York, 13. Februar. Nach einer Depesche aus Mexiko
hatte Diaz, als gestern Abend 9 Uhr der Kampf auf allen
Punkten aufhörte, einige Vorteile errungen. Er hatte ein
fürchterliches Feuer gegen die Stadt gerichtet, hatte die
Gefechtszone ausgedehnt und Truppen gegen den Palast ge-
schickt. Madero blieb jedoch optimistisch und arbeitete
während des Bombardements im Palast. Er zeigte großen
Mut und ließ sich nicht beirren.

In Veracruz sollen Unruhen ausgebrochen sein. Die
Regierung hatte von dort sogar die Polizei nach der Haupt-
stadt gezogen, damit sie bei Diaz' Niederwerfung Hilfe leiste.
Da die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für heute vor-
auszusehen war, verließen gestern Abend 600 Amerikaner und
andere Ausländer ihre Wohnungen und suchten ein Unter-
kommen außerhalb der Stadt, wo die Gefahr geringer ist.
Während zweier Tage sind 300 Mann getötet und 1500 ver-
wundet worden. Gestern Abend herrschte Ruhe in der Stadt.

Die Anführer sollen den Bahhof der mexikanischen
Nationalbahnen im Mittelpunkt der Stadt Mexiko nieder-
gebrannt haben. Der Schaden würde 400 000 Dollar be-
tragen.

Gewerkschaftliches.

Die beste Methode.

London, 12. Februar. (Fig. Ber.) In England vergeht wohl kaum ein Monat, in dem nicht in dem einen oder dem anderen Berufe vom Generalstreik gesprochen wird. Allerdings ist es heute etwas besser geworden als es vor einem Jahre war, als der Generalstreik beständig auf der Tagesordnung stand. Aber die Neigung, leichtfertig in einen Streik zu treten — namentlich in einen Generalstreik — besteht noch immer, was aus den Spalten des „Daily Herald“, wo sich alle Ideen und Einfälle einer in tiefer Umwandlung begriffenen Bewegung ungehindert ablagern lassen, klar genug hervorgeht. Natürlich stemmen sich die Leiter der englischen Gewerkschaften mit aller Macht gegen jede unbedachte Aktion und das hat zur Verbreitung einer Theorie der Gewerkschaftsbewegung Anlaß gegeben, die die Massen, die nicht Unrecht tun können und stets instinktiv das Richtige treffen, verhimmelt und die Leiter gleichsam als das böse Prinzip der Bewegung darstellt. Gegen diese dem Bestand jeder gewerkschaftlichen Organisation verhängnisvolle Theorie macht der Sekretär der britischen Gewerkschaftszentrale Appleton heute im „Daily Herald“ einige beachtenswerte Ausführungen.

Wenn jemand über gewerkschaftliche Organisation und Taktik mit Autorität reden kann, so ist dies Appleton, der an nicht weniger als 719 Streiks aller Art beteiligt war. Appleton ist der Ansicht, daß mindestens die Hälfte aller sogenannten spontanen Streiks zu Zeiten und unter Umständen stattgefunden haben, die mehr die Arbeitgeber als die Arbeiter begünstigten. Die wichtigste Ursache dieser Erscheinung ist nach ihm die Tatsache, daß die Arbeitgeber häufig einer gut organisierten Bewegung zuvorkommen und die Arbeiter zu einem Kampf reizen, in dem diese im Nachteil sind. Der Gewerkschaftssekretär ist entschieden gegen die Theorie, nach der Streiks von der Masse zu leiten sind, die weder von dem Zustand ihrer eigenen Organisation oder der Organisation der Arbeitgeber noch von der Lage des Marktes so gut unterrichtet sei wie die Leiter der Gewerkschaften. Wenn man mit den Führern nicht zufrieden sei, sollte man sie absetzen und andere wählen. Appleton fährt fort:

„Gerade weil ich so viel von Streiks und ihren Folgen weiß, möchte ich sie verhindern, wo es immer möglich ist, und ich kenne keinen besseren Weg, Streiks zu verhindern, als den, die Organisation in einem solchen Zustand der Wirksamkeit zu erhalten, daß sich die Arbeitgeber fürchten, es auf einen Kampf ankommen zu lassen.“

Dann wendet er sich gegen die syndikalistische Idee, die Arbeiter sollten streiken, ohne einen Kampffonds angesammelt zu haben. Das scheint ihm so gescheit, als wenn man einem Heere raten würde, sich auf einen langen Feldzug in Feindesland zu begeben, ohne sich um das Verpflegungsamt zu kümmern.

„Es ist notwendig, daß sich die Gewerkschaften ernsthaft daran machen, sich auf die Kämpfe mit den Arbeitgebern vorzubereiten mittels einer Bewegung, die mit den Mitteln des Krieges gut versorgt ist und von einer Zentralstelle aus geleitet und kontrolliert wird. Die Notwendigkeit einer derartigen Organisation wird jeden Tag auffälliger. Wir bedürfen eines allgemeinen Zusammenschlusses der Gewerkschaften in verwandten Berufen, der, von Beruf zu Beruf fortschreitend, schließlich internationalen Charakter annimmt. Der Erfolg der deutschen Gewerkschaften ist in sehr großem Maßstabe ihrer Organisationsmethode zuzuschreiben, in der ein wesentlicher Faktor eine intelligente zentrale Kontrolle ist.“

Alle Arbeiterbewegungen streben nach Appleton der Zentralisation zu, da dies die beste Methode sei, den Arbeitgebern ebenbürtig gegenüberzutreten zu können.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt.

Der Deutsche Transportarbeiterverband und der Zentralverband der Maschinen- und Feiler hatten die Firmen in der Binnenschifffahrt, die dem Unternehmerverband nicht angehören, zu einer Verhandlung am 12. Februar nach Berlin eingeladen. Es waren über 80 Firmen vertreten. Die Verhandlungen hatten ein befriedigendes Resultat. Die anwesenden Unternehmervertreter erklärten sich mit wenigen Ausnahmen bereit, eine Regelung der Nachtrabe vorzunehmen. Es wurde dann nachfolgender Vorschlag der Unternehmer angenommen:

„Die Grundlage zur Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen setzt sich aus folgenden Punkten zusammen:

1. Eine gemeinsame ununterbrochene Nachtrabe von fünf Stunden für das Jahr 1913, von sechs Stunden für die übrige Dauer des Jahres.
2. Die Nachtrabe ist an Mann und Fahrzeug gebunden und fällt in die Zeit von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr.
3. Anfang und Ende der Nachtrabe wird durch den Schiffsführer bestimmt.
4. Wird das Fahrzeug durch elementare Ereignisse an der Fahrt behindert, so fällt die Nachtrabe aus, wenn die Behinderung der Zeitdauer der vorgeschriebenen Nachtrabe gleichkommt oder diese überschreitet. Voraussetzung ist, daß die Mannschaft während der Fahrtunterbrechung zu Arbeiten nicht herangezogen wurde, anderenfalls ist die Nachtrabe nachträglich zu gewähren.“

Diejenigen Firmen, die sich verpflichten, die Arbeitszeitregelung in dieser Form in ihrem Betriebe einzuführen, werden von den Organisationen freigegeben, sofern sie sich bereit erklären, wegen der übrigen Forderungen baldigst zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen gruppenweise nach Stromgebieten geführt werden; sie dürfen schon in den nächsten Tagen beginnen. Der Ausgang dieser Verhandlung ist der beste Beweis dafür, daß die Argumente der Unternehmer im Unternehmervverband nicht stichhaltig sind. Die große Mehrheit der anwesenden Unternehmer brachte bestimmt zum Ausdruck, daß eine Regelung durchaus notwendig sei. Es besteht jetzt die Aussicht, daß weitere Firmen sich auf dieser Grundlage mit den Arbeiterorganisationen verständigen werden. In allen anderen Betrieben wird der Streik am 15. Februar offiziell proklamiert. Die Mannschaften, die in der Winterzeit jetzt nicht auf dem Schiffe waren, haben beinahe die Schifffahrt gar nicht erst aufgenommen, und die anderen legen die Arbeit am 15. Februar nieder.

Vielleicht kommt nunmehr auch der Unternehmervverband zu einer anderen Auffassung, nachdem die Konkurrenz, die die organisierten Unternehmer befechteten, durch die Abmachungen mit dem Unternehmervverband nicht angehörenden Firmen beseitigt ist.

Deutsches Reich.

Der Streik auf der Hamburger Hochbahn

gab Veranlassung zu einer bewegten Debatte, die am Mittwoch im Laufe der Budgetberatung vor der Bürgerschaft stattfand. Von sozialdemokratischer Seite, durch Genossen Henke, wurden die furchtbaren Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die im Betrieb der Hochbahn herrschten und die den Ausbruch des Streiks unter dem unorganisierten Personal herbeiführten, zur Sprache gebracht. Im Anschluß daran kritisierte Henke das Verhalten der Polizeibehörde, Perantio, Redakt.: Alfred Henke, Neulohr, Inzerentent, veranw.,

die nach dem Streik eine Bekanntmachung erließ, worin den Hochbahnangestellten mit sofortiger Entziehung des Fahr-scheines gedroht wird, falls sie nochmal die Arbeit einstellen und damit ihre „Unzuverlässigkeit“ belanden sollten. Sowohl vom sozialdemokratischen Redner wie von dem Liberalen Dr. Peterlen wurde betont, daß es in erster Linie doch Pflicht der Behörde gewesen wäre, dafür zu sorgen, daß die Leute, von denen man unbedingt Zuverlässigkeit verlangt, auch einen auskömmlichen Lohn erhalten. Die Hochbahngesellschaft, die nach dem offenen Eingeständnis der hinter ihr stehenden Berliner Siemens-Schubert-Werke aus dem Hamburger Unternehmen einen über alles Erwarteten großen Betriebs-gewinn zieht, zahlte ihren Angestellten Monatslöhne von 106—140 M., wovon noch bis zu 17 M. Klassenbeiträge, Strafgebühren usw. abgezogen wurden. Diese für Hamburger Verhältnisse unerhöht niedrige Befoldung ist erst nach dem Streik etwas aufgebessert worden. Jetzt soll die Aufsichtsbehörde dafür sorgen, daß anständige Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Einige Redner von der Rechten, von denen einer, Dr. Albrecht, selbst in der Aufsichts-behörde sitzt, machten den Versuch, die Hochbahngesellschaft durch schäbige Verdächtigung der Angestellten zu verteidigen, es wurde ihnen vom Genossen Weinheber und auch einigen bürgerlichen Rednern eine derbe Abfuhr erteilt. Der Vertreter des Senats begnügte sich damit, die Polizei zu „rechtfertigen“.

Tarifverhandlungen im deutschen Malergewerbe.

Im Verlauf der weiteren Verhandlung in München unterbreitete der Vorsitzende den Parteien einen Vorschlag der Unparteilichen, zunächst einmal Stellung zu nehmen zu einer Lohn- aufbesserung für eine dreijährige Vertragsdauer in der Höhe von 5 Pf., zu einer allgemeinen Lohnerhöhung in der gleichen Höhe bei Fortbeibehalten der neunstündigen Arbeitszeit. — Nach einer getrennten Beratung erklärten die Vertreter der Arbeiterseite, daß sie darin den Weg zu einer Verständigung erblickten, wenn die in diesem Vorschlag ins Auge gefaßte Aufbesserung für das erste Vertragsjahr gelten soll; sie behalten sich vor, für die beiden weiteren Tarifjahre nach Entgegennahme der Erklärung der Unternehmer weitere Vorschläge zu machen. — Die Unternehmer erklärten aber, daß sie unter keinen Umständen von dem bereits gemachten Angebot (1 Pf. 1913 und 1 Pf. 1914) abgeben können und lehnten auch eine allgemeine Lohnerhöhung ab. Dagegen wollen sie die „guten“ fleißigen Arbeiter individuell aufbessern und nach dieser Richtung freie Hand haben. Weitere Erklärungen konnten sie nicht abgeben, da sie an die Befehle ihres Verbandes gebunden seien. In der weiteren Diskussion stellte sich immer deutlicher heraus, daß die Unternehmervertreter von Berlin aus mit gebundener Marsch- route zu den Verhandlungen geschickt wurden, wogegen von den Gehilfenvertretern mit Nachdruck protestiert wurde. Dabei zeigte sich auch, daß die Lohnangebote, die von den Unternehmern bereits in Berlin gemacht wurden, von den Ortsgruppen abgelehnt wurden. Die Gehilfen vertraten mit aller Schärfe den Standpunkt, daß endlich einmal Klarheit geschaffen werden müsse, wer als Verantwortlicher für die Unternehmerorganisation eigentlich Erklärungen abzugeben habe. Es folgten wieder längere Auseinandersetzungen, schließlich stellten die Unternehmer neue Vorschläge für die kommende Verhandlung in Aussicht.

Das Zentraltarifamt für das Portefeuille- und Reiseartikel-gewerbe beschäftigte sich in seiner Sitzung am 10. Februar, unter dem Vorsitz des Regierungsdirektors Dr. Hüniger-Ostendorff a. Wein, außer mit der Abfassung eines Gutachtens gegen einen Rechtspruch des Berliner Landgerichts I in Sachen J. Salentin kontra Sattler- und Portefeuilleverwand mit Interpretationen zu den Tarifverträgen in der Lederwarenindustrie.

1. Sind die tarifmäßigen Zuschläge für Überarbeit erst nach Leistung der im Tarif festgelegten stündigen Arbeitswoche be- nach neunstündigem Arbeitsstag zu zahlen oder müssen auf alle Fälle Überstunden, die nach dem im Betriebe eingeführten Arbeitsplan geleistet werden, mit Zuschlägen vergütet werden? Das Zentral-tarifamt ging von dem Standpunkt aus, es war der Wille der Par- teien, die Arbeitszeit auf 54 bzw. 53½ oder 53 Stunden pro Woche oder 9 Stunden, Sonnabends 8½ bzw. 8 Stunden pro Tag fest- zulegen und demzufolge auch zu arbeiten. Um jedoch eine Kon- trolle zu ermöglichen, soll die regelmäßige Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und um 6 Uhr abends endigen. Ver- säumt ein Arbeiter aus berechtigten religiösen oder gesundheit- lichen Gründen oder wegen Erfüllung ehrenamtlicher Pflichten oder auf Anordnung des Unternehmers irgendwelche Arbeitszeit, so müssen die Zuschläge für Überarbeit geleistet werden. Versäumt dagegen ein Arbeiter ohne triftige Gründe einige Stunden, so hat er keinen Anspruch auf Zahlung von Prozentschlägen für Über- stunden, ehe er nicht die wöchentliche oder tägliche Stundenleistung erledigt hat. Bei täglicher Arbeitszeit darf die versäumte Arbeits- zeit eines Tages nicht mit der Überstundenleistung eines anderen Tages verrechnet werden.

2. Bei Festsetzung der täglichen Arbeitszeit in Stuttgart ist der Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des Gewerkerates Dr. Groß insofern ein Versehen passiert, als nicht die Bestimmung der Gewerkschaften beachtet wurde, wonach Arbeiterinnen Sonn- abends nur 8 Stunden beschäftigt werden dürfen; im Tarif heißt es 8½ Stunden. Die meisten Unternehmer haben ansichtslos acht Stunden arbeiten lassen und den Lohn für 8½ Stunden gezahlt. Einige aber sträubten sich und wollen nicht die Kosten des von der örtlichen Schlichtungskommission gemachten Fehlers tragen. Da durch den Tarif die 53stündige Arbeitswoche noch eingeführt wird und nur zwei Unternehmer mit einigen Arbeitern in Frage kommen, soll der bestehende Zustand beibehalten werden, d. h. wer bereits die halbe Stunde zahlt, soll sie auch in Zukunft weiter zahlen.

3. Kann gegen einen Entscheid der Schlichtungskommission oder des Zentraltarifamts von der unterliegenden Partei in der gleichen Sache zwecks Rechtsprechung ein ordentliches Gericht angerufen werden. Diese Frage wurde verneint, es sei denn, daß die Schlich- tungskommission ausdrücklich die Zustimmung dazu gibt.

4. Können auf Akkordarbeit geleistete Vorkaufe des Unterneh- mers von ihm in Darlehen umgewandelt werden? Auch diese Frage wurde verneint. Gibi der Unternehmer entgegen den tariflichen Bestimmungen auf noch nicht geleistete Arbeit irgendwelchen Vor- schlag, so hat er auch das Risiko zu tragen.

Zum Schluß der ersten Zentraltarifamtssitzung wurden dann noch die Schlungen für das Zentraltarifamt zeitgemäß revidiert.

Ausland.

Die amerikanischen Gewerkschaften und der Dynamit- prozess.

Kaum hatten sich die Tore des Gefängnisses hinter den 33 Ge- werkschaftsbeamten geschlossen, die kürzlich in Ingeles am 100. Jahrestag des Gefängnisses wegen angeblichen Dynamitkomplotts ver- urteilt wurden, da wird durch das sozialistische Blatt in St. Louis ein Briefwechsel veröffentlicht, der ein bezeichnendes Licht auf die Gesinnungen des Gerichts wirft. Aus diesem Briefwechsel mit einer Eisenbahngesellschaft geht klar hervor, daß das Gericht einen Spezial- zug zur Beförderung der genannten Gefangenen in das in einem weit entfernten Staate gelegene Gefängnis fast sechs Wochen vor dem Urteilspruch, also mitten oder gar zu Anfang der Verhand- lungen, bestellte und dabei sogar Tag und Stunde der Abfahrt be- stimmte!

Aber auch ohne diese Enthüllung wäre es der bürgerlichen Presse dieses Mal nicht gelungen, die Unbilligkeit gegen die Ver- urteilten einzunehmen, etwa wie in dem Vorläufer dieses Prozesses, in dem die Brüder McManara verurteilt wurden. Besonders die Arbeiterpresse zeigt in diesem Falle eine sonst leider nur selten zu

findende Einigkeit in der Beurteilung des Prozesses. Sowohl die politische wie auch die rein gewerkschaftliche Presse tritt ganz entschieden für die Verurteilten ein, die nur einem Komplott der Unternehmerorganisation zum Opfer gefallen seien. Die Sammlungen für den Verteidigungsfonds werden daher eifrig fort- gesetzt.

Die meisten Gefangenen wurden inzwischen gegen hohe Kaution auf freien Fuß gesetzt bis zum Beginn des Revisionsverfahrens. Für einzelne war dazu eine Kaution von einer halben Million Mark und mehr erforderlich, die aber von ihren Gewerkschaften und Freunden aufgebracht wurde.

Besonders angenehm wird auf allen Seiten empfunden, daß der Gewerkschaftsbund so energisch und offiziell sich auf die Seite der Verurteilten stellt, die einem Klassenurteil zum Opfer fielen. Er hat die Parole ausgegeben, jetzt müsse erst recht alles getan werden, um der von den Unternehmern mit solchem Haß verfolgten Orga- nisation der Eisenkonstruktionsarbeiter wieder zu ihrer alten Macht zu verhelfen.

Die Unternehmerorganisationen ihrerseits verlangen mit Nach- druck, daß jetzt auch gegen den Gewerkschaftsbund vorgegangen werde, da dieser ebenfalls schuldig und mitverantwortlich sei. Der Vorsitzende Samuel Gompers nahm daher Gelegenheit, anlässlich einer Vernehmung vor einem Ausschusse des Senats, der die Vor- lage eines Gesetzes gegen die Einhaltsbefehle bearbeitet, in herz- erweichender Weise den Gegnern der Arbeiterbewegung einen Denkzettel zu verabreichen. Angesichts des Umstandes, daß Gompers in einem anderen noch nicht endgültig beendeten Prozesse selbst zu Gefängnisstrafe verurteilt ist und daß wiederholt versucht wurde, ihn auch in diesen Dynamitprozeß hineinzuziehen, wird sein Eintreten für die 33 auch von demjenigen Teile der Arbeiterpresse, der ihn sonst bekämpft, als ein besonders erfreuliches Zeichen per- sönlichen Mutes registriert.

Gompers erklärte, daß die Gewerkschaften gar nicht daran dächten, die Eisenarbeiterorganisation zu verleugnen und sie hilflos auf Gnade oder Ungnade dem organisierten Kapital und dessen uner- rätlicher Profitgier zu überlassen. „Wie sieht es aber mit der Verschönerung des organisierten Kapitals,“ fuhr er fort, „der Ver- schwörung, die Freiheit der Arbeiter zu unterdrücken, sie des ein- zigen Schutzes zu berauben, dessen sie zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedürfen? Sollen diese Verschönerer nur ihrer Macht und Ansehen genießen? Der Richter, welcher die Verhand- lungen leitete, handelte in Uebereinstimmung mit der Regierung gefehlos, autoritär und in unverantwortlicher Wahrung der Gesetze, den Starren Vorrechte gewährend, den Schwachen Ge- rechtigkeit verweigend.“

Diese deutliche Sprache zeigt zur Genüge, daß die amerika- nischen Arbeiter zwar die Lehren des Prozesses beherzigen, sich durch den Ausgang aber keineswegs in ihrer Organisationsfähigkeit stören lassen werden. Einen solchen Erfolg haben auch die Millionenopfer der Unternehmer und einige Verurteilte in den Ar- beiterkreisen nicht herbeiführen können.

Letzte Nachrichten.

Zu kleinen Konzeptionen bereit.

Budapest, 13. Februar. (W. T. B.) Im Ausschuh des Abge- ordnetenhauses für die Wahlreform erklärte Ministerpräsident T. T. u. a., er müsse an der Altersgrenze von 30 Jahren fest- halten; auch so schon werde eine Vermehrung der Wähler um etwa 80 Proz. eintreten. Angesichts der Antipathie, mit der die für die Städte zugelassene geheime Abstimmung im Ausschuh auf- genommen wurde, befürchte er, daß er nicht in der Lage sein werde, der Mehrheit des Abgeordnetenhauses entgegenzutreten, falls sie dagegen Stellung nehme; um so mehr, als die Drohungen, mit welchen die Arbeiterklasse auf die Regierung zu drücken suche, einen sehr schlechten Eindruck machen. Er fügte jedoch hinzu, falls einzelne Bestimmungen der Vorlage vom Gesichtspunkte der Arbeiterklasse eine Verbesserung erfordern sollten, werde die Regierung diese Änderungen vorzunehmen, damit das Gesetz nicht nur auf dem Papier stehen bleibe, sondern praktische Bedeutung erlange.

Suspendierung Du Paty de Clam.

Paris, 13. Februar. (W. T. B.) Antlich wird bekanntgegeben, daß der Oberst der Territorialarmee du Paty de Clam auf ein Jahr von seinen Funktionen entbunden worden ist.

Kämpfe und Meutereien auf dem Kriegsschauplatz.

Sofia, 13. Februar. (Nachung der Agence Bulgare.) Bei Tschataldja haben gestern vereinigte Schwarzwälder zwi- schen türkischen und bulgarischen Vorposten stattgefunden. — Auf Gallipoli befestigt der Feind die Stellungen bei Bulair, ohne irgend eine Feindseligkeit zu unternehmen. — Bei ihrem Rückzug nach der verunglückten Landung von Scharföj haben die Türken etwa 150 eingekerkerte Christen niedergemacht und verstümmelt, meist Frauen und Kinder.

Neue Kämpfe.

Mexiko, 13. Februar. (W. T. B.) Der Kampf begann heute vormittag um 8 Uhr durch Artilleriefeuer der Bundesstruppen, die die Aufständischen mit einem dichten Regen von Schrapnell über- schütteten. Die Aufständischen leisteten hartnäckigen Widerstand und bewiesen sich als ausgezeichnete Schützen. Die Bundesstruppen ver- wandten schwere Geschütze mit großer Wirksamkeit. Wadeto drückte die Hoffnung aus, daß nach der Anbruch der Nacht zur Uebergabe zu zwingen. Die Bevölkerung ist geflohen oder verbirgt sich in den Häusern.

Die Wirren in Mexiko.

Laredo (Texas), 13. Februar. (W. T. B.) Ein aus der Stadt Mexiko hier eingetroffener Reisender berichtet, daß viele Ausländer ohne Mittel in Mexiko sesshaft, da die Banken seit Sonn- abend geschlossen sind. Viele von diesen Ausländern seien ohne Nahrung und Obdach. Die Eisenbahnbeamten täten alles, was in ihren Kräften steht, um wenigstens für die Frauen und Kinder Obdach zu schaffen.

Angriffe auf Amerikaner.

Washington, 13. Februar. (W. T. B.) Heute fand eine gemeinschaftliche Sitzung des Kriegs- und Marineamtes statt. Gegenstand der Beratung bildete ein Zwischenfall, der sich gestern in Acapulco ereignete und der in amtlichen Kreisen für die Sicher- heit der Amerikaner Befürchtungen hervorgerufen hat. Es wurden nämlich zwei Offiziere des Kreuzers „Denver“ auf den Straßen in Acapulco vom Mörder angegriffen und infiziert, wobei sie leichte Verletzungen erlitten. Es gelang ihnen, sich auf ein Fahr- zeug zu retten, das nach Acapulco segelte. Der Angriff ist nicht anders zu erklären, als durch Haß gegen die Amerikaner.

Ueberfall auf Eisenbahnzüge.

Laredo (Texas), 13. Februar. (W. T. B.) Bis jetzt fehlt jede Nachricht über den Verbleib des Personenzuges, der am Dienstagabend von der Stadt Mexiko in der Richtung nach Norden abgefahren ist. Man fürchtet für die Sicherheit der Passagiere, da am selben Tage auf den von hier in der Richtung nach Süden fahrenden Zug ein allerdings erfolgloser Ueberfall gemacht worden ist. Mehrere Güterzüge sollen geplündert und in Brand gesteckt worden sein.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Dierks & Weigand u. Unterhaltungsabt.

Reichstag.

111. Sitzung. Donnerstag, den 13. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Visco.

Präsident Kamps teilt unter allgemeiner Aufmerksamkeit das Dankschreiben des Kaisers für den Glückwunsch zur Verlobung seiner Tochter mit (nur einige liberale und nationalliberale Abgeordnete erheben sich von den Sitzen, um der Verlesung des Schreibens in Ehrfurcht stehend zu lauschen).

Etat des Reichsjustizamts. Viertes Tag.

Abg. Haas (Sp.): Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die hier von Klassenjustiz sprechen, lehnen es ab, den Richtern bewusste Rechtsbeugung vorzuwerfen. Aber die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Wähler sprechen von bewusster Rechtsbeugung; ich verweise nur auf den Leitartikel des „Vorwärts“ über diese Verhandlung. Im übrigen ist es gleichgültig, ob man von bewusster oder unbewusster Klassenjustiz spricht, die Hauptsache ist, wie das Vorbringen dieser Urteile auf das Volk wirkt. Gewiß gibt es Urteile, die als Klassenjustiz zu bezeichnen sind. Aber es sind Ausnahmen, die deshalb auch unsere Empörung und Entrüstung hervorrufen; besonders häufig erleben wir das bei Streiks. Auf welchem politischen Standpunkt man auch stehen mag, so befreit man nicht, daß jemand für ein Schimpfwort, das sonst mit 5 Mark Geldstrafe geahndet wird, 4, 5 und 10 Wochen ins Gefängnis geschickt, daß er ärger bestraft wird als ein ehrloser Dieb. Dagegen muß Front gemacht werden. (Abg. Heine (Soz.) Solche Urteile erleben wir alle Tage. Wir erleben sie häufig und beklagen das. Man sagt, die Richter kann nicht aus seiner Haut heraus. Das ist aber nur ein schlechter Trost. Ich glaube, er kommt es doch. Das beweist zum Beispiel die Rechtsprechung in Baden. In Norddeutschland scheinen die Richter gar kein Verständnis für die Ethik des Streiks zu haben. Wir müssen verstehen, daß die Arbeiter, die streiken, in einem schweren und guten Kampf stehen um ihr Vorwärtskommen, um das Wohl ihrer Familie. Wenn dem Arbeiter in diesem Kampf jemand in den Rücken fällt und ihn die Empörung fortträgt zu einem Schimpfwort, so handelt er doch nicht ehrlos. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Ausbildung der Richter muß eine andere werden, heute haben sie von dem Leben der Arbeiter oft keine Ahnung. Erreicht wird mit solchen Urteilen nur, daß eine tiefe Kluft entsteht zwischen den Lohnarbeitern, die zwei Drittel des Volkes bilden und unserer Justiz. (Sehr gut!) Die bei dieser Justiz unter die Näher kommen, die glauben immer, daß ihnen bewußt Unrecht getan wird. Und wenn sich die Auffassung unter ihnen verbreitet, daß das Milieu schuld sei, dann wäre es noch schlimmer, dann müßten sie sich sagen, diese Richter verstehen uns ja gar nicht. (Sehr gut!) — Im Fall Eulenburg hätte es die einfache Staatsraison erfordert, schnell und scharf zuzugreifen. (Sehr richtig!) Ebenso wenig zufrieden mit unserer Rechtsprechung wie die Arbeiter sind Handel und Gewerbe. Ueber die Selbstständigkeit der Richter wird ja immer geklagt werden. Es ist nun mal ein unumgängliches Gesetz, daß bei einem Prozeß der eine immer der Unterliegende ist, und dieser eine wird immer sagen, der Richter ist ein Feind, oder wenn er sich gebildet ausdrückt, wird er von der Weltfremdheit der Richter sprechen. (Weiterkeit.) Und wenn gar ein Vergleich zustande kommt, werden gleich zwei sein, die herumlaufen und von der Weltfremdheit der Richter sprechen. (Weiterkeit.) Aber unsere Rechtsprechung ist in der Tat überaus formalistisch. So hatte das Reichsgericht die Frage zu entscheiden, ob ein Preis bei einem Preisfesten einlagbar sei oder nicht. Das Urteil umfaßt 21 Druckseiten und beginnt mit der Untersuchung, wie es nach dem Magdeburger Stadtrecht zu Anfang des 13. Jahrhunderts gehalten wurde. (Weiterkeit.) Nachdem die Untersuchung durch die Jahrhunderte weiter geführt ist — es wird bedauert, daß keine Möglichkeit besteht, nachzuweisen, wie es vorher war (Weiterkeit), — kommt das Reichsgericht zu dem Schluß, es solle auch weiterhin so gehalten werden. Für den jungen Juristen sind Kenntnisse in der Nationalökonomie viel wichtiger als die Kenntnisse des römischen Rechts. Auch ins gewerbliche Leben sollte der junge Jurist eingeführt werden. Tatsächlich wird ja heute vielfach von den Juristen in den ersten fünf von den sieben Semestern nicht gearbeitet,

und doch werden solche später oft sehr brauchbare Richter, Anwälte und Menschen, eben weil sie in Unterhaltungen, auf Spaziergängen, durch ihren gesamten Verkehr mehr für ihr späteres Leben gelernt haben, als sie in den Hörsälen hätten lernen können. Wir müssen also die Ausbildung der Juristen anders gestalten, denn wir brauchen eine moderne Rechtsprechung im modernen Deutschland. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Jund (natl.) befürtwortet die nationalliberale Resolution, dem Reich, Staat und Gemeinden bei Zwangsversteigerungen ein Vorkaufsrecht zu gewähren. Dem Besitzer der zweiten Hypothek wird dadurch ein anständiges Gebot gesichert und die Gemeinden erhalten Gelegenheit zur Erwerbung von Grundbesitz. — Urteile aus politischen Motiven gegen politische Gegner beurteilen auch wir aufs schärfste; aber man soll nicht verallgemeinern. Den kritisierten Urteilen stehen Tausende vollkommen einwandfreier Urteile gegenüber. Uebrigens ist neun Nehtel unserer Rechtsprechung Zivilrechtsprechung und auf diesem Gebiete sind Klagen nicht laut geworden. Hier verfahren unsere Richter stets unparteiisch, auch Ausländern gegenüber, was in anderen Ländern nicht immer der Fall ist. — Das Vorgehen des preussischen Ministers des Innern, der die Landräte zu einer Kontrolle der Registerbücher in bezug auf die Versteigerungen aufgefordert hat, bedauere auch ich. Eine Ver Parzial würde im Plenum wohl mit noch größerer Mehrheit abgelehnt werden, als es in der Kommission geschehen ist. Tatsächlich wäre es ein Schilddrüsenkrebs, wenn wir unserer großen Hofbühne an einer würdigen Aufführung des „Parzial“ hindern wollten, während rings um uns, in der Schweiz, in Oesterreich, in Rußland der „Parzial“ ungehindert aufgeführt werden könnte. — Den sechsten Reichsanwalt haben in der Kommission auch die Sozialdemokraten bewilligt, jedenfalls geleitet von rein sachlichen Gründen. Im Plenum lehnen sie ihn ab, und zwar, weil Kollege Heine ausführt, aus Demonstration, weil ein Oberreichsanwalt früher einen unsachlichen Antrag gestellt hat. Sie geben also selbst zu, daß sie nicht von sachlichen Gründen geleitet sind. Die Schaffung eines neuen Reichsanwalts ist dringend notwendig. Hilfsarbeiter sind an dieser Stelle nicht angebracht. Daher sollte auch das Zentrum seine Zustimmung hier beiseite lassen und sich den sachlichen Gründen nicht verschließen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Visco betont ebenfalls nochmals die Notwendigkeit der Schaffung eines sechsten Reichsanwalts. Der diesen Reichsanwalt ablehnt, verkennt die wahren Bedürfnisse des Reichsgerichts.

Abg. Dr. Krenndt (Sp.): Um eine Verlangsamung in der Rechtsprechung zu vermeiden, muß der Reichsanwalt bewilligt werden. Das Zentrum wird hoffentlich seine Verärgerspolitik in diesem Falle aufgeben. Daß die deutsche Rechtsprechung immer noch besser ist als die französische, amerikanische und englische, werden auch die Sozialdemokraten zugeben. — Der Antrag Schiffer über das Vorkaufsrecht der Gemeinden usw. bei Zwangsversteigerungen kann zu gefährlichen Konsequenzen führen.

Abg. Birkenmayer (Z.): Der Abg. Dr. Haegy hat das französische Recht gegenüber dem deutschen hervorgehoben; aber mit Unrecht. Die klassische Kriminalstatistik soll nach Herrn Haegy beweisen, daß die Effizienz weniger kriminell sind wie wir Baden; er zitierte dabei: „Seht, wir sind doch bessere Menschen!“ Dann hätte er schon richtig zitierten sollen: „Wir Wilden sind doch bessere Menschen.“ Das „Wilde“ hat er fortgelassen. (Große Heiterkeit.) Uebrigens beneiden wir die Effizienz nicht um ihre Kriminalstatistik und auch nicht um ihren Leiter. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Dr. Haegy (el. Z.), daß er auf Baden mit seinen Ausführungen nicht habe einen Schatten werfen wollen.

Die Abstimmung über die nationalliberale Resolution auf ein Vorkaufsrecht von Reich, Staat und Gemeinden bei Zwangsversteigerungen bleibt zunächst zweifelhaft, der Hammelsprung ergibt die Ablehnung mit 134 gegen 125 Stimmen.

Die Resolution Welzer auf einen Gelegenheitswurf über Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wird angenommen, ebenso die nationalliberale Resolution, wonach Entscheidungen, Verbote und anderweitige Verfügungen an Behörden, deren Ansetzung an die Innehaltung einer Frist gebunden ist, am Schluß die Eröffnung enthalten müssen, innerhalb welcher Frist, in welcher Form und bei welcher Stelle die Ansetzung anzubringen ist. Der Rest des Justizetats wird debattelos erledigt.

Die Abstimmung über die Bewilligung des sechsten Reichsanwalts bleibt zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt entsprechend dem

Antrag Abrecht (Soz.) die Streichung der geforderten Stelle mit 143 gegen 116 Stimmen. Es folgt die

Beratung des Post- und Telegraphenets.

Abg. Ebert (Soz.):

Die Einnahmen des Postenets haben sich weit stärker vermehrt als die Ausgaben. Früher war das anders, dann aber setzte die langsam bekannte Sparpolitik ein. Auch jetzt soll der Reichssäckel von der Post nicht weniger als 140 Millionen Mark erhalten. Aber zu Lobeshymnen auf die Postverwaltung liegt kein Anlaß vor, denn der Leberchuh wird zum großen Teil unter Widerspruch des Reichstages und im Gegensatz zu einer vernünftigen Sozialpolitik auf Kosten des Personals, besonders der unteren Schichten des Personals, herausgewirtschaftet. Im übrigen beruht er auf der allgemeinen Verkehrssteigerung, an der der Postfiskus unschuldig ist. Im Gegenteil sind ihm Verkehrssteigerungen unangenehm. Wer in der Post eine Erwerbsanstalt erblickt, dem werden Leberchühle natürlich wichtiger erscheinen als die Durchführung einer großzügigen Verkehrsreform. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dextel verlangte, wir sollten dem Poststaatssekretär das Rückgrat stärken gegenüber dem Schatzsekretär. Wir sehen aber, daß Herr Kraetke und Herr Kühn ein Herz und eine Seele sind. Zum nächsten Weltpostkongreß sind aus den Kreisen von Handel und Industrie eine Reihe von Wünschen laut geworden, und die Postverwaltung sollte über ihre Stellung zu den dort angeregten Fragen eine klare Auskunft geben.

Wird bei uns einmal eine Aenderung eingeführt, so ist sie sicher mit einer Verschlechterung verknüpft; ich verweise nur auf die Verschlechterung beim Postfachgesetzentwurf, den die Kommission verbessert hat, und den die Verwaltung deshalb scheitern lassen will. — Dann habe ich Beschwerde darüber zu führen, daß die Gewerkschaften und Krankenkassen von der Postverwaltung anders behandelt werden, als private Versicherungs-Gesellschaften; diese dürfen ihre Dienstpapiere als Geschäftspapiere verwenden, den letzteren wird es verweigert. Gegen dieses Wesen mit zweierlei Maß müssen wir scharfen Protest erheben und ich verlange vom Staatssekretär Abhilfe. Den heftigsten Widerspruch fordert die

Personalpolitik der Postverwaltung

heraus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag ist in sozialpolitischen Dingen doch gewiß sehr zurückhaltend, und doch steht die Postverwaltung auf diesem Gebiet mit dem Reichstag beiläufig auf Kriegsfuß. Kein Privatunternehmer kann so nicht-ahtend an den berechtigten Wünschen seines Personals vorübergehen, wie die Postverwaltung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Vorjahr sind hier eine ganze Reihe von Resolutionen beschloffen worden, in denen eine Verringerung des Postpersonals nach verschiedenen Richtungen hin verlangt wurde, und zwar wurden fast alle einstimmig angenommen, wohl der beste Beweis für die Bescheidenheit der Forderungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem hat der Bundesrat uns mitgeteilt, daß die Beschlüsse fast alle unberücksichtigt in einem großen Papierkorb verschwunden sind. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das zeigt die Verächtlichkeit von Reichstagsbeschlüssen beim Bundesrat. Wenn wir nicht im Lande den Eindruck erwecken wollen, daß es dem Reichstag mit solchen Beschlüssen gar nicht ernst sei, so müssen wir andere Wege einschlagen, um ihre Beachtung zu erzwingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch der diesjährige Etat ändert nichts an den jammervollen Besoldungsverhältnissen. Dringend notwendig ist die Regelung der Besoldungsverhältnisse der geborenen Stellen. Die Unterbeamten kommen in diese Stellen jetzt erst nach 20jähriger Dienstzeit. Verbesserung also bei dem Mindestgehalt von 1400 M. wirtschaftlich gar nicht, und kommen in den Genuss des Höchstgebhalts fast nie. Die Frist für die Zulassung zur Prüfung zu den geborenen Stellen muß wesentlich verkürzt und vor allem vereinheitlicht werden. In Kiel beträgt sie 22 Jahre. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Hamburg dagegen 15 Jahre. Den Beschluß des Reichstages, daß die feste Anstellung nach zehnjähriger Dienstzeit erfolgen soll, hat der Bundesrat abgelehnt; es wird also auch weiterhin dabei bleiben, daß die Unterbeamten erst nach 12, 13 und 14 Jahren fest angestellt werden. Der Verwaltung ist das angenehmer, weil sie dadurch billiger wirtschaftet. Eines der traurigsten Kapitel der Personalpolitik ist das der Postboten. Sie erhalten ein Tagegeld von 2 M. und 3 M., also durchschnittlich im Reichsgebiet von 2,50 M. (Zuruf! bei den Sozialdemokraten: wir erfahren, werden die Herrschaften in offenen vier-spännigen Wagen den und den Weg nehmen.“ Das heißt deutlich genug: Ihr lieben Berliner, ihr werdet doch hoffentlich alle da sein! Die Dummen waren sicher alle da. Noch haben sie nicht begriffen, wie würdelos das ist, gerade noch als Staffage dienen zu dürfen. Im Herzen sind sie liberal, aber wenn „unsere“ Prinzessin Viktoria — da dürfen sie doch nicht fehlen! Reht! — Seht eurer Arbeit nach und gafft nicht! Denkt, daß ein einziger, der ignoriert wird, besser wirkt als ein imaginäres Mißtrauensvotum. Erst wenn S. M. mit eigenen Augen sieht, daß große Massen der berlinischen Bevölkerung eine derartige Staatsaktion als das ansehen, was sie wirklich ist, wird er aufhören und den Schritt und Rhythmus einer nie gehörten Melodie vernehmen. . . . Der Untergang der Expedition Scott. Die Terra Nova hat nach Depeschen aus Neu-Seeland alle schriftlichen Aufzeichnungen der Scottschen Expedition eingeschickt einschließlich der Privatgebühren, die den Hinterbliebenen der Verunglückten ausgeliefert werden. Kapitän Scott hat sein Tagebuch bis zum 24. März geführt. Man hätte auch die Leichen zurückbringen können, aber die Rettungsexpedition beschloß einstimmig, sie in ihrem Schneegrab zurückzulassen. Leutnant Evans, der jetzt die Expedition kommandiert, lehnt es ab, sich über das tragische Ende Scotts zu äußern und hat auch den übrigen Mitgliedern der Expedition Schweigen auferlegt. Die Motorisirlitten haben häufig verjagt, so daß die Expedition ordentlich froh war, als der letzte unbrauchbar geworden war. Leutnant Evans wird Kapitän Scotts Darstellung der Expedition vollenden, die dann in Buchform veröffentlicht wird. Alle Mann an Bord der Terra Nova sind wohl auf, und man sieht ihnen die Anstrengungen und Entschagungen nicht an, die sie durchgemacht haben. Die Strecke, die Kapitän Scott zurückgelegt hat, beträgt 1842 englische Meilen. Scott hatte am 10. März am Hut Point zurück sein wollen. Auf die Frage nach den Vorräten an Heizmaterial in dem Depot erklarte Leutnant Evans, Kapitän Scott habe Vorräte für einen Monat nach dem nut-möglichen Datum seiner Rückkehr gehabt. In England sind Sammlungen für die Hinterbliebenen der Verunglückten eröffnet worden. Man erörtert auch den Plan, dem Staat diese Fürsorge zu überlassen und aus Privatmitteln ein Denkmal zu errichten.

Notizen.

— Vorträge. Ueber Greco, den spanischen alten Meister (der jetzt gewaltsam pousseiert wird) spricht Prof. Georg Biermann im Kunsthallen Paul Cassirer am Montag, den 17., 8 1/2 Uhr abends.

— Theaterchronik. Im Lessingtheater geht in Abänderung des Spielplans am Sonntag abend „Rose Wenzel“ mit Elie Schmann in der Titelrolle in Szene.

Konzerte.

Streifzüge durch die typischen Konzerte führen uns immer wieder überwiegend vor ausübende (reproduzierende) Künstler, vor sogenannte Virtuosen. Ihnen ist es begriffsicherweise am wenigsten um die Vorführung unbekannter Kompositionen zu tun. Solchen widmen sich gewöhnlich nur die selbstloseren Konzertgeber. Paganini steht ein mittlerer Typus von Chorkonzerten und dergl. Die Virtuosen sind in allen Graden da, von den Weltgroßen bis zu den alltäglichen Anfängern, die sich „was kosten“ lassen, um in die zweifelhafte Ehre des Musiklehrers hineinzukommen. Unsere Berichte können ihrer Masse am wenigsten gerecht werden. Die „Großen“ lassen wieder zwei Richtungen, allerdings mit viel Neveergängen, unterscheiden. Bei der einen, der größten, wird von an A. Mengels Wort erinnert: „Es gibt keine Technik“; sie lassen die Virtuosität, als bloße Dienerin der schaffenden Kunst, vergessen und erfreuen schon durch Programme ohne Virtuosenstudien“. Allerdings würde man es auch einem Eugen d'Albert danken, wenn er in seiner Anstalt noch weiter griffe; an besonderer Art fällt vornehmlich Klavierliteratur, etwa von Th. Kirchner, fehlt eben nur in den üblichen Programmen. Wie aber die Darbietungen des genannten Künstlers, der ja selbst einer der größten lebenden Tondichter ist, auf die verschiedensten Hörer als ein Erlebnis wirken, das brauchen unsere Zeilen nicht erst zu betonen.

Ein hier längst beliebter Künstler des Violoncell, einer von den Ersten, die aber doch mehr direkt durch Virtuosität wirken, ist Anton Delling. Sein Programm von neulich (Mühnerjaal) wiederholte neben dem Konzertstück d'Alberts, das vor längerer Zeit durch seine Frische und Anapheit die an Reperitoirestudien nicht reiche Celloliteratur in trefflicher Weise vermehrt hatte, noch anderes Bekannte. Eine außerdem vorgeführte Neuheit, ein „symphonisches Andante“ von Erlanger, ließ wohl nur bedauern, daß „Virtuosen“ sich immer wieder mit längst verflungenen Mängeln befassen.

Eben wir nun nach einem Gegenfah dazu, also besonders nach schöpferischer moderner Komposition, so kommt uns ein Wort in Erinnerung, das gesagt wurde, als seinerzeit A. Bruckner anfang, Eindruck zu machen: „ein wagnerisch übergeschwappter Dorf-schulmeister“. Damit sollte namentlich ein Gegenfah gegen das Einheitlichere der meisten klassischen und romantischen Werke beklagt werden, ein Zusammenstreifen zweier wirklich oder angeblich olzu verschiedener Welten: einer alten mit kontrapunktischen Klängen, mit ländlicher Melodik und Dorfhumor und einer neuen mit Sphärenklängen und Dissonanzsturm. Daß derart, unglücklich oder günstig, auch über Gustav Mahler gesprochen werden kann, zeigte die neuliche, für Deutschland erste Aufführung seiner neunten, nachgelassenen Symphonie in der Reihe der von Dora Fried geleiteten Symphonie-Konzerte (Philharmonie). Mag sein, daß die Unbekanntheit des unprätentiösen Werkes, zumal bei dem Fehlen einer programmatischen Analyse, den Eindruck

förde, daß vielleicht Mahler selbst noch manches geändert haben würde, daß etwa der Dirigent Einzelheiten in zu lauter Weise verwickelte: ein solches „Ereignis“ wie frühere Mahlerische Symphonien, voran die mit Chören, war die — rein instrumentale — Neuheit nicht. Alte, süße, fast sentimentale Melodik mit viel Schlichtheit und Einfachheit, aber auch mit reichen Klangfarben — und nun über die lieblichen blumigen Weisen hin raube oder selbst tobe Gewitterstürme mit lang aneinander gereihten Dissonanzen! Einzelne Motive zusammengefügt mit verzwickelten! Endlich die Verwägung, das Schmeicheln einer alt-neuen Süßigkeit, die selig verschwebenden Abschlüsse der vier Sätze (zwei langsame an den Enden, zwei raschere, tanzartig und buxend, in der Mitte)! Und wie unsere Philharmoniker das alles können!

Am fruchtbarsten in der Vorführung von Neuestem, meist durch die Komponisten selbst, häufig noch aus dem Manuskript, ist der Berliner Tonkünstler Beret. Zwar nicht mit Ausschluß der Offenheit, aber doch vor einem engeren Publikum, sind seine Vortragsabende (Theateraal der Hochschule) wenigstens eine Freude für eifrige Chronisten der Tonwerke kleinerer Art. Der letzte Abend, den wir hörten, galt zur Hälfte einer jungen Komponistin: Marie Harber-Siebbe. Das alle Vorurteil gegen komponierende Frauen wurde diesmal am wenigsten durch eine Violinsonate und auch kaum durch eine Reihe von Liedern überwunden. Sie zeigen allerdings ein gutes literarisches Verständnis in der Textauswahl, eine hübsch distrete Behandlung der Begleitungsstimme und manche gut moderne Stimmung. Ueberdies waren sie vorgetragen von einer Sängerin, Elisabeth Jäger-Hamburg, deren gleichmäßig durchgebildete hohe und doch sonore Stimme den Liedern zu einem recht günstigen Eindruck verhalf.

An Chorgesellschaften fehlt es wahrlich nicht. Schwerer als die mit Orchester zusammenwirkenden gedeihen die ohne Begleitung — „a capella“ — zumal die „gemischten“. Das Verdienst solcher Bemühungen ist aus technischen Gründen schon von vornherein groß; und aus historischen Gründen gibt es da gewöhnlich ein interessantes Herausheben von wenig oder gar nicht bekanntem Alten. Der „a capella-Chor (Charlottenburg)“ unter Leitung von Friedrich Steined, etwas über 50 Herren und Damen stark, griff in seinem neulichen Konzert bis auf Palestrina, den konservativen Reuschofer aus dem 16. Jahrhundert zurück. Schade, daß das Chorkonzert (im großen Saal der Hochschule) mit dem Vereinskonzert zusammenfiel, uns also nur zum Teil zugänglich war! Aber was wir da an alten Liebesliedern hören konnten — welche Freude ist doch eine fröhliche Lust mit Anknüpfung an den Textsinn, statt mit Wortschmuck! Sollte der in seiner Herrschaft über die neuere Kunst nicht auch mit von der Bedeutung abhängig sein, die seit ein oder zwei Jahrhunderten in unserer Kultur der militärische Prunk einnimmt?

An die, die dabei waren. Das haben sie wieder einmal geschickt gemacht. Die Post ist natürlich auch Scherf verbreiteten Extrablatt des Jubels, die Kaiserlicher werde Donnerstag vormittags 5 Uhr 50 Minuten da und da eintreffen und (im Bestraus) wie

Ines (Hört! hört!) Die erste Zulage erfolgt erst nach drei Jahren (Hört! hört!), und zwar beträgt sie ganze 10 Pf. pro Tag, und steigt sich bis zum achten Dienstjahre um weitere 10 Pf. pro Tag, also auf durchschnittlich 3,80 M. Unter derartigen elenden Löhnen (Ruf bei den Sozialdemokraten: Hungerlöhne!), ja wahrlich, es sind

Hungerlöhne,

mit denen 34000 Postboten ihr Leben fristen müssen; bleiben diese Löhne doch an verschiedenen Orten hinter dem örtlichen Tagelohn zurück. (Hört! hört!) Jede anständige Stadtverwaltung bezahlt ihre Straßenkehrer besser. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß mit solchem Lohn auch die notwendigsten Lebensbedürfnisse nicht bestritten werden können, ist ja ganz selbstverständlich, besonders, wenn der Postbote verheiratet ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission sagte der Staatssekretär, die Postboten seien in der Regel unverheiratete junge Leute. Nach der Statistik der Reichspostverwaltung selbst aber sind von 34121 Postboten 58,4 Proz. also über die Hälfte, verheiratet. (Hört! hört!) Die Postverwaltung würde ja wohl am liebsten die Postboten zum Heirat zwingen, und auch heute schon ist es für Postboten ein besonderes Wagnis, sich zu verheiraten, denn geraten sie dabei in Schulden, so laufen sie Gefahr, überhaupt nicht eintätig angestellt zu werden. Vielleicht beruft sich der Staatssekretär wieder darauf, daß sich trotzdem eine erhebliche Anzahl Personen zum Postdienst meldet. Wenn aber Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften für die Entlohnung bei der Post maßgebend sein soll, warum gilt dann dieser Grundsatz nicht auch für die höheren und höchsten Dienststellen, wo der Andrang bekanntlich sehr groß ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch sollte man uns mitteilen, wie die Zahlen der Bewerber sich auf die einzelnen Postbezirke verteilen. Daß in agrarischen Bezirken eine große Anzahl von Landarbeitern der jämmerlichen Bezahlung und miserablen Behandlung durch die Junker die Post immer noch als kleineres Übel vorziehen, ist begreiflich. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Beweis werden sich auch in den Städten diese Arbeitslose melden, denn in der Not frißt der Teufel Fliegen, auch Reservisten, die von den Dienstverhältnissen bei der Post keine genaue Kenntnis haben. Tatsache ist aber auch, daß z. B. im westlichen Industriegebiet sich seit Jahren ein erheblicher Mangel an Gewerbeten geltend macht, so daß man nur mit großer Mühe den Erholungsurlaub usw. hat durchhalten können. Die Arbeitsnachweise haben sogar verfaßt und in einem Falle hat man aktives Militär herangezogen müssen, um die Verkehrswirtschaften bewältigen zu können. Auch hier in Berlin besteht Mangel an geeignetem Personal. Das hat z. B. eine Gerichtsverhandlung bewiesen, bei der ein Anstifter wegen Unterschlagung verurteilt wurde, der bei seiner Einstellung in Richtenberg lediglich gefragt wurde, ob er Lesen und Briefe ausstragen könne. Wie leicht übrigens Postangestellte infolge schlechter Bezahlung in Versuchung kommen, Straftaten zu begehen, zeigt ein Fall in Schlesien, wo ein Postbote wegen Unterschlagung zu vier Monaten verurteilt wurde, der mit einem

Gehalt von 1,80 Mark pro Tag

angestellt war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit Recht kann man hier sagen: „Ihr löst den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben daher eine Erhöhung der Tagelöhne der Postboten um 10 Prozent beantragt. Die Kommission hat dem zugestimmt, hoffentlich tritt der Reichstag diesem Beschluß bei. Hier muß in allererster Linie durch Erhöhung der betreffenden Entlohnung eingegriffen werden, um die schreiendste Notlage dieser Postangestellten zu beseitigen. Die Postunterbeamten haben jetzt 1100—1700 M. Nach der vorliegenden Resolution sollen sie 1200 bis 1800 M. erhalten. Das hat der Reichstag schon 1909 gefordert. Bei der seitdem erfolgten enormen Verteuerung des gesamten Lebensunterhaltes hätten wir Sozialdemokraten es für gerechtfertigt gehalten, diese Sätze jetzt zu erhöhen, um aber eine einmütige Entscheidung des Reichstages herbeizuführen, haben wir von eigenem solchen Antrag Abstand genommen. Bei den Unterbeamten handelt es sich durchschnittlich um fünfköpfige Familien, das Höchstgehalt wird erst mit 21 Dienstjahren meist nach Vollendung des 50. Lebensjahres erreicht. Auch unter diesen Beamten herrscht eine wahre Notlage. Nach einer Haushaltsrechnung, die ich in einer Zeitschrift für Postbeamte gefunden habe, kommen die Postunterbeamten mit ihrem Gehalt auch bei der bescheidensten Wirtschaftsführung, wobei von Fleisch, Eiern, Butter, Ausgaben für belehrende oder gesellige Zwecke überhaupt keine Rede ist, nicht aus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten schlägt allen vernünftigen sozialen Grundfragen ins Gesicht. Für diese fünfköpfigen Familien hat man zweieinhalb Zimmer zur Grundlagel genommen, bei den mittleren Beamten mit durchschnittlich zwei Kindern dreieinhalb Zimmer und für die unverheirateten Postgehilfen drei Zimmer. Das ist um so unangemessen, als bekanntlich die Mietausgabe bei kleinem Einkommen verhältnismäßig am größten ist. Die Kommission schlägt Kinderzulagen vor, wir werden dieser Resolution beitreten. Am besten sollte man sie verwenden mit dem Wohnungsgeldzuschuss. Auch durch die Dienstverteilung sind besonders die Unterbeamten in den Orten schwer betroffen, wo es sich um besonders teure Lebensverhältnisse handelt, wie z. B. in Eberfeld, Darmen. Man sagt, es gibt viele Arbeiter, die noch viel weniger verdienen. Das beweist aber nur, unter welcher elenden Verhältnissen diese Arbeiter leben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wie sträflich der Versuch ist, diesen Arbeitern das Koalitionsrecht und damit die Möglichkeit zu rauben, sich aus diesen Verhältnissen herauszuheben. Eine Regierung, die ihren Beamten jede Möglichkeit der Selbsthilfe nimmt, und die eine Wirtschaftspolitik betreibt, durch die die Preise der Lebensmittel immer mehr gesteigert werden, kann sich nicht darauf berufen, daß es noch Arbeiter gibt, die schlechter bezahlt werden, als Unterbeamte. Der Landwirtschaftsminister hat nach kürzlich mit kaltem Blute gesagt, das Publikum müsse sich daran gewöhnen, für Lebensmittel mehr auszugeben, als bisher. Dann muß sich aber auch die Regierung daran gewöhnen, ihre Arbeiter und Beamten so zu bezahlen, daß sie bei diesen Wucherpreisen sich mit ihrer Familie einigermaßen menschenwürdig durchs Leben schlagen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wie die Unterbeamten zu diesen Dingen stehen, beweist der Beschluß des Verbandstages der unteren Post- und Telegraphenbeamten vom September vorigen Jahres, worin es heißt: Der Verbandstag beklagt auf das tiefste, daß zur Befreiung der wirtschaftlichen Notlage dieser Beamten bisher noch nichts geschehen ist. Er richtet erneut die dringende Bitte an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, durch sofortige Vereinstellung ausreichender Mittel zur Gewährung einer allgemeinen Kostzulage die Gefahr einer Interferenz und der immer weiter um sich greifenden Verschuldung abzuwehren.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag sollte daher die zur Durchführung der Zulagen notwendigen Mittel in den Etat einstellen, wie das die Kommission vorschlägt. Wir werden aber der Kostzulage nur dann zustimmen können, wenn die Annahme der Zulage für die Postboten und Unterbeamten gesichert ist.

Der Staatssekretär sieht in jeder Aenderung des Besoldungsgesetzes die tausendköpfige Hydra aufsteigen. Das ist Wespenschererei. Es handelt sich hier lediglich um die Einlösung alter Verpflichtungen, um eine Ehrenpflicht des Reiches, denn es ist 1909 aufseits erklärt worden, daß, wenn sich Härten bei der Durchführung des Besoldungsgesetzes ergeben sollten, sie immer noch beseitigt werden könnten. Man hat auch vor der Bildung der Bundesstaaten gesprochen, 1909 aber ist Preußen selbständig vorgegangen und hat dem Reich seinen Willen aufgezwungen. Wedrigen sind in Württemberg, in Hamburg und

Bremen die Unterbeamten viel besser gestellt. Es handelt sich hier um eine schwere Schuld der Parteien vor den Konserativen bis zu den Nationalliberalen und der Regierung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Leider hat der Staatssekretär in der Kommission eine ganz nichtssagende Erklärung in dieser Frage abgegeben. Von dem Widerstand der Regierung gegen diese Forderung der Beamten zeugt auch die Behandlung, die man den Eingaben der Unterbeamten hat zuteil werden lassen. Auch die „Konservativen Mittelungen“, das Zentralorgan der Konservativen Partei in Deutschland, haben in ihrer Nummer vom 12. Oktober vorigen Jahres von Teuerungsgeldern der Unterbeamten und von ihrem unbilligen Verlangen nach Zulagen gesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist das Organ derselben Leute, die nicht genug über ihre angebliche Notlage schreien können und sich selbst auf Kosten des Volkes ihre Taschen füllen. Aber der Wind des Junkerorgans hat bei der Regierung seinen Zweck nicht verfehlt. Sie hat eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet, um die Vertrauensmänner des Vereins der Unterbeamten bei den einzelnen Behörden zu ermitteln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Reichskanzler soll allen oberen Reichsbehörden Anweisung gegeben haben, Eingaben der Unterbeamten nicht nur nicht stattzugeben, sondern sie überhaupt nicht zu beantworten. (Ruf: Ines (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) In ihrer Notlage würdigt die Regierung die Beamten keiner Antwort, aber bei Wahlen sucht man durch Kundgebungen und Erlasse die Beamten zu zwingen, diese Regierungspolitik zu unterstützen. Das ist

der Gipfel hochwürdiger Bureaukratie.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Dr. Raempp: Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch.

Abg. Ebert (fortfahrend):

Wenn es an Geld mangelt, soll die Regierung mit der Beizsteuer herantreten. Der Reichstag wird sie gern bewilligen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber es scheint mir an der nötigen Homogenität oder dem erforderlichen Mut zu fehlen. Entgegen dem Willen des Reichstages geschieht nichts für die Beseitigung des Personalnotstandes, wohl aber werden, auch entgegen dem Willen des Reichstages, die Ostmarkenzulagen wieder eingeführt. Wir werden sie nach wie vor ablehnen, wir verlangen statt dessen eine allgemeine Besserstellung der unteren und mittleren Postbeamten. (Sehr richtig!) Der Staatssekretär braucht also seinem gepöhlten Hagen hier nicht Luft zu machen, sondern dem Bundesrat klar machen, daß er dieser Resolution zustimmen muß; daß würden die Beamten im ganzen Reich freudig begrüßen. (Zustimmung.)

Auch bei den Verhältnissen der Telegraphenarbeiter ist kein Fortschritt zu verzeichnen, obwohl es sich um recht beschwerende Forderungen handelt; aber die Einrichtung einer Pensionskasse ist uns eine Denkschrift versprochen, hoffentlich bedeutet das keine Ablehnung. Die Anrechnung der Arbeiterjahre auf das Besoldungsdienstalter, der Ausbau der Arbeiterauschüsse sind abgelehnt, wir halten an dieser dreifachen berechtigten Forderung fest.

Nach ein paar Worte über die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten und Arbeiter. Mit

juristischen Feinern

sucht die Postverwaltung dieses Recht ihrer Beamten und Arbeiter zu erschleien. Wer das gutheißt, kann in den Beamten keine Männer von überzeugendem Charakter erblicken, sondern drückt sie zu Heloten und willenlosen Sklaven herab. (Sehr wahr!) Das ist Terrorismus in schlimmster Form. Nirgends kommt die Menschenwürde so sehr in Gefahr, als bei den Beamten und Staatsarbeitern. Wir haben diese Politik immer bekämpft und werden sie auch weiter bekämpfen. Auch die Staatsarbeiter und Beamten sind nicht Bürger zweiter Klasse, und alle Versuche, ihnen die staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen, sind nichts anderes, als alte rechtswidrige Willkür. (Präsident Raempp ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Wie die Beamten sich zu den Parteien und zur Sozialdemokratie stellen, geht lediglich sie selbst an, wer sie an der freien Entwicklung hindert, der scheint kein reines Gewissen zu haben, der scheint ihre Entscheidung zu fürchten, und erzielt nichts weiter als Gefinnungslumperei. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit solcher Politik werden Sie die Sozialdemokratie nicht schädigen. Vom Parteipunkt aus betrachtet, könnten wir uns mit der Postpolitik abfinden; denn der Staatssekretär und seine Politik sind, wenn auch wider Willen, unsere besten Propagandisten unter dem Postvolk. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, sind Sie ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und doch das Gute schafft. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichssekretär Rahn: Die von der Budgetkommission beschlossenen Zulagen können nicht ohne weiteres in den Etat eingestellt werden. Der Reichstag kann nicht einseitig neue Positionen in den Etat einstellen oder bestehende Positionen erhöhen. Bisher hat er auch stets solche Wünsche in der Form von Resolutionen vorgebracht, aber die dann zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Verständigung erfolgen konnte. Ueber die staatsrechtliche Seite der Frage brauche ich jetzt wohl kaum zu sprechen; materiell hat der Bundesrat zu den Wünschen der Budgetkommission noch nicht Stellung genommen.

Abg. Dr. Hegenheide (Rp.): Eine Besserung der Verhältnisse der unteren Beamten könnte erreicht werden, wenn die höhere Postkarriere gesperrt und die mittlere möglichst beschränkt würde dann könnte unten ein stärkeres Aufsteigen stattfinden. Ueberhaupt sollte die alte Stephansche Organisation, die den Beamten das Aufsteigen so außerordentlich erschwert, beseitigt werden; durch einen frischen Luftzug sollte den tüchtigen Kräften das Aufsteigen erleichtert werden, sowohl bei den höheren, mittleren und unteren Beamten.

Ersparnisse müssen wir auch in Zukunft zu machen suchen, allerdings nicht bei der Ostmarkenzulage. Die Beamten in den Ostmarken haben geglaubt, einen Anspruch auf diese Zulagen erworben zu haben. (Ruf bei den Sozialdemokraten: das war Aberglaube.) Die Resolutionen der Kommission, die ja sämtlich eine Besserstellung der Beamten wünschen, bitte ich anzunehmen.

Abg. Bindel (Sohr.) begründet eine Resolution auf Gleichstellung der in Esch-Verbindungen beschäftigten Post- und Telegraphenbeamten mit den Beamten der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen in Bezug auf die Gewährung nicht pensionsfähiger Zuschläge.

Abg. Werner-Giehn (Amst.) bedauert die Ablehnung der Ostmarkenzulagen in der Kommission und wendet sich gegen die weitere Einstellung von Frauen in den Postdienst. Die Besoldungsverhältnisse der mittleren Beamten bedürfen der Verbesserung. Die Telegraphenbeamten wünschen eine Uniform; ich bitte, diesen Wunsch in wohlwollender Erwägung zu ziehen. Auch die Verhältnisse der Postagenten bedürfen besondere Berücksichtigung, ebenso wie die der Landbriefträger, der Postboten, der Postillons, der Post- und Telegraphenarbeiter.

Die weitere Debatte wird vertagt auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

181. Sitzung. Donnerstag, den 13. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Breitenbach.

Der Präsident verliest die Danktelegrame der kaiserlichen Familie für die Glückwünsche des Hauses zur Verlobung in Karlsruhe.

Der Bauein.

Einzelberatung. — Vierter Tag.

In der Debatte werden zunächst Kanalisationsfragen behandelt; ein dazu gestellter Kommissionsantrag wird angenommen.

Der Neubau des Opernhauses in Berlin.

Im Etat sind 100 000 Mark für die Vorbereitungsarbeiten ausgeteilt. Die Budgetkommission beantragt Bewilligung unter folgenden Bedingungen: Bei der Ausarbeitung des Entwurfs sind die Ergebnisse aus sämtlichen neuerlichen Ideenwettbewerben, insbesondere diejenigen Ideenwettbewerben zu berücksichtigen, welche von der Akademie des Bauwesens als bemerkenswert bezeichnet sind. Zur Ausstellung des Baueinwurfs soll ein freier Künstler noch herangezogen und für die städtebauliche Gestaltung des Königsplatzes ein allgemeiner Wettbewerb der Künstler scharf ausgeschieden werden.

Abg. Frey v. Malsahn (L.): Die Presseörterungen über die Verhandlungen der Budgetkommission zur Opernbaufrage geben vielfach von falschen Voraussetzungen aus. Mit einem allgemeinen Wettbewerb hätten wir auch nicht mehr gewonnen, als mit dem ersten Wettbewerb, an dem sich die große Mehrzahl der deutschen Künstler beteiligt hat. Die Platzfrage ist noch nicht endgültig geklärt. Es kommt nicht nur der Königsplatz in Betracht, sondern z. B. auch das Kasanienwäldchen mit dem Finanzministeriumspalast. Eine Untergrundbahnverbindung ist für das neue Opernhaus notwendig. Die Mitarbeit des freien Künstlers soll sich auf die künstlerischen Arbeiten über den Innenausbau, die feuerpolizeilichen Maßnahmen und die von der Intendant gestellten Forderungen beziehen. Bevor wir die erste Bauplatz bewilligen, werden wir eingehend prüfen, ob der Baueinwurf unseren Ansprüchen genügt. (Beifall.)

Abg. Rosenow (Sp.): Wir nehmen gern teil an den Vorbereitungsarbeiten und bedauern keineswegs, im vorigen Jahre mit dazu beigetragen zu haben, daß ein allgemeiner Künstlerwettbewerb für dieses bedeutame Werk stattfand. Wir erwarten, daß der zur Mitwirkung heranzuziehende freie Künstler ein hervorragender Künstler sein und den nötigen Einfluß haben wird. Am besten wäre es selbstverständlich, das Opernhaus an einem zentralen Punkt zu errichten, aber es muß eben mit den tatsächlich bestehenden Verhältnissen gerechnet werden. Der Schloßplatz wäre ja sehr gut geeignet, aber bei den großen finanziellen Schwierigkeiten wird vorläufig am Königsplatz festzuhalten sein. Wir behalten uns das völlig freie Hand, freilich, die gefährlichen Zustände des jetzigen Opernhauses müssen sobald als möglich beseitigt werden. Die Stadt Berlin würde wohl ihre Untergrundbahn-Verhältnisse an ein auf dem Kollerterrain errichtetes Opernhaus heranzuführen und auch sonst trotz der schlechten Behandlung, die es erfährt, alles Entgegenkommen beweisen. Das neue Theater in Stuttgart sollte man sich in baulicher Beziehung zum Muster nehmen. Günstig wird im Zusammenhang der Regierung mit den Künstlern ein Tempel der Kunst geschaffen, der ein Wahrzeichen für lange ist. (Beifall links.)

Abg. Biemsa (Z.): Der jetzt eingeschlagene Weg sichert die nötige Freiheit und Entfaltung der künstlerischen Ausgestaltung. Wir machen unsere weiteren Entschlüsse davon abhängig, daß uns der Entwurf gefällt und die Stadt Berlin sich angemessen beteiligt.

Abg. v. Bülow-Domburg (natl.) hätte einen allgemeinen Wettbewerb am liebsten gesehen. Warum sollte sich Berlin eigentlich beteiligen, wo doch hier schon eine Anzahl Opernhäuser bestehen? Aber vielleicht kann doch auch dieser Wunsch erfüllt werden.

Abg. Borcker (frk.): Wir stimmen der Resolution zu.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die große Beteiligung der Künstler an dem sogenannten Wettbewerb im vorigen Jahre hat gezeigt, welche großes Interesse an dieser Frage vorhanden ist. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die vorgelegten Entwürfe zahlreiche Anregungen geben und trotz der bedauerlichen Bedingungen Fortschritte zeigen, sowohl in der Richtung der Lösung praktischer Probleme als auch in ästhetischer Beziehung. Die praktische Aufgabe war zugleich eine unpraktische, nämlich ein Hoftheater zu bauen, das gleichzeitig in gewissem Sinne ein Volkstheater sein soll, denn der Hof kann es nicht allein ausführen, auch nicht erhalten, jedenfalls will er das nicht. So besteht ein offener innerer Miß, der ja von vornherein auch von Künstlern hervorgehoben worden ist. Den Künstlern wird von der Staatsregierung aufgegeben, praktischen Zwecken dienende Anbauten, Antikahäuser, Restaurationsgebäude u. dergl. vorzusehen, was auch ein Widerspruch gegen den künstlerischen Zweck ist. Es ist undegreiflich, daß die Staatsregierung der einmütigen Zurückweisung dieses Verlangens durch die Künstler und das Haus zum Trotz es doch aufrecht erhalten hat. Im übrigen hat unsere Zeit sehr wenig den Verzug, ein fertiges architektonisches Kunstwerk ersten Grades zu schaffen, wie sie allerdings umso mehr den Verzug hat, in der Technik das höchste zu leisten. Die technische Lösung wird gelingen, aber die künstlerische, ist sehr die Frage. Die bisher vorliegenden Entwürfe genügen auf keinen Fall, es müssen neue eingefordert werden. Wir brauchen die Sache nicht über das Anie zu brechen, besser ein Jahr später mit der Geschickte anfangen, als ein unvollendetes unangenehmes Werk hinstellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Platzfrage ist organisch verbunden mit der Frage der inneren und äußeren Ausgestaltung. Die Ueberzeugung ist jetzt Gemeingut, daß man Gebäude nicht einfach wohin setzen und als für sich abgeschlossene Dinge betrachten kann. Sie müssen in die gesamte architektonische und landschaftliche Umgebung eingegliedert sein. Der Königsplatz wäre die beste Lösung. Soll man denn die Tatsache, daß es sich um ein königliches Theater handelt, noch mehr hervorheben, indem man es so unmittelbar an das königliche Schloß anleibt, wie es von gewisser Seite gewünscht wird?

Ueber eine Heranziehung der Stadt Berlin zu den Kosten hat Herr Rosenow bereits das Nötige gesagt. Eine Stadt wie Berlin, mit einer Bevölkerung von über zwei Millionen, hat allerdings große künstlerische und ästhetische Aufgaben zu erfüllen, aber in erster Linie für die großen Massen der Berliner Bevölkerung, denen die königliche Oper durch teure Plätze verschlossen ist. Für das königliche Opernhaus haben andere Faktoren zu sorgen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber trotz des Hofcharakters dieses Theaters wünschen wir, daß es vollendet gestaltet werde. Wir lassen uns dabei nur von künstlerischen Interessen leiten und wollen deshalb alles tun, um das Werk zu fördern. Aber zu den Aufgaben Berlins gehört eine Beteiligung am königlichen Opernhaus nicht.

Der Vorschlag der Budgetkommission ist eine Halbheit und bedeutet nichts. Es wird alles in die Hände der Regierung gelegt und die Berücksichtigung der von der Akademie für das Bauwesen als bemerkenswert bezeichneten Entwürfe ist ein enger bureaukratischer Standpunkt. Man sollte einen noch maligen Wettbewerb eintreten lassen und braucht nicht zu befürchten, daß sich die besten Künstler davon nicht wieder beteiligen würden. Warum sollten sie nicht auf Grund eines verbesserten Programms oder größerer Freiheit neue Entwürfe einreichen, an sich arbeiten, wie es unsere besten Künstler immer getan haben? Es ist noch nicht aller Tage Abend, es könnte noch etwas gut gemacht werden, allerdings auf dem Wege, den Sie jetzt beschreiten, kann nichts Gutes herauskommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Sp.): Die Stadt Berlin braucht gar nichts dazu zu geben, denn von den Besuchern des Opernhauses werden aus den westlichen Vororten mindestens ebenso viele sein, als aus Berlin. Wir werden alle Opfer bringen, die wir als Residenzstadt verantworten können, aber mehr nicht.

Der Kommissionsantrag wird gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Nach kurzer unmerklicher Debatte wird der Baueinerteledigt und ohne Debatte die zwei Millionen Mark für Bauten auf der Berliner Museumsinsel bewilligt.

Der Etat der Zölle und indirekten Steuern.

Abg. Barischer (Z.): Die Reichssteuerzuschüsse sind ganz schmerzhaft, verteuern Grund, Boden und Mieten und erzeugen eine Unmenge Prozesse, weg mit ihr! Dafür sollte die Umfsteuer erhöht werden. Die Besteuerung des Grundbesitzes mit Stempelabgaben usw. ist schier unerträglich.

Abg. Dr. Passau (Sp.) verweist auf den Vorschlag eines Herab-

ragenden Mitgliedes des Hauses (Präsident Graf Schwerin-Löwig), die Stempelsteuer und den Anteil an der Reichserbschaftsteuer dem Reich zu überlassen und dafür die Besitzsteuern den Bundesstaaten zugewiesen. Und würde diese Lösung nicht befriedigen. Wir sehen eine Lösung nur in einer Reichsvermögens- oder Reichserbschaftsteuer, denn die Stempelsteuern sind nur eine Verlehrssteuer. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Frhr. v. Jellisch (H.): Der Besitz entzieht sich den Rüstungsopfern in keiner Weise. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit ist gleichgültig, ob die direkten Steuern dem Reich oder den Staaten zu fallen. Wir halten das zweite für richtig, deshalb wäre der Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwig nicht abzuweisen. Preußen wird das Reich in dieser Beziehung nicht im Stich lassen.

Abg. Herold (Z.): Die Dedung der neuen Militärvorlage wollen wir hier nicht erörtern. (Abg. Hoffmann: Ist Ihnen wohl un bequem?) An dem Erzberger'schen Vorschlag, die Stempelsteuern dem Reich nicht zu überweisen, ist unsere Partei nicht beteiligt.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Dedung der Rüstungsvorlage haben unsere Freunde im Reichstag zu beraten. Ueber die Ueberweisung der Stempelsteuern kann gesprochen werden, wenn uns die Vorlage vorliegt.

Abg. Dr. Baumbach (Sp.): Die Rechte hat sonst kein Bedenken, auf dem Wege über Preußen auf Reichsangelegenheiten Einfluss zu nehmen, jetzt soll uns aber unsere Meinungäußerung über die Dedungsfrage verweigert sein. Bei der Verschiedenheit des Wahlrechts für Reichstag und Dreiklassenhaus ist es keinesfalls gleichgültig, welches Parlament eine Besitzsteuer macht. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Frhr. v. Jellisch (H.) verwahrt sich dagegen, daß im Reich bessere Besitzsteuern gemacht werden könnten als hier. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Bisher hat sich das Abgeordnetenhaus hierbei durchaus bewährt. Der Reichstag ist von der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei, die mit ihr bei den Wahlen Schulter an Schulter geht, beeinflusst und eine von ihm gemachte Besitzsteuer würde unter Umständen, wie Herr v. Heydebrand früher einmal gesagt hat, zu einer Vermögenskonfiskation ausarten. (Zustimmung rechts — Widerspruch und Gelächter links.)

Abg. Dr. Baumbach: Dieses Mißtrauen gegen den Reichstag geht von einer Partei aus, die im Reichstag als Reichspartei auftritt! (Sehr gut! links.)

Abg. Frhr. v. Jellisch (H.): Das tun wir, aber wir sind überzeugt, daß das Reich nicht existieren kann ohne ein starkes Preußen, das in seiner Eigenart erhalten werden muß. (Beifall rechts. Abg. Hoffmann: Vielseitiges Hurra! Gelächter links.)

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den Ausgaben tragen die Abg. Wilmann (natl.) und Wolkowski (L.) Goldbeamtenwünsche vor. Die Ausbildung der Goldbeamten soll eine wissenschaftlichere sein, die jetzigen viermonatlichen Kurse verlängert werden. Endlich wünscht er noch verschiedene materielle Verbesserungen.

Finanzminister Dr. Lenge erklärt, daß die jetzige Ausbildung der Goldbeamten genüge; sie brauche nur sinnfällige Unterscheidungsmerkmale zu erkennen. Wohin sollte es führen, wenn sie mit wissenschaftlichen Ueberzeugungen kämen? Zu genauerer Prüfung der Waren in Zweifelsfällen sind andere Behörden da. Den materiellen Wünschen kann ich nicht näher treten, denn wenn einer Beamtenkategorie Rechnung getragen wird, so melden sich sofort an allen Stellen der weitverzweigten Staatsverwaltung Wünsche, die wir unmöglich alle erfüllen können. In den Parlamentsdebatten spielen die Beamtenfragen überhaupt eine immer größere Rolle und statt daß hier die Beamtenwünsche zugestimmt würden, werden sie dadurch nur immer größer! (Bewegung, Zustimmung rechts.) Die Wünsche mögen gut gemeint sein, aber durchführbar sind sie nicht. In früheren Jahren hat man zu viel Anwärter aufgenommen, jetzt hoch ihre Beförderung.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vormittags.

Schluß gegen 6 Uhr.

Aus der Partei.

Der Parteivorstand teilt in einem Zirkular an die Redaktionen mit, daß er von der Besendung der Artikel des Genossen Wehring durch das Pressebureau keine Kenntnis gehabt habe. Die mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus wird von ihm auf das lebhafteste bedauert; er hat Vorforge getroffen, daß sich ähnliche Vorkommnisse nicht wiederholen.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, sind folgende erschienen:

Führer durch das Versicherungsrecht für Angestellte unter Berücksichtigung der erlassenen Ausführungsbestimmungen. Preis 40 Pf.

Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Systematische Darstellung mit ausführlichem Sachregister. Preis 80 Pf.

Kuddekmudel im reformistischen Lager.

Rom, den 10. Februar. (Fig. Ver.) Die vor mehreren Jahren in Parteibegehr übergegangene Tageszeitung „Provincia di Mantova“, die ursprünglich bürgerlich-radikal war, hat durch die Parteisplaltung einen so bedeutenden Abonnentenrückgang erfahren, daß ihre ohnehin prekäre Existenz unmöglich wurde. Das Blatt ist nunmehr in den Besitz einer neuen reformistisch-radikalen Koalition übergegangen, deren Hauptaktionäre die Engländer Enrico Ferri und Ivanoe Bonomi sind. Ferri und Bonomi, die einander während ihres ganzen Parteilebens ununterbrochen befeindet haben, von denen der eine als der Theoretiker des Revolutionismus galt, und der andere, allerdings zweifellos mit viel größerem Recht, als der des Evolutionismus angesehen wurde, werden nun Arm in Arm die parlamentarische Feld der glücklichen Provinz Mantua bestreiten. Beide streben auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenem Temperament einen Ministerposten an. Möge das Exparteiblatt den Engländern den über ihre früheren Ideale hinwegführenden Weg zur Ministerwürde ebnen und verkürzen!

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist heute das 10. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Belagerung von Annapolis. Von R. Samoilowitsch. — Marx und seine russischen Bekannten in den vierziger Jahren. Von R. Masanoff. — Eine kritische Bilanz der Arbeiterpartei. Von A. Sadye (London). — Ein logischer Gegenstand. Von R. Kowalski. — Zur Tarifbewegung im Bergbau. Von August Winiw. — Der imperialistische Sozialismus. (Eine Entdeckung des Herrn Professor Charles Adler.) Von S. Grumbach (Paris).

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein

I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Stralauer Viertel. Bez. 299. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Former

Paul Matschke

gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 211/4 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises. Am 11. Februar verstarb unser Genosse, der Tischler

Emil Wiedemeyer

Islandstraße 4. — Bez. 570a. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Bethemanns-Kirchhofes in Nordend aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 225/9 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Emil Wiedemeyer

Dänenstraße 19, im Alter von 30 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Bethemanns-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 79/4 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein

Köpenick. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Auguste Mestel

Postloggier 19 gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle aus statt. 201/4 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für Schöneberg. Bezirk 5. Am 11. d. Mts. verstarb plötzlich am Schlaganfall unser Mitglied, der Mechaniker

Adolf Entsch

im 53. Lebensjahre. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 15. Febr., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des zweiten Stadt-Friedhofes, Planke-Hölle, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 15/4 Der Vorstand. Treffpunkt für Mitglieder des Selbsterlebens-Schöneb. Männerchor um 3 Uhr beim Galto-Fintel.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marie Runge geb. Rott

am 11. Febr. nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 68 Jahren sanft entschlafen ist. Dies seinen Heßbetriebl an Hermann Runge nicht Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, vom neuen St. Janshof-Kirchhof, Hermannstraße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Adolf Entsch

Belziger Straße 63 am 11. Februar an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 15. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des 11. Städtischen Friedhofes in Schöneberg (Planke-Hölle) aus statt. Rege Beteiligung erwartet 112/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchhändler-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Kollegin

Auguste Raecke

nach kurzem Krankenlager verstorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. Februar 1913, nachm. 4 Uhr, auf dem Georgen-Kirchhof in Weihensee statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 23/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter

Heinrich Sitzmann

am 12. d. Mts. im Alter von 52 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freientwälder Straße aus statt. Die Bezirksverwaltung.



-Kinder-nahrung

-Krankenkost.

Hervorragend bewährte Nahrung.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Arbeiter-Gesundheits-

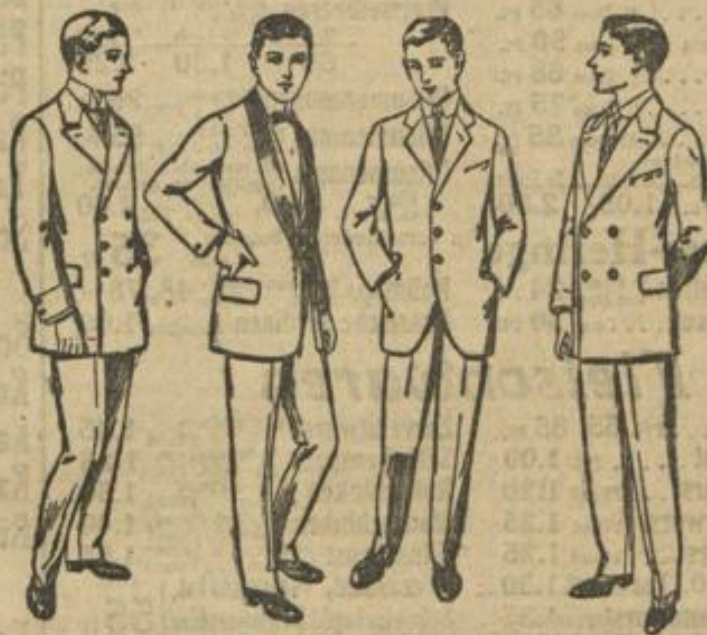
Bibliothek

32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

Leineweber

Berlin C

Rohstr. 34 Köllnischer Fischmarkt 4-6 Fischerstr. 1



Einsegnungs-Anzüge

in Schwarz und Blau

Form:		Brustweiten:			
		72	76	80	84
134	Blaue Chevrot	11.-	12.-	13.-	14.-
137	Blaue Chevrot, gute Qualität	15.-	16.-	17.-	18.-
134	Schwarz Kammgarn	17.-	17.50	18.-	18.50
136	Schwarz Ripkammgarn	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Sehr haltbarer blaue Chevrot	18.-	19.-	20.-	21.-
136/137	Schwarz Kammgarn, Qualität I	21.-	22.-	23.-	24.-
137	Blaue Melton	21.-	22.-	23.-	24.-
134	Schwarz Kammgarn-Chevrot	24.-	25.-	26.-	27.-
134	Blaue Kammgarn-Chevrot	24.-	25.-	26.-	27.-
136	Schwarz Melton	32.-	33.-	34.-	35.-
134	Blaue Melton-Chevrot	32.-	33.-	34.-	35.-
135	Schwarz Tuchkammgarn	36.-	37.-	38.-	39.-
134	Blaue Melton-Chevrot, Qualität I	36.-	37.-	38.-	39.-
135	Prima schwarze Tuchkammgarn mit Croché	41.-	42.-	43.-	44.-
136	Schwarze Melton-Chevrot, sehr elegant	41.-	42.-	43.-	44.-
134	Blaue Melton-Chevrot, Ia Qualität	41.-	42.-	43.-	44.-
135	Schwarz Drapé	46.-	47.-	48.-	49.-
134	Blaue Poulé-Chevrot	46.-	47.-	48.-	49.-

Farbige Jünglings-Anzüge

134	Modern gemusterte Chevrots	18.-	19.-	20.-	21.-
134	Chevrots in modernen Streifenmusterungen	19.-	20.-	21.-	22.-
134	Grau und braun mellerte Chevrots	21.-	22.-	23.-	24.-
134/137	Verschiedene Chevrots in hochmoderner Ausmusterung	28.-	29.-	30.-	31.-
134/136	Elegant gemusterte Kammgarne und Chevrots	32.-	33.-	34.-	35.-
134/136	Kammgarne und Chevrots in prima Qualität und neuesten Musterungen	41.-	42.-	43.-	44.-

Meine in eigenen Betriebswerkstätten hergestellte Knaben- u. Jünglings-Kleidung ist preiswert und unübertroffen in Sitz u. solider Verarbeitung

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

3 neue MAGGI'S Suppen

Prinzeß-Suppe
Windsor-Suppe
Familien-Suppe

1 Würfel für 2-3 Teller 10 Pfg.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37

König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

G. m. b. H.

Oranien-Strasse

Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden. Inseriertes Obst, Gemüse, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Konserven

Junge Schoten fein	1/2 Dose	88 Pf.	Kohlrabiköpfe mit Grün	1/2 Dose	42 Pf.
Junge Schoten I	1/2 Dose	70 Pf.	Spinat gegrün	1/2 Dose	38 Pf.
Junge Schoten II	1/2 Dose	55 Pf.	Wirsingkohl	1/2 Dose	30 Pf.
Junge Schoten III	1/2 Dose	45 Pf.	Rosenkohl	1/2 Dose	65 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose	36 Pf.	Brech- u. Schnittbohnen Ia	1/2 Dose	45 Pf.
Gemischt. Gemüse I	1/2 Dose	95 Pf.	Brech- u. Schnittbohnen 30	1/2 Dose	30 Pf.
Gemischt. Gemüse II	1/2 Dose	65 Pf.	Tomatenpüree	1/2 Dose	65 Pf.
Gemischt. Gemüse	1/2 Dose	48 Pf.	Tomatenpüree	1/2 Dose	38 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	1/2 Dose	28 Pf.	Rote Rüben	1/2 Dose	35 Pf.

Konfitüre engl. Art, Johannisbeeren, Kirschen	1/2 Dose	58 Pf.	Erdbeeren, Himbeeren, Aprikosen, Tefl ca. 1 Pfd.	1/2 Dose	58 Pf.
Heidelbeeren	1/2 Dose	65 Pf.	Preisselbeeren mit Capillarsirup gefärbt	1/2 Dose	68 Pf.
Erdbeeren gefärbt	1/2 Dose	90 Pf.	68 Pf.	1.30	3.25
Mirabellen	1/2 Dose	68 Pf.	Pflaumenmus mit Zucker, Dose ca. 1 Pfd.	1/2 Dose	28 Pf.
Mirabellen Ia	1/2 Dose	75 Pf.	Pflaumenmus mit Zucker, Dose ca. 2 Pfd.	1/2 Dose	55 Pf.
Melange	1/2 Dose	85 Pf.	Pflaumenmus mit mehr als 26 Prozent Capillarsirup, gefärbt, Bimer ca. 5 Pfd.	1/2 Dose	1.40
Apfelmus mit Zucker	1/2 Dose	55 Pf.	1.40	Bimer ca. 10 Pfd.	2.60

Delikatess-Heringe			in verschiedenen Saucen	Dose	35 Pf.
Nordische Sprotten	in Tomaten Dose	24 Pf.	Rollmops in Remouladen-Sauce	1/2 Dose	48, 78 Pf.
Heringe in Gelee	1/2 Dose	30 Pf.	Russische Sardinen Päckchen	1.00	

Fleischwaren

Rotwurst	Pfd.	55, 85 Pf.	Zerelatwurst in Fettdarm	Pfd.	1.45
Landleberwurst	Pfd.	1.00	Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pfd.	Pfd.	1.25
Feine Leberwurst	Pfd.	1.20	Rollschinken ca. 6-8 Pfd.	Pfd.	1.50
Pasteten-Leberwurst	Pfd.	1.25	Mausschinken ca. 2-3 Pfd.	Pfd.	1.40
Bauernmettwurst	Pfd.	1.25	Gänsebrust in ganzen u. halben Stücken	Pfd.	1.55
Jagdwurst	1.10, Teewurst	1.30	Jägersalat, Fleischsalat, Schweinekopf, Delikatessülze	Dose	55 Pf.
Zerelat- u. Salamiwurst	Pfd.	1.35			

Kolonialwaren

Gem. Backobst	Pfd.	28, 40, 50 Pf.	Kirschen sauer	Pfd.	60, also 45 Pf.
Kalif. Pflaumen	Pfd.	22, 28, 34 Pf.	Kaliforn. Kirschen ohne Steine	Pfd.	1.40
Kalif. Pflaumen gross	Pfd.	45, 50, 62 Pf.	Globus-Makkaroni gefärbt, stark und fein	Pfd.	32 Pf.
Entsteint-Pflaumen	Pfd.	50, 58 Pf.	Senta-Makkaroni stark und fein	Pfd.	42 Pf.
Kalif. Birnen	Pfd.	38, 48, 58 Pf.	Olympia-Makkaroni stark und fein	Pfd.	52 Pf.
Kalif. Aprikosen	Pfd.	45, 65, 80 Pf.	Olympia-Bouillon-Würfel Dose 10, 20, 50, 100, 500 Stk.		28 Pf., 55 Pf., 1.35, 2.60, 12.40
Kalif. Pfirsiche	Pfd.	36, 42, 52 Pf.			
Amerlk. Ringäpfel	Pfd.	22, 42 Pf.			

Geflügel

Junge Gänse	Pfund	1.15	Birkhähne	Stück	2.45
Junge Tauben	Stück	50, 60 Pf.	Birkhennen	Stück	1.85
Enten	Stück	2.40, 3.00, 3.75	Suppenhühner	Stück	1.45 bis 2.75
Schneehühner	Stück	88 Pf., 1.10	Brathühner	Stück	1.45 bis 2.75

Frisch. Fleisch

Ochsenfleisch

Pa. Schmorfleisch	Pfd.	1.00	Pa. Schmorfleisch	Pfd.	1.00	
Filet im Ganzen, unausgeschält	Pfund	1.00	Roastbeef	1.00, ohne Knoch.	1.40	
Roastbeef	1.00, ohne Knoch.	1.40	Fehrlippe	Pfund	80 Pf.	
Fehrlippe	Pfund	80 Pf.	Querrippe	Pfund	70 Pf.	
Querrippe	Pfund	70 Pf.	Brust u. Kamm	Pfund	75 Pf.	
Brust u. Kamm	Pfund	75 Pf.	Pökeltzunge	Pfund	1.25	
Pökeltzunge	Pfund	1.25	Pökelfleisch	Pfund	95 Pf.	
Pökelfleisch	Pfund	95 Pf.	Rauchfleisch Hamb. Art z. Kochen	Pfd.	1.10	
Rauchfleisch Hamb. Art z. Kochen	Pfd.	1.10	Talg	Pfund	50, ausgelass. Pfund	60 Pf.
Talg	Pfund	50, ausgelass. Pfund	Schmorfleisch	Pfund	80 Pf.	
Schmorfleisch	Pfund	80 Pf.				

Schweinefleisch

Schinken im Ganzen	Pfd.	90 Pf.	Schinken im Ganzen	Pfd.	90 Pf.
Kotelettes	1.00, Filet	1.25	Kotelettes	1.00, Filet	1.25
Kamm u. Schuft	Pfd.	90 Pf.	Kamm u. Schuft	Pfd.	90 Pf.
Kassl. Rippespeer	90 Pf., 1.05		Kassl. Rippespeer	90 Pf., 1.05	
Rückenfett u. Liesen	70 Pf.		Rückenfett u. Liesen	70 Pf.	

Kalbfleisch

Keule u. Rücken im Ganz.	Pfund	1.10	Keule u. Rücken im Ganz.	Pfund	1.10
Brust, Kamm, Bug	Pfd.	85 Pf.	Brust, Kamm, Bug	Pfd.	85 Pf.
Brustspitze	Pfund	1.00	Brustspitze	Pfund	1.00

Wild

Hasen gestreift	3.00 bis 3.75		Hasen gestreift	3.00 bis 3.75	
Hirsch, Wildschwein und Renntier: Keule Rücken Blatt Ragout	1.10 1.00 0.70 0.30		Hirsch, Wildschwein und Renntier: Keule Rücken Blatt Ragout	1.10 1.00 0.70 0.30	

Aus der eigenen Konditorei, Freitag und Sonnabend:

Kranzkuchen			Kranzkuchen		
Gothaer Art, mit Crèmefüllung			Gothaer Art, mit Crèmefüllung		
Stück	45, 90 Pf., 1.35		Stück	45, 90 Pf., 1.35	

Obst und Gemüse

Valencia-Apfelsin. Dtz.	30, 40, 50, 65 Pf.	Datteln	Karton	33 Pf.	
Blut-Apfelsin. Dtz.	50, 75 Pf.	Lucoms-Feigen	Pfd.	80 Pf.	
Messina Blut-Apfelsin. Kiste 100 St.	7.00	Feigen	Kistchen	30, 40 Pf.	
Mandarinen	Pfund	22 Pf.	Bittere Orangen	Dtz.	55 Pf.
Zitronen	Dtz.	38, 43 Pf.	Tomaten	Pfd.	28 Pf.
Kaliforn. Aepfel	Pfd.	40, 50, 60 Pf.	Petersilie in Töpfen	Topf	18 Pf.
Amerikan. Aepfel	Pfd.	20, 25 Pf.	Radieschen	Bund	15 Pf.
Tafel-Reinetten	Pfund	22 Pf.	Blumenkohl Kopf	10, 15, 20 Pf.	
Amerik. Rousset-Aepfel	Pfd.	20 Pf.	Malta-Kartoffeln	3 Pfund	28 Pf.
Kochäpfel	Pfd.	15 Pf.	Meerrettich	Pfund	16 Pf.
Ananas	Pfd.	85 Pf.	Schwarzwurzeln	2 Pfund	25 Pf.

Butter und Käse

Tischbutter	Pfd.	1.38, 1/2 Pfd.	70 Pf.	Harzer Käse	5 Stück	10 Pf.		
Bratenschmalz	Pfund	70 Pf.	Bratenschmalz	Pfund	70 Pf.	Holländer Käse	Pfund	80 Pf.
Pflaumenmus	Pfund	30 Pf.	Pflaumenmus	Pfund	30 Pf.	Faust- u. Spitzkäse	3 Stück	25 Pf.
Gem. Marmelade leicht gef.	Pfund	33 Pf.	Gem. Marmelade leicht gef.	Pfund	33 Pf.	Kuh- und Landkäse	2 Stück	35 Pf.
Romatour	St.	33, Limburger	Pfd.	58 Pf.	Schweizer Käse	Pfund	93 Pf.	
Frühstückskäse	3 Stück	25 Pf.	Frühstückskäse	3 Stück	25 Pf.	Bayerisch. Emmenthaler	Pfd.	1.10
Allgäuer Alpenkäse	Pfund	72 Pf.	Allgäuer Alpenkäse	Pfund	72 Pf.	Weisser Käse	Stück	10 Pf.

Wein

Obermoseler	1/2 Flasche	65 Pf.	Obermoseler	1/2 Flasche	65 Pf.
1911 Wellensteiner	1/2 Fl.	82 Pf.	1911 Wellensteiner	1/2 Fl.	82 Pf.
1911 Bullayer	1/2 Flasche	1.10	1911 Bullayer	1/2 Flasche	1.10
1911 Enkircher	1/2 Flasche	1.30	1911 Enkircher	1/2 Flasche	1.30
1911 Trabener Königsberg	1.60		1911 Trabener Königsberg	1.60	
1911 Maikammerer	1/2 Fl.	68 Pf.	1911 Maikammerer	1/2 Fl.	68 Pf.
1911 Weinheimer	1/2 Flasche	87 Pf.	1911 Weinheimer	1/2 Flasche	87 Pf.
1907 Jugenheimer	1/2 Fl.	1.10	1907 Jugenheimer	1/2 Fl.	1.10
1911 Gutenberg Lay	1/2 Fl.	1.30	1911 Gutenberg Lay	1/2 Fl.	1.30
1905 Kempter Berg	1/2 Fl.	1.40	1905 Kempter Berg	1/2 Fl.	1.40
1909 Les-Bessannes	1/2 Fl.	87 Pf.	1909 Les-Bessannes	1/2 Fl.	87 Pf.
1907 Castillonais	1/2 Fl.	92 Pf.	1907 Castillonais	1/2 Fl.	92 Pf.
1909 Cru du Marin	1/2 Fl.	1.00	1909 Cru du Marin	1/2 Fl.	1.00
1907 Parempuyre	1/2 Fl.	1.30	1907 Parempuyre	1/2 Fl.	1.30
1907 Chät. Duhart Milon	1/2 Fl.	1.50	1907 Chät. Duhart Milon	1/2 Fl.	1.50

„Awelot“ Doppel-Schiffsumme konzentriertes Malzextrakt	1/2 Dose	90 Pf.	1/2 Dose	1.70	
Blankenhain. Kraftmalzbier	3.00		Blankenhain. Kraftmalzbier	3.00	
Faschen werden mit 5 Pf. berechnet und ebenso zurückgenommen.			Faschen werden mit 5 Pf. berechnet und ebenso zurückgenommen.		

Räucherwaren

Goldfische	Stück	12 Pf.	Goldfische	Stück	12 Pf.		
Lachsbrülinge	3 Stück	20 Pf.	Lachsbrülinge	3 Stück	20 Pf.		
Kieler Brücklinge	2 Stück	10 Pf.	Kieler Brücklinge	2 Stück	10 Pf.		
Seelachs	Pfund	40 Pf.	Seelachs	Pfund	40 Pf.		
Kieler Sprotten	Pfund	70 Pf.	Kieler Sprotten	Pfund	70 Pf.		
Lachsheringe	Stück	15 Pf.	Lachsheringe	Stück	15 Pf.		
Aale	Pfd.	1.15, 1.50, Bund	45 Pf.	Aale	Pfd.	1.15, 1.50, Bund	45 Pf.
Bratheringe	4 Ltr.-Dose	1.60	Bratheringe	4 Ltr.-Dose	1.60		
Gewürzgerichte	4 Ltr.-Dose	1.45	Gewürzgerichte	4 Ltr.-Dose	1.45		
Sardellen	Pfund	90 Pf., 1.20	Sardellen	Pfund	90 Pf., 1.20		
Matjesheringe	Stück	15, 20, 25 Pf.	Matjesheringe	Stück	15, 20, 25 Pf.		
Sauerkohl	2 Pfund	10 Pf.	Sauerkohl	2 Pfund	10 Pf.		

Fische

Kabeljau ohne Kopf in ganzen	20 Pf.	Kabeljau ohne Kopf in ganzen	20 Pf.		
Mittelschollen	Pfund	35 Pf.	Mittelschollen	Pfund	35 Pf.
Grosse Schollen	Pfd.	45 Pf.	Grosse Schollen	Pfd.	45 Pf.
Lebende Hechte bis 6 Pfund schwer	Pfd.	1.10	Lebende Hechte bis 6 Pfund schwer	Pfd.	1.10
Lebende Hechte 6 bis 10 Pfund schwer	Pfd.	80 Pf.	Lebende Hechte 6 bis 10 Pfund schwer	Pfd.	80 Pf.
Lebende Plötzen	Pfund	45 Pf.	Lebende Plötzen	Pfund	45 Pf.
Lebende grosse Schleie	Pfd.	1.15	Lebende grosse Schleie	Pfd.	1.15
Frische Plötzen	Pfund	25 Pf.	Frische Plötzen	Pfund	25 Pf.
Tafel-Zander	Pfd.	90 Pf.	Tafel-Zander	Pfd.	90 Pf.
Tafel-Lachs in ganzen Fischen	Pfd.	68, 95 Pf.	Tafel-Lachs in ganzen Fischen	Pfd.	68, 95 Pf.
Stockfische	Pfd.	65 Pf.	Stockfische	Pfd.	65 Pf.

Ständiger Verkauf:								
Gebrannter Kaffee Misch. I II III IV V VI VII	Pfd.	1.40	1.50	1.60	1.70	1.80	2.00	2.20
Spezialmischung bestehend aus ca. 50 % gemahlenem Bohnenkaffee und ca. 50 % Kaffeezusatz	Pfd.	95 Pf.						
Brot aus der eigenen Bäckerei, Hamburger Art, Schlüterbrot, Korbrot, rundes Landbrot, Kuchenbrot	Laib	45 Pf.						

Leipziger Str. Stadt-Küche König-Strasse					
Lieferung von Dejeuners, Dinners, Soupers, Kalten Büfets etc. Preisliste kostenlos.					

VERA
Qualitäts-3 Pfg. Cigarette



Engelhardt
Special Hell
Flasche 10 Pf.
Überall käuflich
Ein Qualitätsbräu

Henkel's Bleich-Soda

Das Beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen. Aitbewährt und unerreich!
HENKEL & Co., Düsseldorf.

Ein Mädchenmord.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann gestern die Verhandlung eines Mordprozesses, bei dem ein Indizienbeweis geführt werden muß. Die Anklage richtet sich gegen den 25 Jahre alten Techniker Karl Stahl aus Wilmersdorf. Er ist beschuldigt, in der Nacht zum 23. März 1912 zu Wilmersdorf vorzüglich die lebige Köchin Margarete Rosenburg getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben.

Der Angeklagte ist der Sohn eines Bauunternehmers; er hat eine Realschule und dann eine Baugewerkschule besucht und das Zeugnis zum einjährig-freiwilligen Militärdienst erworben, ist aber nicht Soldat gewesen. Sein Geburtsort ist Kuchin, Kreis Seehausen in Württemberg. Im Jahre 1909 ist er wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Am Sonnabend, den 23. März, wurde in der Rudolfstädter Straße in Wilmersdorf — früher Ringbahnstraße — die Leiche der Köchin Margarete Rosenburg mit dem Kopfe in einer Blutlache vorgefunden. Die Tote hatte eine Schußwunde in der rechten Schläfe und hielt einen Revolver in der linken Hand. Die Lage der Toten ließ zunächst auf einen Selbstmord schließen. Am Morgen nach der Auffindung der Leiche traf bei dem Notar Thinius in Wilmersdorf ein Brief ein, in welchem die Rosenburg mitteilte, daß sie sich das Leben genommen habe und den Angeklagten zum Erben ihrer gesamten Habe einsetze. Diese Verschreibung war in die Form eines Testaments gefaßt.

Die Anklage behauptet, daß der Angeklagte die Rosenburg erschossen und den Brief und das Testament selbst geschrieben habe, um sich in den Besitz des etwa 2000 M. betragenden Vermögens der Rosenburg zu setzen. — Der Angeklagte bestritt auf Befragen des Vorsitzenden jede Schuld. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er durch eine Bekanntschaft mit einer Stellenerin Pfaff auf die schiefte Ebene gekommen sei. Da das Liebesverhältnis viel Geld kostete, habe er durch einen Diebstahl bei seinem eigenen Bruder sich in den Besitz von Geldmitteln gesetzt. Er fertigte sich einen Gipsabdruck von dem Geldschrank seines Bruders an und entwendete erst 1800 M., und dann beim zweiten Male 6000 M., nachdem er seinen Bruder durch einen gefälschten Brief in eine andere Stadt gelockt hatte. Wegen dieser Diebstähle wurde er zu der schon erwähnten Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, die er am 22. Oktober 1910 verbüßt hatte. Er ging nach Kuchin (Württemberg) zu seinen Eltern zurück und lernte hier die Köchin Margarete Rosenburg kennen. Als die R. in Berlin eine Stellung annahm, schrieb sie dem Angeklagten, er möchte ebenfalls nach Berlin kommen. Er kam auch im Mai 1911 nach Berlin und fand hier in einer Fabrik in der Grottdorferstraße eine Anstellung, die er aber am 15. Oktober wieder verlor. Von diesem Zeitpunkt ab ging es dem Angeklagten sehr schlecht, insbesondere hatte er kurz vor dem Tode der R. mitunter tagelang keinen Pfennig Geld in der Tasche. Er erhielt wiederholt erhebliche Beträge von der R., die ein sehr fleißiges und spartames Mädchen war und sich etwa 2000 M. gespart hatte, die in Papieren angelegt waren, und von ihrem Bruder, einem Lehrer in Rommern verwaltest wurden. Der Angeklagte behauptet heute in seiner Vernehmung, daß er nur etwa 300 M. von der R. erhalten habe. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er selbst in einem Briefe an die R. geschrieben habe: „Ich schulde Dir schon weit über 900 M.“ Auch habe er der R. einen Schuldschein über 1000 M. ausgestellt. Der Angeklagte blieb dabei, daß er nur ein paar Hundert Mark erhalten habe; die R. habe ihm den Schuldschein mit der Begründung abverlangt, daß er ihr mehr treu sei, wenn sie jebiel Geld von ihm zu bekommen habe. Die R. habe ihm das Geld direkt aufgedrängt und ihm heimlich in die Tasche gesteckt.

In der ersten Hälfte des März schickten die Eltern des Angeklagten ihm Geld zur Heimreise. Er soll angeblich zunächst so getan haben, als ob er abreisen wolle, die Rosenburg soll, so wird behauptet, aufgeatmet haben, daß sie von dem Angeklagten endlich befreit würde, der Angeklagte blieb dann aber doch in Berlin. Er behauptet, daß sich die R. dann verstellt haben müsse; im Gegenteil sei er von der R. nicht losgelassen, und diese habe ihn geradezu gebeten, nicht abzureisen, sondern noch hierzubleiben. Stahl war dann in immer größere Bedrängnis geraten und bestürmte die R. immer von neuem mit Briefen. In einem dieser Briefe klagte er, daß er nicht einmal Geld zu einer Freimarke habe und ihr dankbar sein würde, wenn sie ihm nur ein Stück Brot geben würde. Am Donnerstagsabend traf er sich mit der R. vor dem Hause Halensee, Auguste-Victoriastr. 7, in dem die Rosenburg diente, bei diesem Zusammenreffen gab sie ihm jedoch kein Geld. Am Freitag, den 22. März, dachte er sie vormittags auf dem Wochenmarkt in Halensee ab und behauptet, daß dies das letzte Mal gewesen, wo er die R. lebend gesehen habe. Er will bei dieser Gelegenheit 3 M. von der R. erhalten haben. Die Anklage behauptet, daß die R. am Abend die Absicht gehabt habe, zu der Witze des Angeklagten zu gehen, um mit dieser über die Beilegung der rückständigen Rente zu reden. Sie hatte sich auch zwischen 9 und 9 1/2 Uhr abends aus ihrer Wohnung entfernt, um zu Stahl hinzugehen, und soll sich um nicht in Verlegenheit zu kommen, diesem wieder Geld zu geben, nur 3 M. in ihr Portemonnaie gesteckt haben. Sie ist nicht mehr zurückgekehrt, sondern ihre Leiche wurde dann am anderen Morgen aufgefunden.

Die Anklage behauptet, daß der Angeklagte, nachdem er die R. erschossen, ihr das Portemonnaie aus der Tasche genommen, dann um sich ein Alibi zu schaffen, schleunigt nach dem Umland-Café in der Umlandstraße 114/115 gegangen sei und sich dort mehrere Stunden aufgehalten habe. Der Angeklagte bestritt alle von der Anklage vorgebrachten Verdachtsmomente. Er behauptet, daß das Geld, welches er im Umland-Café ausgegeben, von den 3 M. herrührte, die ihm die R. am Vormittag gegeben habe. Wichtig sei es, daß der Revolver, der in der linken Hand der Leiche vorgefunden wurde, sein Revolver sei. Die R. habe ihm den Revolver einige Zeit vorher weggenommen, damit er sich nicht erschließen solle. Angeblich habe er mehrfach die Absicht gehabt, sich das Leben zu nehmen, auch die R. habe oft Selbstmordgedanken geäußert.

Der Vorsitzende hält ihm dagegen vor, daß die R. es bei ihrer Dienstherrschaft sehr gut gehabt habe und nach dem Zeugnis verschiedener Personen absolut keinen Grund zum Selbstmord gehabt habe. Das im allgemeinen heitere und vertrauensvolle Mädchen sei im Gegenteil gerade zu der kritischen Zeit durchaus aufgeräumt gewesen und habe sich mit allerlei Zukunftsplänen getragen. Demgegenüber erwiderte der Angeklagte, die Behauptung der Anklage, daß die Rosenburg in der rechten Abendstunde noch bei ihm in der Wohnung gewesen, sei falsch, und wenn Zeugen behaupten, daß sie ganz deutlich gehört haben, wie er sich in seinem Zimmer mit der R. in etwas erregter Weise unterhielt, so sei dies eine Lüge. Wie die Leute zu dieser Beschuldigung kommen, sei ihm ganz unverständlich. Er sei am Freitag bis etwa 10 Uhr zu Hause geblieben und habe gelesen. Bis zu dieser Zeit sei niemand bei ihm gewesen. Er habe bis dahin auf die R. gewartet, und als sie nicht kam, sei er spazieren gegangen und um 11 Uhr habe er das Umland-Café aufgesucht. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er zu dem Weg, den er nach seiner Darstellung gemacht haben will, nicht bloß 1 Stunde, sondern etwa 1 1/2 Stunden gebraucht hätte, es wäre doch auch sehr leichtfertig gewesen, daß ein Mensch, der sich in solcher Geldnot befand, ins Café begab und dort Geld ausgab. Der Angeklagte behauptet auf weiteren Vorhalt des Vorsitzenden, daß er vom Umland-Café um 1 1/2 Uhr nach Hause gegangen und dort bis zum Erwachen am nächsten Morgen um 7 1/2 Uhr verblieben sei. Die Anklage beruft sich dagegen auf zwei Zeugen, die den Angeklagten gegen 6 Uhr morgens auf der Straße gesehen haben wollen.

Die Anklage nimmt an, daß der Angeklagte in dieser Zeit den Brief an den Notar Thinius und das Testament geschrieben und

in den Briefkasten gesteckt habe. Der Angeklagte bestritt das mit großer Entschiedenheit; wenn Zeugen ihn auf der Straße gesehen haben wollen, so sei dies eine gemeine Lüge und die Leute würden, wenn sie dies beschwören, einen Meineid leisten.

Auf weitere Fragen erklärte der Angeklagte noch, daß er am Freitag nach Hause gekommen sei und hier den Brief des Notars Thinius gefunden habe. Dieser habe ihm geraten, zur Polizei zu gehen und hier sei er nach einer Vernehmung sofort verhaftet worden.

Nachdem die allgemeine Vernehmung des Angeklagten beendet ist, vertiefte der Vorsitzende den Brief, den der Notar Thinius in Wilmersdorf am Morgen des 23. März mit der ersten Post erhalten hatte. Der Brief war zwischen 5 und 6 Uhr vormittags abgestempelt und hatte folgenden Wortlaut: „Ich gehe in den Tod. Anbei meine letzte Verfügung: Sorgen Sie, bitte, für das weitere. Marg. Rosenburg.“ Dem Schreiben lag ein verschlossener Brief bei mit der Aufschrift: „Herrn Karl Stahl, Wilmersdorf, Berliner Straße 108.“

Testament: Halensee, d. 8. 2. 12. Abends 1/2 12 Uhr. Mein I. Karl! Ich verabschiede Dich hiermit zum Trost meiner Schwöster E. mein Geld u. Wertpapiere (etwa 2000 M.), es ist auf der Wittib. Privat. Filiale Langern. Sofort nach meinem Tode auszubezahlen ohne Abzug. Margarete Rosenburg, Auguste-Victoriastr. 7.“

In der Beweisaufnahme erklärten eine Reihe von Sachverständigen, daß die Lage der Leiche gegen einen Selbstmord spreche: mit Sicherheit ließe sich aus der Richtung des Schußkanals nicht schließen, ob Selbstmord oder Mord von fremder Hand vorliege. Der Revolver schein aber der Erschossenen nach ihrem Tode in die Hand gelegt zu sein. Der Verstorbene wird durchweg ein gutes Leumundzeugnis von einer Reihe von Zeugen ausgestellt. Lebensüberdruß habe die Verstorbene nicht gehabt.

Ein Dienstmädchen, das früher mit der R. befreundet war, beklundet, daß diese einmal zu ihr geäußert habe, sie wolle mit ihrem Bräutigam „in den Tod gehen“. Da sie dies aber in scherzhaftem Tone gesagt habe und auch sonst stets lustig gewesen war, habe sie diese Erzählung gar nicht ernst genommen. Eine andere Zeugin erklärt, daß die R. stets lustig und vergnügt gewesen sei und einige Tage vor ihrem Tode noch die Absicht geäußert habe, einen Hochzeitsmorgens zu machen, da sie dann besser fortkommen würde. — Eine andere Zeugin beklundet, daß ihr die Rosenburg wiederholt geklagt habe, daß ihr Bräutigam Stahl jebiel Geld von ihr verlange. Einmal habe ihr die R. erzählt, daß ihr Bräutigam ihr im Tiergarten einen Revolver, den er stets bei sich geführt habe, in die Hand gedrückt und sie aufgefordert habe, sich zuerst zu erschießen, dann werde er sich selbst erschießen. Dieser Zeugin hat die R. auch einmal ihr Geld zur Aufbewahrung gegeben, weil sie Angst hatte, Stahl würde ihr einmal die Tasche mit dem Geld wegreißen und davon eilen. Am Tage der Tat hat die R. der Zeugin gesagt, „der Kerl“ habe sie schon wieder auf dem Wochenmarkt abgefaßt und Geld haben wollen, doch gebe sie ihm nun nichts mehr, aber sie wolle am Abend noch einmal zu ihm gehen. Einen Revolver hat die Zeugin, die mit der R. zusammen bei Frau Dr. Sachs diente, nie im Besitze der R. gesehen. In ähnlichem Sinne äußern sich mehrere andere Zeuginnen, die gleichfalls beklundet, daß die R. sich häufig darüber beklagt habe, daß sie dem Angeklagten jebiel Geld hingeben müsse. Sie habe auch Angst vor ihm gehabt und erzählt, daß Stahl immer einen geladenen Revolver bei sich führe. Sie habe einmal erklärt, sie habe keine Ruhe mehr und wolle ins Ausland gehen. — Frau Dr. Sachs beklundet, daß sie der R. wiederholt den Rat gegeben habe, das Verhältnis zu Stahl zu lösen. Die R. habe ihr darauf immer geantwortet, sie bekomme viel Geld von Stahl und könne schon aus diesem Grunde nicht so ohne weiteres das Verhältnis lösen, sie fürchte jedoch, daß die ganze Sache noch einmal ein schlimmes Ende nehmen werde.

Die Verhandlung wurde auf heute vertagt.

Parlamentarisches.

Marineetat.

Die Beratung des Marineetats in der Budgetkommission des Reichstags führte am Mittwoch und Donnerstag zunächst zu einer Debatte über die starke Vermehrung der Offizierstellen. Werden doch im neuen Etat nicht weniger als 133 neue Stellen, darunter 30 Fregatencapitäne gefordert. Gewünscht wurde aus der Mitte der Kommission, daß die aus dem Unteroffizierstande hervorgegangenen Dedoffiziere auch zu Offizieren befördert werden. Mit der Zeit werde beim jetzigen System im Avancement der Seeoffiziere eine Stokung eintreten, die zu großen Schwierigkeiten führen müsse. Von linkspartheilicher Seite wurde gefordert, daß den Chefingenieuren der Marine Strafgewalt über die ihnen unterstellten Leute gegeben werde. Dieser Forderung traten die Genossen Koste und Schöpflin lebhaft entgegen, weil ihre Durchführung die Zahl der Verstrafungen erheblich vermehren würde. Auch der Staatssekretär bekämpfte die linkspartheilichen Anregungen. Sehr lebhaft wurde die Stellung und Lage der Dedoffiziere besprochen, die in der Kopfstärke von etwa 3000 in der Marine vorhanden sind. Für die materielle Besserstellung der Dedoffiziere hat sich die Budgetkommission bereits erklärt; für die weiteren speziellen Wünsche trat besonders Abg. Strube ein. Gestützt auf die Angaben in einer anonymen Broschüre, die offenbar von ehemaligen Dedoffizieren stammt, glaubt Abg. Strube die Verformis ausprechen zu können, daß unter den ungünstigen Verhältnissen der Unteroffiziere und Dedoffiziere die Schlagfertigkeit der Flotte leidet. Linkspartheiler, Nationalliberale und Konserverative wünschten die vertrauliche Besprechung der Broschüre und der in ihr enthaltenen Materien. Genosse Ledebour protestierte lebhaft dagegen, daß auch Abgeordnete eine vertrauliche Verhandlung anregen. Das zu tun, sei Sache der Regierung. Bemerkenswert dabei ist, daß Staatssekretär v. Tirpitz am Donnerstag erklärte, er habe nichts dagegen, wenn der gesamte Inhalt der Broschüre, die vorläufig nur als Manuskript und in wenigen Exemplaren gedruckt worden ist, veröffentlicht wird. Die deutsche Marine stehe auf der Höhe der Kriegsbereitschaft, und die Schlussfolgerungen, die in der Broschüre aus ganz natürlichen Mängeln und Schwierigkeiten bei der Besetzung von neu in den Dienst gestellten Schiffen gezogen werden, seien grundsätzlich, daß darüber eine Diskussion sich gar nicht lohne.

Genosse Koste trat namens der Sozialdemokraten für die berechtigten Wünsche der Dedoffiziere und des Unteroffizierpersonals ein. Angenommen wurde folgende Resolution des Zentrums, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Verbesserung der Gesamtstellung (sozial, Gehalt, Pension) der Dedoffiziere in Erwägung zu ziehen.

Für die Marine-Infanterie und Matrosen-Artillerie beantragt das Zentrum die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, weil diese Truppen auch keinen komplizierteren Dienst leisten müssen, als die Infanterie und Artillerie der Armee. — Die Genossen Koste und Ledebour unterstützten lebhaft diese Forderung, gegen die Staatssekretär v. Tirpitz kämpfte. Die Verringerung der Dienstzeit würde die Schlagfertigkeit in Zweifel ziehen, auch sollen Schwierigkeiten in der Ablösung der in China garnisonierenden Marineinfanterie bestehen. Diese Einwände wurden jedoch widerlegt und die Resolution mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und des polnischen Mitglieds angenommen. Die Linkspartheiler enthielten sich der Abstimmung. — Zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen Marineverwaltung und Kommissionäre führte die Kritik, die an den Tafel- und Waffengeldern der Seeoffiziere geübt wurde. Diese Gelder haben schon in früheren Jahren in der Kommission eine Rolle gespielt, ebenso die Zulagen

für bestimmte höhere Offiziere. Das Zentrum stellte diesen Antrag: „Diese Zulagen werden gezahlt für die Tage der dauernden Abwesenheit bei Fahrten auf hoher See.“ Staatssekretär v. Tirpitz erklärte in großer Erregung, er bleibe nicht einen Tag länger Staatssekretär, wenn dieser Antrag angenommen würde. Von den Genossen Ledebour und Südekum wurde dem Staatssekretär scharf geantwortet. Es sei gar keine Art, so gegen die Kommission aufzutreten, wenn diese, wie es ihre Pflicht ist, eine sachliche Prüfung des Tafelgeldwesens, das eine Ausgabe von beinahe sechs Millionen erfordert, vornehmen wolle. — Vizeadmiral Capelle erklärte, die Seeoffiziere empfänden es allgemach als schwere Beleidigung, wenn ihnen immer unterstellt werde, sie verschafften sich gewissermaßen auf Schleichwegen zuunrecht Gelder. Wo solle bei einer solchen Behandlung der Offiziersnachwuchs herkommen? — Vizeadmiral Dyd erklärte, als Oberverwaltungsrat habe er solche Ausgaben repräsentativer Natur machen müssen, daß er froh gewesen sei, nach zwei Jahren seinen Posten aufgeben zu können. Dem hielt Gen. Südekum den Ausdruck des Admirals v. Hülsefeldt entgegen: Ein Seeoffizier, der es zum Admiral gebracht habe, müsse sich ein Rittergut erpart haben können.

Das Reichsmarineamt will zur Freigibtung einen Nachweis über die Verwertung der Tafelgelder erbringen, an denen auch vom Zentrum und den Linkspartheilern Kritik geübt wurde. — Abg. Speck und Gen. Südekum wandten sich lebhaft dagegen, daß süddeutsche Firmen bei Lieferungen für die Marine nicht zugelassen werden. — Gen. Brandes sprach über Arbeiterverhältnisse. — Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt werden.

Das Petroleummonopol in der Reichstagskommission.

Nachdem in der ersten Lesung der Kommission der entscheidende § 1 der Vorlage abgelehnt wurde, begann Donnerstag die zweite Lesung, die wieder mit einer Generaldiskussion über § 1 einsetzte. Das Zentrum stellte einen Antrag auf Besetzung weiterer Materials und Vorlage der abgeschlossenen Vorverträge. Die Vertreter des Zentrums erklärten auf Grund der statistischen Besprechungen mit verschiedenen Interessentengruppen und Sachverständigen nochmals die Frage der Verjorgung und des Preises. Sie stehen auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß die Verjorgung zu billigen, annehmbaren Preisen ohne die Standard Oil Company nicht möglich sei. Es besteht auch gar keine Veranlassung zu dem Monopol, weil wir in Deutschland die niedrigsten Petroleumpreise haben und eine Gefahr für die Konsumenten nicht vorhanden sei. Bei Annahme des vorliegenden Entwurfs aber müßte eine Erhöhung des Detailpreises um 6 bis 7 Pf. pro Liter eintreten. Der Vertreter der Regierung widersprach den pessimistischen Darstellungen des Zentrums und stellte an der Hand der Statistiken fest, daß z. B. die Produktion 1912 in Rußland nicht zurückgegangen, sondern gestiegen sei. In Amerika wollen sich die Aufseher zusehensammelschließen, nicht nur die Raffinerien, sondern auch die Rohölproduzenten. Die Lieferungsaufrufen für das Monopol durch die amerikanischen Aufseher seien sehr gut.

Zu dem § 1 sind von den beiden liberalen Gruppen, dem Zentrum und den Sozialdemokraten Anträge gestellt, die sich auf den Absatz 3 beziehen, der die Betriebsgesellschaft betrifft. Der Sprecher der Sozialdemokratie bemerkte, daß die Sozialdemokraten nun in der zweiten Lesung bereit seien, dem Monopol in der Form einer Aktiengesellschaft zuzustimmen. Diese Form soll ähnlich der Organisationsform der Reichsbank sein, nur mit dem Unterschiede, daß das Reich an der Aktiengesellschaft des Petroleummonopols auch mit Kapital beteiligt sein soll. Der Grund für die Zustimmung zu dieser Organisationsform des Petroleummonopols liege darin, daß durch sie die Verjorgung des Landes mit Petroleum in Kriegzeiten voraussichtlich gesichert sei, als bei einem Reichsmonopol. Doch solle auch bei der Form der Betriebsgesellschaft dem Reich die ganze Leitung des Geschäfts übertragen werden. — Die Sprecher der Liberalen führten aus, daß sie Wert darauf legen, daß das Monopol durch eine kaufmännische Handelsgesellschaft betrieben wird. Die Betriebsgesellschaft arbeite rationaler als das reine Reichsmonopol. — Der Vertreter der Konserverativen erklärte, daß sie ihren Antrag wegen der Beteiligung der Detailsisten an der Betriebsgesellschaft bei § 1 nicht mehr einbringen, sondern dem § 1 der Regierungsvorlage grundsätzlich zustimmen. — In der Abstimmung wurde der § 1 Absatz 1 und 2 nach der Regierungsvorlage angenommen mit allen gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen. Der Antrag, den Absatz 3 mit der Betriebsgesellschaft wieder herzustellen, wurde angenommen. Ebenfalls mit allen gegen die Stimmen des Zentrums. Vom Zentrum stimmte nur Dr. Lehner dafür.

Im § 2 wird dann die Konzessionsdauer für die Betriebsgesellschaft von 20 auf 30 Jahre herabgesetzt und die Bestimmung angenommen, daß zu einer weiteren Konzession die Zustimmung des Reichstags notwendig ist.

Jugendgerichte.

Nachdem Abg. v. Liszt (Vp.) in der Kommission des Reichstags am Donnerstag eine Enquete der Zentrale für Jugendfürsorge über Organisation und Praxis der Jugendgerichte in den Bundesstaaten kurz erörtert hatte, begründete Abg. Stadthagen den sozialdemokratischen Antrag auf Einrichtung von Jugendstrafkammern bei den Landgerichten, die mit einem Richter und vier Schöffen besetzt sein sollen. — Die Fortschrittler beantragten, daß als Jugendstrafkammer durch die Landesjustizverwaltung eine der Strafkammern bestimmt werden solle, unter deren Mitgliedern sich zwei Jugendrichter des Landgerichtsbezirks zu befinden haben. Das Zentrum wünschte demgegenüber Jugendstrafkammern in der Besetzung von drei Richtern und zwei Schöffen. — Die Regierung erhob grundsätzliche Bedenken gegen die Besetzung von Jugendstrafkammern mit Laien und warnte davor, die Vorlage mit jubel Reuerungen zu belassen, da sonst „das Schiffchen zum Sinken gebracht werde“. — Die Konserverativen traten der Regierung in der Sache bei.

Eine längere Debatte entstand bei der Beratung des § 2 Absatz 2. Beratung und Auswahl von Jugendbeschöffen, wozu eine große Anzahl von Anträgen und Petitionen eingegangen ist, die die Zulassung von Frauen, Volksschullehrern, Geistlichen und Personen aus der Jugendfürsorge fordern. — Abg. Heine (Soz.) wandte sich gegen jede besondere Auswahl der Jugendbeschöffen und trat allen Vorschlägen entgegen, die zu Schöffen „in der Jugendgerichtsbehandlung besonders erfahrene Personen“ berufen wissen wollen; Frauen und Lehrer, ebenso Geistliche, Diensthöten usw., die bisher nicht zugelassen werden, seien grundsätzlich zuzulassen. — Abg. Fehrenbach (Z.) erklärte, nicht verstehen zu können, daß die Geistlichkeit den Wunsch habe, als strafender Richter mitwirken zu wollen; auch „sei er noch nicht so weit“, zu begreifen, welches Interesse die Frauen am Schöffenamt hätten. — Abg. Meyer-Herford (natl.) machte den Vorschlag, die Abstimmung vorläufig auszussetzen und erst die Frauen in der für Freitag einberufenen Versammlung über diese Frage zu hören; dies sei — obwohl er persönlich nicht für weibliche Schöffen zu haben sei — „eine Pflicht der Liebenswürdigkeit gegenüber Damen“. (Geleierter). — Abg. Müller-Weinigen (Vp.) trat dieser Auffassung entgegen und plidierte im übrigen dem Standpunkt des Genossen Heine bei. — Ein Antrag von Caller (natl.) verlangte die Zulassung eines weiblichen Schöffen bei Delikten weiblicher Jugendlichen. — In längeren Ausführungen erklärte sich der Regierungsbektrere besonders gegen die Zulassung weiblicher Schöffen, ohne indes den bekannten, hundertmal wiederholten Argumenten auch nur ein einziges neues und überzeugendes hinzuzufügen. — Abg. Heine (Soz.) wandte sich noch einmal mit Entschiedenheit gegen die Absicht des Regierungsentwurfs und ver-

schiedener Anträge, Spezialschöffen auszuwählen und in besondere Listen einzutragen, die nach den Erfahrungen seiner Partei von den Gerichten und Behörden in willkürlicher und gehässiger Weise gegen wichtige Personen und Parteien mißbraucht werden würden. Gegen die Veranlassung der Schöffen zu Schöffen spreche kein vernünftiger Grund; die Zulassung weiblicher Schöffen bedeute eine Entwürdigung des Verfahrens.

Nachdem sich noch Abg. Pospisch (Pole) gegen die Zulassung der Lehrer, die im Dienste der Ostmarkenpolitik stünden, zum Schöffennamt erklärt hatte, kam man zur Abstimmung. Das Obligatorium der Jugendgerichte bei den Amtsgerichten wurde mit 18 gegen 9 Stimmen (Konserwativen und Zentrum), die Besetzung des Jugendgerichts durch einen Jugendrichter und zwei Schöffen einstimmig angenommen. Dagegen wurde mit 15 gegen 12 Stimmen der sozialdemokratische Antrag, daß für mehrere Amtsgerichtsbezirke eines Landgerichtsbezirks ein gemeinschaftliches Jugendgericht gebildet werden soll, abgelehnt. Nachdem sodann das Obligatorium der Jugendstrafkammer mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen war, wurden die Anträge auf Besetzung dieser Kammer mit einem Richter und vier Schöffen bzw. zwei Richtern und drei Schöffen abgelehnt, desgleichen die im Regierungsentwurf vorgesehene Zuziehung von Spezialschöffen, womit alle diesbezüglichen Anträge erledigt waren. Schließlich wurde auch noch der bedeutende Antrag auf Zulassung weiblicher Schöffen gegen 12 Stimmen (Soz., Sp. und Pole) von der reaktionären Mehrheit abgelehnt.

Stadtverordneten-Verammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr. Vorsitzender Nischel eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr. In die gemischte Deputation zur Prüfung des Ortsstatuts für das Gewerbeamt in bezug auf das aktive Wahlrecht sind von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion entsandt: Glöck, Hünke, Ritter.

Dem Abschluß eines Vertrages, wodurch den Verlagshandlern Bedmann und Bunge zu Berlin vom 1. April 1913 auf 6 Jahre die Genehmigung erteilt wird, die amtlichen Anzeigen und Anträge der Reichspost zur Uebersetzung von Nachrichten und Rufst mitzubekommen, sowie mit vereinzelt eigenen Leitungen die Straßen zu unterqueren, hat der eingesezte Ausschuss fast einstimmig zugestimmt. Die von den Genannten zu stellende Kaution soll 3000 M., die Anerkennungsgebühr 500 M. betragen.

Nach dem Referat des Stadtv. Ullstein (Fr. Fr.) tritt die Versammlung ohne Debatte dem Ausschuss bei.

Den vollbeschäftigten Lehrerinnen an solchen Berliner Privatmädchenschulen, die nicht als höhere Lehranstalten anerkannt sind, will der Magistrat nunmehr auch ein Ruhegeld gewähren, aber nur in Höhe von 500 M. Im Ausschuss hat man sich zunächst grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß diese Lehrerinnen, soweit sie in der vollen Beschäftigung von mindestens 20 Stunden wöchentlich mindestens 15 Jahre tätig waren, bei eintretender Dienstunfähigkeit oder mit Vollendung des 65. Jahres ein solches Ruhegeld gewährt wird; dann aber soll in einer Resolution der Magistrat ersucht werden, auch diesen Lehrerinnen 200 M. mehr, also 700 M. zu bewilligen. Weitere Wünsche der Resolution betreffen die Anrechnung der Dienstzeit an hiesigen Privatmädchenschulen bei Uebersetzung in den städtischen Schuldienst, sowie Gewährung des Ruhegeldes auch an die Vorfahrinnen, Lehrer und technischen Lehrkräfte der Privatmädchenschulen.

Referent des Ausschusses ist Stadtv. Sökeland (A. L.). Die Versammlung nimmt die Ausschussanträge ohne Diskussion an.

Zwischen der Stadt Berlin und der St. Hedwigs-Kirchengemeinde ist über die ehemalige St. Hedwigs-Pfarrschule bezüglich des Schulgebäudes hinter der katholischen Kirche 3 und Pfandstraße 94 ein Vergleich zustande gekommen, wonach die Stadt gegen eine Abfindung von 100 000 M. auf alle Rechte an dem Gebäude verzichtet. Die Abfindungssumme soll wieder Gemeindefachweiden dienlich gemacht werden.

Die Versammlung erteilt dem Vergleich ihre Zustimmung.

Den speziellen Entwurf zum Neubau der VIII. Pflichtfortbildungsschule auf dem ehemaligen Markthallengrundstück Grünthaler Straße 5 will Stadtv. Cremer (Fr. Fr.) einem Ausschuss überweisen, damit eine Reihe von Einzelheiten noch geprüft werden können.

Es wird demgemäß beschlossen.

Im Etat für 1913 sollen die Zuwendungen an gemeinnützige Veranstellungen und Vereine um insgesamt 679 865 M. erhöht werden, die sich auf 44 Posten verteilen. Auf die Schmidt-Gallig-Stiftung (Säuglingsfürsorge) entfallen davon allein 510 500 M., während im Vorjahre 432 400 M. als außerordentliche Zuwendung bewilligt waren.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der sofort ernannt wird und dem auch die Stadtv. Börner, Koblenger, Mars und Ritter (Soz.) angehören.

In der neuen Dienstausweisung für die Schulkommissionen soll das Bestätigungsrecht des Magistrats für die Mitglieder der Schulkommissionen bestehen bleiben. So hat der Magistrat auch nach dem erneuten Ersuchen der Versammlung, dieses Recht fallen zu lassen, beschlossen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Alle Beschlüsse, die in dieser Sache durch die Versammlung ergingen, sind einstimmig gefaßt worden; ebenso einstimmig haben die Ausschüsse den Standpunkt vertreten, daß die Versammlung allein das Recht hat, diese Mitglieder zu wählen und daß es einer Bestätigung nicht bedarf. Abermals ist der Magistrat über diese unsere einstimmigen Beschlüsse zur Tagesordnung übergegangen; der Magistrat sagt, er sei das seit 1845 ausgeübte Recht aufzugeben nicht gewillt. Das ist eigentlich kein Rechtsstandpunkt, sondern ein Standpunkt der Macht. Wir bedauern sehr, daß der Magistrat in einer verhältnismäßig so unbedeutenden Frage dem Wunsch der Bürger nicht folgt. Im Ausschuss hat insbesondere Kollege Cassel, der durch seine Arbeit im Landtage Berlin die Schulkommissionen erhalten hat, darauf hingewiesen, daß das Volksschulunterrichtsgesetz kein Wort über dieses Bestätigungsrecht enthält. Also haben auch wir keine Veranlassung, Rechte, die uns zustehen, ohne Not aufzugeben. Wir bitten Sie deshalb, die Vorlage nochmals einem Ausschuss zu überweisen; auch gegen Beratung in einer gemischten Deputation hätte ich nichts.

Das Wort wird nicht weiter verlangt; der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt; die Versammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Mit der Firma Jacquier und Securius soll wegen Anlegung von Ausgängen von den Grundstücken Ralmoer Straße 26 und 28 nach der noch unregulierten Korbenstraße, und Norweger Straße ein Vertrag abgeschlossen werden. Ferner sollen 131 Quadratmeter Straßensand vor dem Grundstücke Neue Friedstraße 4 für 85 000 M. freihändig erworben werden. — Es ist beantragt, beide Vorlagen einem Ausschuss zu überweisen.

Stadtv. Ewald (Soz.): Wir schließen uns diesem Antrag an. In der Neuen Friedstraße sollen wir 131 Quadratmeter erwerben, die vor einiger Zeit mit 146 000 M. angeboten waren. Jetzt ist der Eigentümer bis auf 85 000 M. heruntergegangen, fast bis zur Hälfte! Aber auch jetzt noch beträgt der Preis für die Quadratmeter über 9000 M.; ganz in der Nähe ist uns die Quadratmeter mit 5000 M. angeboten. Was sollen wir dazu sagen? Ladet der Magistrat einfach die Leute vor seinen grünen Tisch und stimmt dem zu, was sie fordern? Gibt er sich nicht die Mühe, anzusehen, um was es sich handelt?

Stadtrat Naß: Ich muß diesen Ausführungen widersprechen. Der Preis von 9000 M. ist keineswegs hoch; es muß behufs Freilegung der Abriß bis zur dritten Etage erfolgen.

Stadtv. Ewald: Wir schneiden das Grundstück ja gar nicht an,

das Grundstück liegt ja hinter der Fluchtlinie. Es müssen nur einige Balkons entfernt werden.

Stadtrat Naß: Nach meiner Ansicht gehören Balkons auch zum Grundstück.

Die Einsetzung eines Ausschusses wird beschlossen.

Die Vorlagen wegen Anmietung von Räumen für die städtischen Rettungsstellen 3, 7 und 13, sowie wegen Uebernahme der gewerblichen und kaufmännischen Bildungsanstalt für Mädchen und Frauen, Alte Jakobstraße 127, durch die Stadt werden genehmigt.

Zur Kenntnisnahme übersendet der Magistrat eine von ihm an die beiden Häuser des Landtages gerichtete Petition betreffend die Fürsorge für die gemeingefährlichen Geisteskranken, Idioten und Epileptiker. Die Petition erörtert ungemein ausführlich die Mißstände des Irrenwesens, welche sich durch die Unterbringung verbrecherischer Kranker, durch die das notwendige Maß weit überschreitende Inanspruchnahme der städtischen Anstalten durch die Polizei für ihr lästige, angeblich gemeingefährliche Kranke und durch den Mangel einer rechtlichen Grundlage sowohl für die Fürsorgepflicht der Stadt in derartigen Fällen als auch überhaupt für die zwangsweise Internierung von Geisteskranken ergeben haben. Die Landarmenverbände von Breslau, Herzogtum Lauenburg und Hohenzollern schließen sich der Petition an, die preussischen Landesdirektoren stehen ebenfalls auf dem Boden der Petition, beabsichtigen aber ein selbständiges Vorgehen. Die Petition fordert die Uebernahme dieser Fürsorgepflicht auf den Staat.

Stadtv. Dr. Lazarus (Fr. Fr.): Die Petition berührt ein äußerst schmerzliches und peinliches Gebiet der öffentlichen Fürsorgepflicht. Erfreulicherweise haben die Ansichten der Psychiater in der Petition voll und ganz Berücksichtigung gefunden; insbesondere hat man die überaus üble Rückwirkung der Anwesenheit dieser Elemente auf die sonstigen Insassen der Irrenanstalten gebührend hervorgehoben. Hoffentlich wird das Ziel der Petition erreicht.

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Ich hätte es kollegialer gefunden, wenn der Magistrat die Petition vor der Absendung uns unterbreitet und uns erlaubt hätte, daran mitzuarbeiten und unser Votum darüber abzugeben. Wir in der Deputation für die Irrenpflege sind von ihr ebenso überrascht worden, wie die übrige Versammlung; auch ist nicht zu erkennen, ob die Petition einem Psychiater vorgelegen hat; einige Bemerkungen scheinen mir auf das Gegenteil zu deuten. Anders der Inhalt der Petition; der ist mir sehr sympathisch. Seit Jahren haben wir im Plenum wie in der Deputation genau denselben Standpunkt vertreten. Es ist das aber nicht der einzige Punkt, an dem unsere Irrenpflege krankt. Das Unglück ist, daß wir von Jahr zu Jahr eine größere Zahl unserer Irren in die Privatpflege abgeschoben mühen, weil Platz zu schaffen war für die Kriminellen. Jetzt haben wir in unsern Anstalten, deren Säuer durchaus nicht darauf eingerichtet waren, fast nur unruhige Kranke. Wort für Wort unterschreibe ich die Ausführungen der Petition in dieser Richtung. Seit Jahren haben wir unoblässig auf Abhilfe gedrungen und unsere Anschauungen über das „Wie“ dieser Abhilfe vertreten. Der Magistrat schlägt einen anderen Weg vor, nämlich den, diese Fürsorgepflicht dem Staate zu überweisen. Ob er damit zum Ziele kommt, ist eine andere Frage; aber selbst wenn das geschähe, können wir einige Bedenken nicht zurückdrängen. Auch diese Kriminellen sind doch Kranke, geistig Erkrankte, für die wir gewissermaßen auch eine Verantwortung tragen. Wenn der preussische Staat diese Leute in seine Arme nimmt, wird er die feinen Unterscheidungen, die wir in unseren Anstalten mit diesem Krankenmaterial machen, vielleicht aufgeben; er wird diejenigen, die als nicht ganz zurechnungsfähig freigesprochen wurden, eventuell einschl. ihr ganzes Leben lang in seinen Anstalten festhalten und die staatlichen Irrenhäuser werden sich, sehr im Gegensatz zu unsern städtischen Anstalten, von Gefangnissen vielleicht kaum noch unterscheiden. Insofern können wir uns mit der Vorlage nicht einverstanden erklären, und deswegen in erster Linie haben wir Ausschussberatung beantragt, damit uns der Magistrat seine Materialien unterbreite. Was in der Vorlage von dem Einfluß der Polizei auf unser Irrenwesen gesagt ist, ist ganz ausgezeichnet und verdient unsere vollste Anerkennung. Bei uns entscheidet die Willkür der Polizei tatsächlich über Freiheit oder Festhaltung des Einzelnen; sie läßt die Leute in den Anstalten, trotzdem die Ärzte sich für Freilassung aussprechen, weil es ihr so bequemer ist. Das finanzielle Moment allerdings, das für den Magistrat ausschlaggebend erscheint, tritt für uns gänzlich zurück.

Stadtv. Dr. Cohn (Soz.): Die Vorlage legt den Finger auf eine wundete Stelle unseres Staats- und Gemeinlebens. Was der Magistrat vorbringt, ist eine sehr denkwürdige Bereicherung unserer Literatur, ist durchaus von wissenschaftlichem Geiste getragen und nimmt in erfreulicher Weise gegen die hervorgetretenen Mißstände Stellung. Man kann sich eines Gefühls der Beschämung kaum erwehren darüber, wie es möglich ist, daß die Staatsregierung immer noch an ihrem Standpunkt festhält. Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ergibt sich, daß ganz unabhängig vom Parteistandpunkt alle in der Praxis des öffentlichen Lebens stehenden Männer seit fast 30 Jahren gegen diese Belästigung der Gemeinden durch die Staatsverwaltung angeknüpft haben und daß ebenso hartnäckig die Verwaltung über diese Beschwerden hinweggeht, einmal, weil sie kein Tipfelchen ihrer Gewalt preisgeben will, indem sonst der Staat womöglich untergehen würde, und dann, weil es so bequem ist, daß die Kosten einfach auf die Kommunalverbände und Gemeinden abgewälzt werden. Der Fiscalismus der Regierung zeigt sich auch hier im häßlichsten Lichte. Die Ueberspannung des Begriffes der Staatsgewalt muß fortwährend zu schweren Eingriffen in die persönliche Freiheit führen, die sehr oft im Widerspruch stehen zu den gesetzlichen Garantien für den Schutz der persönlichen Freiheit. Auch in dieser Hinsicht deutet die Petition hinlänglich den Sachverhalt an, zumal für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht. Ich hätte allerdings gewünscht, die Petition hätte einen Teil der marantesten Fälle, die ihre Veranlassung sind, aufgeführt. Aus letzter Zeit möchte ich nur mit zwei Fällen dem Material der Petition nachhelfen. Ein gewisser Parahender war auf Erfordern der Polizei nach Dalldorf gebracht worden. Er mußte einen sehr lebhaften Kampf um seine Entlassung führen; mehr als zwei Jahre wurde er dort festgehalten auf Grund eines freisärglichen Attestes wegen Overulantenwahnsinns. Schließlich hat er beim Bezirksauschuss ein Urteil erwirkt, durch welches der Bescheid des Polizeipräsidenten, der seinem Antrage auf Entlassung die Zustimmung versagt hatte, aufgehoben wurde. Dieses Urteil ist weniger interessant wegen der Person als wegen der Auslegung des Begriffes der „Gemeingefährlichkeit“. Der Bezirksauschuss hat diesen Begriff erfreulicherweise eingeschränkt; nach dem Urteil ist Gemeingefährlichkeit erst vorhanden in dem Falle, daß Leben oder Gesundheit von Personen gefährdet sein würden. Das Urteil ist rechtskräftig geworden; der Polizeipräsident hat es nicht durch Revision angegriffen. Nach der Petition ist aber für die Polizei nicht die Gefährdung von Leben oder Gesundheit der Bürger maßgebend, sondern schon die sogenannte Störung der öffentlichen Ordnung, ja sogar schon eine gewisse Polizeilässigkeit, die jeder darbieten kann, dessen Wesen dem Polizeirevierortsführer oder dem Polizeipräsidenten nicht gefällt. Wie leicht man aber ins Irrenhaus kommen kann, wenn man sich lästig gemacht hat, ergibt der zweite Fall. Er betrifft einen Straßenhändler, den Sie wohl alle schon an der Ecke der Leipziger und Friedrichstraße gesehen haben, der 15 Jahre lang sich vom Straßenhandel ernährte. Auf der Brust trug er ein Schild: „Erblindet durch Sehnervschwund“. Die Polizei behauptete, er habe Vorübergehende auf seine elende Lage aufmerksam gemacht. Diese Tatsache hat für sie ausgereicht, ihn ins Irrenhaus zu bringen und ihn dort 17 Tage lang festzuhalten. Da die Irrenärzte der Stadt Berlin an ihm nichts entdecken konnten, ist er auf ihre dringende Empfehlung entlassen worden und klagt jetzt gegen den Polizeipräsidenten wegen entgangenen Verdienstes. Was ich an der Petition bemerke, ist der Versuch, den die Stadt einmal machen müßte, auf dem Wege der Klage bei den Gerichten gegen-

über solchen Uebergriffen der Polizei zu ihrem Rechte zu kommen. Die Scheu vor dem Zahlen wird auch hier ihre Wirkung tun, wenn erst ein abjegendes Urteil erstritten ist. Wenn die Stadt vom Minister des Innern mit polizeilichem Zwange, mit körperlicher Gewalt bedroht wird, falls sie sich weigert, derartige Kranke aufzunehmen, wenn der Minister es für erlaubt hält, mit körperlicher Gewalt die Tore der städtischen Irrenanstalten zu sprengen, die städtischen Beamten zurückzuhalten und die Kranken hineinzubringen, so kann von dieser Gewalttätigkeit aus das Oberverwaltungsgericht nicht freisprechen. Auch mir gefaßt nicht, daß die ganze Frage in der Petition nur an dem finanziellen Nagel aufgehängt ist. Wenn ernstlich Remedur herbeigeführt werden soll in dieser außerordentlich wichtigen, in die tiefsten Tiefen des Verfassungslebens eingreifenden Frage, dann muß noch mehr Material beigebracht werden, dann muß vor allem die staatsrechtliche Seite in Angriff genommen werden und die Verammlung mit oder ohne Magistrat an den Landtag gehen. Jetzt redet die Polizei überall in unsere Irrenhausverwaltung hinein; um die Lage der Kranken zu bessern, dazu nützt uns die Befreiung der Stadt von der finanziellen Belastung nicht. Hunderte und Tausende werden ohne Rücksicht auf Monate, Jahre, ja auf Lebenszeit ihrer Freiheit beraubt. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn die Liberalen eine gründliche Aenderung herbeiführen wollen, dann kommen sie mit Deklamationen über finanzielle Lasten nicht weiter, dann muß man einen ersten politischen Kampf aufnehmen, indem man die Einrichtungen zum Schutze der persönlichen Freiheit der Bürger zu verteidigen sucht. Die Petition verfaßt in den Fehler, eine Scheidung vornehmen zu wollen, die, wie jeder Arzt weiß, nicht ohne weiteres durchführbar ist. Wenn ein Epileptiker, ein Epileptiker irgendein Straßengesetz übertreißt, dann bleibt er doch immer ein Kranker; es gibt da zahllose Grenzfälle. Vielfach ist es eine Frage des Geldwerts; wird der Betroffene von seinen Angehörigen in eine Privatanstalt gebracht, dann ist es ein Geisteskranker; handelt es sich aber um einen armen Mann, dann wird man viel eher geneigt sein, von einem verbrecherischen Irren zu sprechen. (Anbauende Unruhe.) Ich bitte ebenfalls um Einsetzung eines Ausschusses; die Petition braucht dadurch nicht verzögert zu werden. Wir haben es mit einer gut fundierten juristischen Arbeit zu tun, es fehlt aber das Tatsachenmaterial. Mit der Petition allein ist die Sache nicht getan; es muß noch ein weiterer Sturmhauf folgen. Gerade auf die alten liberalen Prinzipien gründet sich doch das Bestreben nach einer besseren Stellung der Geisteskranken.

Bürgermeister Dr. Reide: Ich möchte uns vor allem gegen den Verdacht in Schutz nehmen, daß wir, wie bemerkt worden ist, die Sache an dem finanziellen Nagel aufgehängt hätten. Hier liegen ganz andere Motive vor. Eine Petition, die so auf die Verminderung der Garantien für die persönliche Freiheit in den letzten Jahrzehnten und andererseits auf die moderne Entwicklung des Irrenwesens hinweist, sollte über solchen Verdacht erhaben sein. Die Fälle, die der Redner hinzuzufügen wünscht, haben wir sehr reichlich, auch die beiden Fälle, die er besonders erwähnt hat; aber die Einreichung der Petition an den preussischen Landtag ist noch nicht der Moment, mit diesem Material hervorzutreten. — Die Versammlung muß auch vom Magistrat befolgt werden; gegen Anordnungen der Aufsichtsbehörde können wir den Klageweg nicht beschreiten. In einem Falle haben wir den betreffenden Kranken auf Empfehlung unserer Ärzte gegen den Willen der Polizei entlassen. Der Oberbürgermeister ist angewiesen worden, unseren Beschluß zu beanstanden; darauf haben wir gegen den Oberbürgermeister Klage erhoben und diese Klage schwebt noch. (Bewegung.) Ist es richtig, wenn man Sturm laufen will, die Stokkraft der eigenen Länge durch angehängte Bleigewichte zu schwächen? Die wichtigen Gesichtspunkte sind in der Petition recht deutlich vertreten. (Beifall.)

Stadtv. Kohnen (Fr. Fr.): Die Petition ist abgehandelt. Ausschussberatung könnte ihre Wirkung nur abschwächen. Wenn wir dem Staate nicht trauen, daß er mit den Irren Verbrechen gut umgeht, mühen wir ja schließlich als Stadt Berlin alles zu machen, den ersten politischen Kampf als Liberale führen wir, doch nicht in diesem Sinne. Nehmen Sie den Antrag auf Ausschuss mit Wohlwollen großer Mehrheit ab!

Stadtv. Cohn (A. L.): Einen Ausschuss quasi als Studienkommission einzusetzen, würde verfehlt sein, so kann man die Wünsche der Stadt nicht führen. Die Beweislast der von Dr. Cohn angeführten Fälle können wir nicht nachprüfen. Wir können auch dem Staat nicht vorschreiben, wie er nachher die Sache einrichten soll; die Auffassung, daß sich die staatlichen Irrenhäuser von Gefangnissen nicht unterscheiden würden, ist eine Ueberreibung, die ebenfalls die Wirkung der Petition nur abschwächen kann. Nehmen wir einfach von der Petition Kenntnis.

Stadtv. Rosenau (A. L.): Ausschussberatung einer bereits abgehandelten Petition wäre pro nihilo. Unverständlich bleibt freilich, weshalb die Petition die Deputation für Irrenpflege nicht beschäftigt hat.

Der Antrag der Sozialdemokraten bleibt in der Minderheit. Die Petition wird zur Kenntnis genommen, Schluß 1/8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Wirkungen des Einfuhrschutzes.

Die Königsberger Walzmühle A.-G. weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Verlust von 82 738 Mark aus. Der Verlust ist zum Teil durch die Erweiterung des Betriebs, bauliche Veränderungen, Anschaffungen von Maschinen entstanden; zum andern Teil schreibt die Verwaltung ihn dem Einfuhrschutze zu. Durch die andauernde Roggenausfuhr treten für die Mühlen in Ostdeutschland Getreideknappheit und hohe Einkaufspreise ein. Ueber die allgemeinen Wirkungen des Schutzes äußert sich die Verwaltung weiter: „Es scheint, daß Rußland (noch bis vor wenigen Jahren für Roggen das Hauptexportland) nicht mehr seinen Roggen nachbringend exportieren kann, seitdem Deutschland mit Hilfe des Einfuhrschutzes, welches in seiner jetzigen Form genau wie eine Exportprämie von 50 Mark pro Tonne wirkt, seinen Roggen so außerordentlich billig nach dem Auslande verkauft. Der Roggenexport Deutschlands übersteigt wesentlich seinen Roggenimport, so daß Deutschland der Statistik gemäß jährlich ca. 30 Mill. Mark zugunsten des ausländischen Konsums einbüßt und sich von dem notwendigen Brotgetreide entblößt.“

Dies Urteil ist um so wertvoller, als bekanntlich der ostdeutsche Getreidehandel und seine politischen Vertreter, die Liberalen Ostpreußens und Westpreußens, für die Beibehaltung der Einfuhrschutze eintreten.

Allgemeiner Deutscher Rietsversicherungsverein.

Obgleich die für Mittwoch einberufene Generalversammlung des Rietsversicherungsvereins aus formellen Gründen nicht beschlußfähig war, kam es doch zu recht lebhaften Debatten über die Frage der Weiterexistenz des Vereins. Inzwischen ist der Vorstand, der durch Organisationsmangel und persönliches Verschulden in ein Defizit von 750 000 Mark geraten ist, machen sich starke Gegenläufe zwischen Freunden und Gegnern der Auflösung geltend. Das in der Versammlung vertretene kaiserliche Aufsichtsamts für Privatversicherung erklärte offiziell, daß es die Auflösung erzwungen werde. Ueber die Ursachen der finanziellen Schwierigkeiten führte der Vorstand aus: Zur Anmeldung des Konkurses bestellte keine Veranlassung, da eine Uebernahme der Gesellschaft nicht vorliege. Nach der vorläufigen Aufstellung der Bilanz ergebe sich per 31. Dezember 1912 ein Fehlbetrag von 750 000 M. Dieser werde mit 450 000 M. aus dem Reservefonds und mit dem Rest aus dem eingeforderten 100prozentigen Nachschußprämien, die etwa 370 000 bis 380 000 M. ausmachen, gedeckt. Der Gründungsfonds besteht dann noch mit 150 000 M. Die Gesellschaft besitze in dem Vertrage mit der Süddeutschen Rückversicherungs-Gesellschaft ein wertvolles Aktivum. Der Vorstand mit ihr verspreche das Ergebnis, daß der Ver-

trag unbedingt zu Recht besteht. Gegen die Liquidation des Unternehmens machte Redner geltend, daß mit dem Eintritt derselben sämtliche Versicherungsverträge aufhören, während die anderen Verträge, Mietverträge usw. bestehen bleiben, so daß die Mitglieder dieselbe nochmals 100 Proz. Prämie nachzahlen hätten. Das Problem der Versicherung gegen Mietverluste sei durchaus nicht als gescheitert anzusehen, es müsse nur ein anderer Weg als bisher eingeschlagen werden. Das Geschäft ist bisher namentlich daran gescheitert, daß Versicherungsnehmer nur dann an die Gesellschaft herantreten, wenn sie wußten, daß sie mit Sicherheit einen Schadenersatz von 4 Proz. zu erwarten hätten. Dadurch sind der Gesellschaft immer nur die schlechtesten Objekte angesetzt worden. In Verwaltungskosten habe die neue Verwaltung für 1913 bereits eine Ersparnis von 200 000 M. eingeführt. Ihre frühere Höhe erkläre sich zum Teil daraus, daß man schnell über ganz Deutschland vertrieben sein wollte, was bei der ersten Einrichtung große Kosten verursachte. Bei dem Voranschlag für 1913 sind die Prämieerhöhungen mit 608 000 M. in Ansatz zu bringen, selbst wenn nicht eine einzige neue Versicherung hinzukommt. Die Gehälter sind von 100 000 M. auf 83 000 M., die Reklame von 40 000 auf 18 000 M., die Reisekosten von 30 000 auf 5—6000 M. ermäßigt worden. Was die Witten betrafte, so sind 41 schwere Witten dadurch beseitigt, daß bei ihnen die Prämien so erhöht wurden, daß die Versicherungsnehmer ihren Austritt erklärt haben. Es bleibt nur noch die Belastung in Hamburg übrig. Man habe dort aber großes Entgegenkommen gefunden. Zum Teil habe man auch in Düsseldorf, Breslau, Bochum und Dortmund Vereinfachungen zur Abänderung der bestehenden Verträge gefunden. Die größten Schwierigkeiten werden nur noch in Berlin bereitet. Redner forderte zu einer Sanierung des Unternehmens auf, weil er der Ansicht ist, daß diese den Mitgliedern halb soviel kosten werde als eine Liquidation oder ein Konkurs.

Weiter wurde mitgeteilt, daß dem Aufsichtsrat keinerlei Gelder (Spezial, Tagesgelder) gezahlt wurden, daß er vielmehr selbst zur Zahlung herangezogen werden soll, da er an den finanziellen Schwierigkeiten mitschuldig sei. Bei der Gesellschaft sind bereits Pfändungen vorgenommen worden. Ihre Auflösung ist sicher.

Eisack-Vorbringen als Kaliproduzent.

Während allgemein die Ueberzeugung zur Herrschaft gelangt ist, daß das Kaligewebe in seiner jetzigen Form zur Ueberproduktion führt und insbesondere auch die den Bundesstaaten im Kaligewebe eingeräumten Vorrechte bei der Quotenbemessung dazu beitragen, sucht auch Eisack-Vorbringen von diesen Vorrechten Gebrauch zu machen, ehe sie bei einer Abänderung des Gesetzes beseitigt werden. Die Eisack-Vorbringende Regierung will 384 Stühle für 2 1/2 Millionen Mark von dem Kaliberwerk Reichsland erwerben. Ferner beabsichtigt sie, sich an den Schichten Theodor und Prinz Eugen der Gewerkschaft Wintershall mit einem Drittel, d. i. 8 Millionen Mark zu beteiligen. Alle drei Werke sind im Bau begriffen und könnten die endgültige Quote erst nach Ablauf von fünf Jahren erhalten. Das Kaligewebe sieht aber eine Bevorzugung der Werke vor, an denen sich ein Bundesstaat zu mindest mit einem Drittel beteiligt. Sobald der Vertrag zustande kommt, würden die Werke daher sofort eine Vollquote erhalten.

Außenhandel Oesterreichs im Jahre 1912.

Die Bilanz des auswärtigen Handels Oesterreichs im Jahre 1912 schließt nach den vorläufigen Ergebnissen mit einem Passivum von 825,3 Millionen Kronen. Es ist der höchste Passivsaldo, der jemals verzeichnet worden ist. Im Jahre 1911, wo die rapide Steigerung der Einfuhr eingeleitet hatte, stellte sich der Einfuhrüberschuß des Außenhandels auf 787,4 Millionen Kronen. Das Passivum ist also diesmal noch um rund 88 Millionen Kronen größer, offenbar eine Folge des Vorkrieges. Die Einfuhr stieg gegen 1911 um 295,5 Millionen Kronen auf 3487,3 Millionen, die Ausfuhr um 257,6 Millionen auf 2661,8 Millionen Kronen. Der Grund für die Passivität der Handelsbilanz liegt demnach in dem gewaltigen Ueberschuß der Einfuhr der Rohstoffe, der mehr als eine Milliarde Kronen beträgt. So lange Oesterreich ein Agrarstaat war, überwog die Getreideaufuhr. Alljährlich wurden sehr bedeutende Mengen von Weizen, Gerste, Mais, Vieh und Holz exportiert, welche das Rückgrat der Handelsbilanz bilden. Diese Ausfuhr ist sehr stark verringert worden und hat in namhaften Artikeln ganz aufgehört. Dagegen ist die Einfuhr der Rohstoffe in ungewöhnlichem Umfange gestiegen.

Versicherung gegen Fahrkartenverlust. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Fahrkartenversicherung bereits 1910 von der ersten Oesterreichischen Versicherungsgesellschaft gegen Einbruch eingerichtet worden ist.

Aus der Frauenbewegung.

Frauentag in der Schweiz.

Der Schweizerische Arbeiterinnenverband hat den dritten sozialdemokratischen Frauentag in der Schweiz auf Sonntag, den 9. März anberaumt.

Der Schweizerische Arbeiterinnenverband hält am Sonntag, den 20. April in Zürich seine Delegiertenversammlung ab, auf deren Tagesordnung unter anderem der Frauentag und das Frauenstimmrecht, die Reformen, Bildungsbestrebungen und die unentgeltliche Krankenpflege in den Gemeinden stehen.

Soziales.

Lohnabzüge wegen Kontraktbruch.

In dem Reinigungsinstitut der Firma Stähr u. Co. legten am 21. Januar sämtliche Fensterputzer die Arbeit nieder. Die bei der Firma Stähr beschäftigten Fensterputzer gehörten bis auf einen dem Transportarbeiterverband als Mitglieder an. Dieser eine Arbeiter hat wohl des öfteren erklärt, er wolle dem Verband beitreten, hat aber nie seine Beiträge bezahlt. Die Fensterputzer waren darüber sehr aufgebracht. Sie waren der Ansicht, wer die Vorteile der Organisation genießt, müsse dieser gegenüber auch seinen Verpflichtungen nachkommen. Auch waren die Fensterputzer der Meinung, die Firma dürfe nur organisierte Arbeiter beschäftigen, weil sie mit der Organisation einen Tarifvertrag abgeschlossen habe. Die Leitung des Verbandes ist gegen die Arbeitsniederlegung gewesen. Daraufhin haben die Arbeiter eine Betriebsversammlung abgehalten und beschlossen, mit dem Unorganisierten nicht weiterzuarbeiten. Die Arbeitsniederlegung erfolgte einmütig.

Die Firma hat den Arbeitern dann die Papiere zugesandt, ihnen aber 10,80 M. wegen Kontraktbruch einbehalten.

Vor dem Gewerbegericht, Kammer 8, lagte nun zunächst ein Fensterputzer auf Rückzahlung dieser 10,80 M., die sich aus 5,80 M. einbehaltenem Lohn und 5 M. Kaution zusammensetzen. Der Kläger bestritt in der Verhandlung, sich des Kontraktbruchs schuldig gemacht zu haben.

Das Gericht verurteilte die Beklagte, an den Kläger 5,80 M. zu zahlen. Es war der Ansicht, daß der Schaden der Firma 5 M. betragen habe. Auch wenn der Schaden höher gewesen sei, wäre das für den Klageanspruch unerheblich, da nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches verdienter Lohn nicht einbehalten werden darf. Nach der Verkündung des Urteils verpflichtete sich die Firma, auch an die übrigen in Frage kommenden Arbeiter den einbehaltenen Lohn auszusahlen.

Entschädigung wegen Nichtbeschäftigung.

Gegen die Deutsche Autoklub- und Biograph-Gesellschaft m. b. G. machte die Schauspielerin Frau A. durch Klage vor dem Gewerbegericht, Kammer 8, einen Entschädigungsanspruch in Höhe von 100 M. geltend. Wie die Klägerin in der Verhandlung an-

gab, war sie zur Mitwirkung bei der Aufnahme eines Films engagiert worden. In einem Mittwochs sei ihr gesagt worden, die Aufnahme beginne am Freitag; zum Donnerstag sei sie nach einem Garderobengeschäft bestellt worden. Nachdem sie dort über 2 1/2 Stunden gewartet habe, wäre ihr gesagt worden, mit der Aufnahme könne erst am folgenden Montag begonnen werden. Sie habe nun gewartet, aber gar keinen Bescheid wieder erhalten. Schließlich habe sie erfahren, daß die Aufnahme ohne ihre Mitwirkung gemacht worden sei. Da sie während der Wartezeit kein anderes Engagement habe annehmen können, verlange sie für 5 Tage die übliche Entschädigung (pro Tag 20 M.) im Betrage von 100 M.

Ein Vertreter der beklagten Gesellschaft wandte ein, ein festes Engagement sei nicht vereinbart worden. Das Engagement trete erst in Wirksamkeit mit dem Beginn der Aufnahme.

Das Gericht gelangte zu der Ueberzeugung, daß die Klägerin Anspruch auf eine angemessene Entschädigung habe. Die Beklagte wurde daher verurteilt, an die Klägerin 80 M. als Schadenersatz wegen Nichtbeschäftigung zu zahlen. Mit der Rechtsforderung wurde die Klägerin abgewiesen.

Versammlungen.

In der Quartalsversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen gab der Kassierer Schmidt den Kassenbericht vom 4. Quartal. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 16 477,11 Mark. Aus der reichen Arbeit des Verbandes im verfloffenen Jahr, die der Vorsitzende Rogon in seinem Geschäftsbericht würdigte, sei hervorgehoben: Die Agitation in Wort und Schrift für eine völlige Sonntagsruhe, der Kampf gegen die Harmonievereine und gegen die vom Bund technisch-industrieller Beamter ins Leben gerufene pseudo-politisch-neutrale Gewerkschaft; dem Bund kaufmännisch Angehöriger. Wie notwendig die vom Verband veranstalteten Sonntagsruhekontrollen waren, bewiesen die zahlreichen im Laufe des Jahres zur Anzeige gebrachten Uebertretungen. Recht Arbeit brachte der im Mai in Berlin tagende Verbandstag. Die Verlegung des Verbandstages nach Berlin, die Verschmelzung mit den Lagerhaltern, die Satzungsänderungen, der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, alles Fragen, die das Interesse und die Mitarbeit der Ortsgruppe herausforderten. Der Herbst des Jahres stand im Zeichen des Wahlkampfes zur Angestelltenversicherung. Die Freie Vereinigung, der auch der Verband angeschlossen ist, erzielte in Berlin 13 020 Stimmen — 11 Vertrauensmänner und 20 Erfahrmänner von 19 bzw. 38 Angestelltenvertretern überhaupt. Es steht in diesem Erfolge ein gut Stück Arbeit der Berliner Ortsgruppe. Während des Wahlkampfes wurde auch die Agitationsmöglichkeit durch Abhalten selbständiger Versammlungen nach Kräften ausgenutzt. Im 4. Quartal sorgten die Versicherungsgesellschaften „Friedrich-Wilhelm“ und „Victoria“ durch Wahregelungen von Angestellten dafür, daß der Organisation fernstehende Kollegen auf die wirksame Tätigkeit des Verbandes hingestrichen

wurden. Die veranstalteten Protestversammlungen waren glänzend besucht. Das praktische Ergebnis waren erfolgreiche Verhandlungen mit der „Friedrich-Wilhelm“ und das Unterbleiben weiterer geplanter Wahregelungen seitens der „Victoria“. — Das innere Organisationsleben spiegelt sich wider in 35 Sitzungen der Ortsverwaltung, 13 des Aktionsausschusses, in den einmaligen monatlichen Sitzungen der Bezirke und Sektionen, die auch eine größere Anzahl Betriebsversammlungen abhielten, und in 12 geschlossenen Mitgliederversammlungen. Sehr erfolgreich war die Versicherungsgesellschaft mit 227 Neuaufnahmen. Neuaufnahmen überhaupt wurden erzielt 1535, und zwar:

	männl.	weibl.	zusammen
pro 1. Quartal	203	109	312
2. „	205	107	312
3. „	247	190	377
4. „	322	215	587
Es	977	561	1538

Diesen Neuaufnahmen steht ein Abgang von 662 gegenüber, so daß die Ortsgruppe am Jahresabschluss mit einem Mehr von 886 einen Mitgliederbestand von 3295 mußerte. Berlin kann zufrieden sein, um so mehr, als in den abgelaufenen 662 eine erhebliche Zahl von solchen steht, die infolge der schlechten Konjunktur Stellung nach außerhalb angenommen haben, die also für die Organisation nicht verloren sind. Zu neuen Tarifabschlüssen kam es mit der Konsum-Gesellschaft Berlin und Spandau. Nach kurzer Diskussion, in der die hohen Agitationskosten — 3. Quartal 1930,75 M., 4. Quartal 2252,67 M. — moniert wurden, ward dem Kassierer Dehage erteilt. Ueber die Frage der Anstellung eines dritten Beamten kam es zu keiner Entscheidung.

Die Vorstandswahlen hatten folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Rogon, 2. Hirsch, 1. Schriftführer Grete Neuthal, 2. Klüß, als Kartelldelegierte werden gewählt: Schmidt, Publik, Grete Licht, Grete Sehnert und Benkert von den Lagerhaltern. Bestätigt werden die von den Bezirken gewählten Bezirksführer, Pader für die Versicherungssektion, Wachsmeyer: Jugendsektion, Beck: Lagerhalter, Penn: Kaufmannsgerichtsbeisitzer. Die Industrieaktion hat ihren Weiter noch nicht gewählt. Die Wahl der Vorort-Agitations-Kommission wurde vertagt und es mußte deshalb auch die Wahl des aus den Reihen des Vorstandes zu wählenden Aktionsausschusses vertagt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Verwaltung und Statistik. 3. Jahrgang. Heft 1. Volkswirtschaftlich-statistische Monatschrift. Vierteljährlich 3 M. — U. Teßloff, Berlin, S. 42.

Das Hergernd. Roman von B. Hegeler. 1 M., in Leinen 1,25 M. — S. Fischer, Berlin.

Weltwirtschaftliches Archiv. 1 Bd. Heft 1. Zeitschrift für allgemeine und spezielle Volkswirtschaftslehre. Herausgegeben von Dr. S. Harnack. — Verlag: G. Fischer, Jena.

Charakterbilder aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts. Von D. Graf. Geb. 3,20 M. — U. Franke, Bern (Schweiz).

Dankagung.

Für die zahlreichen Spenden und die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter

Helene Richter geb. Gädicke lagen wir hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten unseren herzlichsten Dank. 9434b
Karl Richter nebst Sohn.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vannes. 42a

Max Komischki

Spreche ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma Bergmann (Abt. Knobel, Drontheimer Straße) meinen innigsten Dank aus.
Wwe. Gertrud Komischki.

Achtung! Wedding. Achtung!

Empfehle den Vorwärtslesern mein reichhaltiges Lager in Filz- u. Söldenhüten, Schirmen, Stöcken, Krawatten, Wäsche. Um gütigen Zuspruch bittet
H. Neubert. 56592*

1. Geschäft: Müllerstr. 161.
 2. Geschäft (neu eröffnet): Müllerstraße 36, gegenüber Pharosälen.
- Mitglied und Lieferant der Konsum-Gesellschaft.

Stoffe

Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen. Einzelverkauf zu billigsten Engrospreisen. Tuchagentur, Yorekstr. 75 pt.

● Besuch ohne Kaufmannsarbeit

Ratenzahlung

wöchentlich 50 Pf.



Reuters Werke

herausgegeben von E. KRAUSE
3 elegante Leinenbände
Preis 4 Mark
Bestellungen nimmt unser Zeitungsbote entgegen.

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung
Gertraudenstraße 25 - 26 - 27



Konfirmanden - Anzüge

Fertig am Lager

Kat.-Nr.		Brustweite in cm			
		68-70	72-76	78-82	84-88
2244	Schwarzer Cheviot	11-	12-	13-	14-
2245	Gespinn, schwarzes Kammgarn	16-	17-	18-	20-
2246	Gespinn, schwarzes Kammgarn	20-	22-	24-	26-
2247	Schwarzer, dicker Cheviot, solide Ware	22-	24-	26-	28-
2248	Schwarzer, dicker Cheviot, solide Ware	24-	26-	28-	30-
2249	Eleganter, schwarzer Kammgarn-Cheviot	28-	29-	30-	31-
2250	Schwarzer, eleganter Tuchkammgarn-Anzug	28-	31-	34-	36-
2251	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	37-	40-	43-	46-
2252	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	39-	42-	45-	47-
2253	Schwarzes Tuchkammgarn, elegante, feine Ware	39-	42-	45-	48-
2254	Felmer, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	47-	50-	53-	56-
2255	Felmer, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügliche Ware	50-	53-	56-	59-
2256	Schwarzer Melton-Cheviot, mit seidener Spiegel, mit Bords ein-elast, sehr elegant	51-	54-	57-	60-
2257	Dunkelblauer, solider Cheviot	16-	17-	18-	20-
2258	Blauer, solider Kammgarn-Cheviot	20-	21-	22-	24-
2259	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	28-	31-	34-	36-
2260	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	22-	24-	26-	28-
2261	Reinwollener, blauer Diagonal-Cheviot	22-	24-	26-	28-
2262	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	26-	28-	31-	33-
2263	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	28-	30-	33-	35-
2264	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	28-	31-	34-	36-
2265	Reinwollener Melton-Cheviot, äußerst haltbar	30-	33-	36-	38-
2266	Blauer, reinwollener Diagonal-Cheviot, eleganter Anzug	30-	33-	36-	38-
2267	Dunkelblauer, reinwollener Diagonal-Cheviot	31-	34-	37-	39-
2268	Dunkelblauer, reinwollener Diagonal-Cheviot	33-	36-	39-	41-
2269	Melton-Cheviot, elegante, glatte Ware	33-	36-	39-	41-
2270	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	37-	40-	43-	47-
2271	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	39-	42-	45-	47-
2272	Glattes, dunkelblaues Diagonal-Kammgarn	41-	44-	47-	50-
2273	Hochglattes, feiner Melton-Cheviot	42-	45-	48-	52-
2274	Dunkelblauer, äußerst haltbarer Cheviot	44-	47-	51-	54-
2275	Melton-Cheviot, prima Qualität, eleganter Anzug	50-	53-	56-	59-
2276	Schwarzes Tuchkammgarn, vorzügliche Ware, mit seid. Schal	37-	40-	43-	46-
2277	Schwarzer, vorzüglicher Melton-Cheviot, mit seidener Revers	47-	50-	53-	56-
2278	Feiner Melton-Cheviot, auf Seide gefärbt, mit seidener Schal	53-	56-	59-	62-

Jünglings-Smoking-Anzüge

2257 Schwarzes Tuchkammgarn, vorzügliche Ware, mit seid. Schal
2258 Schwarzer, vorzüglicher Melton-Cheviot, mit seidener Revers
2259 Feiner Melton-Cheviot, auf Seide gefärbt, mit seidener Schal

Vorzügliche Paßformen = Nur eigene Erzeugnisse

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.

Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Montag, den 17. Februar 1913:

Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen: 112/17

- Norden: Pharusäle, Müllerstr. 112, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obiglios Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Frankes Festsäle, Sobstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Straße 42, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Müllers Restaurant, Berliner Str. 84, abends 8 Uhr.
- Moabit: Monbiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comeniusäle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Blumes Festsäle, Witt-Bohagen 56, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Penkerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
- Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal IV, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 151/152, abends 8 1/2 Uhr.

Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.

- Charlottenburg: Volkshaus, Hofmannstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstraße 1a, abends 8 1/2 Uhr.

Neuwahl der Bezirksleitung.

- Friedrichshagen u. Köpenick: im Lokal von Albert Stippekoehl, Köpenick, Schönemünder Straße 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Oberschönneweide, Niederschönneweide, Johannisthal u. Umg.: im Lokal von Prochowski, Rathausstr. 13 (gegenüber der Post), abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Derts Restaurant, Kurstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zur Generalversammlung des Gesamtverbandes in Breslau.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Jahresliches und päpstliches Erscheinen wird erwartet.

Den Mitgliedern zur Kenntnis

daß die Zahlstelle Nr. 7 von Cide, Schönleinstr. 6, nach Reinhold Bleske, Restaurateur, Schönleinstr. 23;
die Zahlstelle Nr. 228 von Langky, Rattenstr. 19, nach Karl Rott, Restaurateur, Straßmannstr. 29;
die Zahlstelle Nr. 185 von Ebel in Lantow, Marienfelder Str. 9, nach Herrn Schnitz, Restaurateur in Lantow, Röhrenstraße 21, berlegt worden ist.
Neuerrichtet wurde die Zahlstelle Nr. 234 beim Restaurateur Paul Nowak, Gitschiner Str. 66; aufgegeben die Zahlstelle 148 bei Walte in Moabit, Waldstr. 9.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Jalousiearbeiter!

Sonntag, den 16. Februar 1913, nachmittags 5 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Jalousie-Fabrikation beschäftigten Arbeiter und deren Frauen sowie Arbeiterinnen, Hilfs- und jugendlichen Arbeiter im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal III.

Tagesordnung:

Welchen Schutz bietet die Regierung den Arbeitern auf den Bauten und in den Werkstätten?
Um 7 Uhr: Besichtigung der Ausstellung von Gegenständen, die von den Jalousiearbeitern angefertigt wurden und für die Bauausstellung in Leipzig bestimmt sind.
Z. A.: E. Rosemann.

Zentralkrankenkasse der Maurer Gipsler (Weißbinder) und Stukkatenre Deutschlands.

Grundstein zur Einigkeit

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Kassen- und Jahresbericht. 2. Die Aufstellung der Verwaltungsstelle Berlin in vier Verwaltungsteilen. 3. Verschiedenes. 151/3 Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Neuwahl zweier Gauleitungsmitglieder. 4. Verschiedenes.

Gleichzeitig wird eine

Arbeitslosen-Zählung

vorgenommen. Jeder Arbeitslose ist verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen. Wer am Erscheinen verhindert ist, wird ersucht, am selben Tage (16. Februar) eine Postkarte an das Verbandsbureau der Steinarbeiter, Engelauer 15 I zu richten, auf welcher vermerkt ist: 1. Name; 2. Art der Beschäftigung; 3. Beginn der letzten Beschäftigung; 4. Ende der letzten Beschäftigung; 5. Dauer der jetzigen Arbeitslosigkeit; 6. Dauer der vorigen Arbeitslosigkeit.

Kollegen, sorgt für guten Besuch und vollständige Zählung der Arbeitslosen.

Die Ortsverwaltung.

Unserem Bezirksführer
Oskar Lohse
und seiner Gemahlin, der
Abteilungsleiterin
Minna Lohse
die herzlichsten Glückwünsche
zur
Silberhochzeit.
Der 532. Bezirk III. Abteilung
des 6. Kreises. 2321

Unserer Genossin **Minna Lohse** und dem Genossen **Oskar Lohse** zu ihrem 25-jährigen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Abteilungsleiterinnen
des 6. Kreises. 3221

Zur heutigen Silberhochzeit unserer Abteilungsleiterin **Minna** und unserem Bezirksführer **Oskar Lohse** die herzlichsten Glückwünsche.
Die Funktionäre der III. Abteilung, VI. Kreis.

Hört! Hört!
Regenschirme Lederer Handtaschen
von 2.50 an von 3.50 an.
Kein Laden, Fabriküberlager.
A. Möhle, Alexandrinenstr. 121, 1 Kr.
Röhre Daffisches Tor.
Vorwärts! 5 Proz. Rabatt.

Tischler-Verein zu Berlin.

C. S. 89.

Sonntag, den 15. Februar:

Gesinde-Ball

verbunden mit komischen Vorträgen und sonstigen Liebeswahnungen im großen Saal der „Armin-Gallen“, Kommandantenstr. 58/59, Einlaß 9 Uhr. Eintritt 50 Pf. Freunde und Gönner des Vereins ladet ein
24265 Der Vorstand.

Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher etc. Küchenmöbelbranche.

Die heute in den Musikerk-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, stattfindende

Versammlung

findet schon um 5 Uhr statt.

Der Obmann.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterer. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Theater.

Freitag, 14. Februar 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Sinfoniekonzert.
Kgl. Schauspielhaus. Freund Fritz.
Deutsches. König Heinrich IV.
Königsgräber Straße. Brand.
Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Jirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Paris und die Königs-Küchen.
Kammerspiele. Rein Freund Lebby.
Kellner. Hedda Gabler.
Deutsches Opernhaus. Tiefenland.
Schiller O. Volkentag.
Schiller-Charlottenburg. Hilfe durch Berlin in 80 Stunden.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Kollendorferplatz.
Die Studentengräfin.
Komödienhaus. Die Generalde.
Groß-Berlin. Das Hütchen.
Karlshagenoper. Stella maria.
Berliner. Filmzauber.
Montis Cyretten. Der liebe Augustin.
Theater des Westens. Die beiden Gularen.
Deutsches Schauspielhaus. Der Kampf ums Rosenrot.
Meines. Professor Bernhardt.
Reichshallen. Die Frau Präsidentin.
Theater. Puppen.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht...
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wästenmoral.
Apollo. Die schöne Galathee. Spezialitäten.
Reichshallen. Meyers Hosen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Griech. Wilh. Schauspielhaus. Der Jaungast.
Rosa. Mein Leopold.
Lustspielhaus. Majolika.
Walhalla. Geschlossen.
Folies Caprice. Die Doppelstrma.
Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Walter Land-straße.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-52.
Theater des Westens.
8 Uhr:
Die beiden Husaren.

Schiller-Theater O. Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Berliner Theater.

8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße

7 1/2 Uhr: **Brand.**

Theater am Kollendorferplatz 5.

In allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
Die großen Spezialitäten.
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Groteske
„Der Herzog von Westminster.“

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber
Männer Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Paris und die Königs-schlösser von Versailles.

Residenz-Theater. 8 Uhr.

Zum 50. Male:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanstr. 3 u. 5. Gemenquin u. Seder.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers Hosen.
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baars
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem künstl. aller Münch. Doppelhiere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Luisen-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“ Schauspiel in 4 Akten von E. Kridberg und Ernst Hütterfeldt.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung. Premiere: Der Reife-tamerad. — Abends 8 Uhr: Rara.

ROSE=THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Schneewittchen.
8 Uhr: **Zapfenstreich.**

Metropol-Theater

Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Akten.
Otto Reutter a. G.
Anfang 8 Uhr. Karten geflattet.

Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Rosenstein.
Die Doppelstrma.
Die Tochter der Braut.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baars
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem künstl. aller Münch. Doppelhiere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Freitag, 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Prolongiert! **Cäsario Löwen- und Tigergruppe.**
Die wildeste Dressur d. Gegenv. Neu! Neu!
Der Mann mit d. eisernen Hand welcher Feldsteine verschlägt.
Einzig dastehend:
7 Luftvolteure 7 Hegelmann-Truppe.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.

Walhalla-Theater.

Beinbergsweg 10/20. Rosenhöl. Tor.
Heute geschlossen!
Morgen Sonntag, 7 1/2 Uhr zum ersten Male
die große Jahres-Revue
„Parole! Walhalla!“

Herrnfeld Theater

Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder

mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theaterf.)

Theater Königstadt-Casino.

Off. Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1. Akt: Die drei Könige.
2. Akt: Die drei Könige.
3. Akt: Die drei Könige.
Puppen-tadellos.
Gef. m. Gef. in 1 Akt — und das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 10. : Programmwechsel.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der gute Ruf.

Zirkus Busch.

Heute Freitag, 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Mac Norton.
Das Phänomen d. Magenstrainings.
Neu! Neu!
Der mysteriöse Decken-läufer.
Md. Delta del'oro's
6 dressierte Kühe.
Zum Schluß:
„Sevilla“.
Avis! Sonntagnachm. 3 1/2 U.: „Unter Gorillas“.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Allabendlich ausverkauft.
Stürmische Heiterkeit!
Die Berliner Lokalposse
Am grünen Strand d. Spree.
Größter Kassenerfolg seit Bestehen.

Boigt-Theater.

Gesundbrunnen. Sobstr. 58.
Freitag, den 14. Februar 1913:
König Krause. Volld. mit Gef. in 4 Akten.
von K. Keller.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Voranzeige! Montag, 17. Febr. Benefiz für Paul Ubing: Försters Trude.

Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Admiralpalast.

Allabendlich:
Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Seiros im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.
8 u. 10 u. v. 10 1/2, halb Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Eine Fürsorgeerziehungs-Musteranstalt

will das Burschenheim in Strausberg sein. Es wird geleitet von einem Pastor Brederer und steht unter der Oberaufsicht des Pastors Seiffert, der den mit der Ausführung der Fürsorgeerziehung betrauten Behörden als eine Autorität auf dem Gebiet des Fürsorgeerziehungswesens gilt. Pastor Seiffert wird auch für geeignet gehalten, in amtlichen Kurien die Angestellten von Fürsorgeerziehungsanstalten und solche, die es werden wollen, über ihre Aufgaben zu belehren.

Die Erziehungsmethode der Strausberger Anstalt ist nun in einem Strafprozeß wegen Brandstiftung, der gegen einen von dort entlassenen Fürsorgezögling vor einigen Tagen verhandelt wurde (vergl. Bericht im „Vorwärts“, Nr. 35), von dem Angeklagten als eine Ursache seiner Straftat bezeichnet worden. Er habe, sagte er vor Gericht, ins Gefängnis kommen wollen, um nicht wieder in die Anstalt zurückgebracht zu werden, in der schwere Prügelstrafen über ihn verhängt worden seien. Es kann dahingestellt bleiben, ob dieser Fürsorgezögling tatsächlich in dem Burschenheim zu Strausberg so schwer gequält worden ist und ob er wirklich nur aus dem angegebenen Grund die Brandstiftung begangen hat. Wichtig ist aber seine Behauptung, daß in der Strausberger Anstalt reichlich und nachdrücklich geprügelt wird.

Diese Klage ist uns nicht nur früher zu Ohren gekommen, sondern sie hat sich noch in allerletzter Zeit wiederholt. In einer die Prügelstrafe des Burschenheims erörternden Zuschrift, die uns schon vor jener Gerichtsverhandlung zugeht, wurde sehr bestimmt die Ansicht ausgesprochen, daß oft die aus Strausberg entlassenen Fürsorgezöglinge durch Verbrechen sich ins Gefängnis zu bringen suchen, um vor den Erziehungsmitteln des Burschenheims bewahrt zu bleiben. Der Strausberger Fürsorgezögling, der auf der Anklagebank die von ihm verübte Brandstiftung aus solchen Beweggründen erklärte, bietet sich als ein fürchterliches Beispiel dar, das manchen doch nachdenklich stimmen wird.

Die uns vorliegenden neuesten Mitteilungen über das auf harte Strafen sich stützende Erziehungsverfahren des Burschenheims sind zum Teil so sonderbar, daß wir zweifeln müssen, ob sich wirklich alles so verhält.

Schon für mäßige Verfehlungen, wie sie in den Flegeljahren überall vorkommen, werden 10—15 Hiebe mit einem fingerdicken Rohrstock verabreicht. Uns ist versichert worden, manchmal sei unter einzelnen Hieben die Haut aufgeplatzt, so daß Blut floß. Auch soll es vorgekommen sein, daß Stochhiebe, die dem Gesicht galten, die Augen geblendet hätten. Kerze werden, wie gefährlich für die Körperstelle ein Hieb werden kann, den ein kräftiger Mann mit einem dicken Stod verabreicht. Ein früherer Zögling des Burschenheims gibt an, daß er in einer Nacht unter dem Verdacht des Fluchtplans aus dem Bett geholt, sofort in eine Arrestzelle gesteckt und am anderen Tage geschlagen worden sei. Er meinte, man habe diese Strafen lediglich wegen des Fluchtverdachts über ihn verhängt. Weiter wird behauptet, daß gelegentlich gegen einen Uebelthäter auch sogleich zum Spazierstock gegriffen worden sei. Hierüber sind uns Mitteilungen gemacht worden, von deren Wiederholung wir trotz Uebereinstimmung der Aussagen zunächst Abstand nehmen wollen. Daß im Burschenheim auch ein Arzt, wie versichert wird, Chaiseisen verabreicht habe, ist schwer zu glauben. Ihm steht ja wohl kein Nüchternheitsrecht zu.

Zu besonderer Beachtung empfehlen wir die Angaben über die Arreststrafe. Es scheint, daß man auch sie oft und schon für mäßige Verfehlungen auferlegt. In schlimmeren Fällen wird der Arrest bis zur Dauer von 14 Tagen ausgedehnt, wobei der Arrestant täglich nur eine Freistunde zum „Spaziergang“ im Hof erhält. Ueberhaupt hat uns die Mitteilung, daß Zöglingen, die im Arrest saßen, 14 Tage hindurch die Wohlthat der Beschäftigung vorenthalten sei. Kann man das für möglich halten bei einer Anstalt, die nicht Zuchtanstalt, sondern Erziehungsanstalt sein will? Neben den gewöhnlichen Arrestzellen wird „bei Bedarf“ noch eine Arrestzelle benutzt, die im Keller des benachbarten Arbeitshauses untergebracht ist. Auch Dunkelarrest sei, so wird uns gesagt, manchmal Zöglingen zufließend und bis zu 14 Tagen ausgedehnt worden. Man stelle sich mal vor, was das bedeutet, junge Leute auf 14 Tage in Dunkelarrest zu stecken und sich selber zu überlassen! Für die Arreststrafe gibt es noch die besondere Verschärfung, daß an jedem zweiten Tage die Holzsperrische als harte Lagerstätte dienen muß. Die Nahrung ist trockenes Brot und Wasser, unterbrochen an jedem zweiten Tage durch warme Kost. Diese „Kur“ wagt man zu probieren an jungen Leuten, deren sich entwickelnder Körper nach reichlicher Nahrung verlangt.

Es wird uns eingemeldet werden, gegenüber rohen und gewalttätigen Burschen sei mit anderen Mitteln nicht durchzukommen. Nun, von einer Musteranstalt hatten wir und einen anderen Begriff gemacht. Von ihr hatten wir erwartet, daß ihr Leiter wie ihre übrigen Angestellten sehr wohl auch mit anderen Mitteln gute Erfolge haben könnten. Dazu ist freilich vor allem nötig, daß das Anstaltspersonal vom ersten bis zum letzten Angestellten sich den Zöglingen menschlich näher zu bringen sucht. Kann aber einer mit Stochhieben und Hungerkuren das Vertrauen der Zöglinge gewinnen?

Vielleicht werden die Behörden, die für das Fürsorgeerziehungswesen und im besonderen für das Strausberger Burschenheim zuständig sind, sich zu einer Prüfung der gegen diese Anstalt hier vorgebrachten Beschwerden entschließen. Wir selber halten es für sehr wünschenswert und notwendig, daß das geschieht. Es ist wohl möglich, daß dabei ein paar Angaben von den Beschuldigten als unzutreffend zurückgewiesen werden. Aber wir legen das Hauptgewicht nicht auf etwa vorgekommene Ueberschreitungen von Dienstbefugnissen, so sehr derartige im übrigen zu tadeln wäre und nach Gebühr geahndet werden müßte. Wir bekämpfen das ganze Erziehungs-system, das in dem Burschenheim bisher als zweckmäßig gegolten hat.

Für eine Musteranstalt in der Tat ein sehr sonderbares Erziehungs-system!

Partei-Angelegenheiten.

Petershagen-Frederdorf. Der Bildungsausschuß des Bezirks veranstaltet am Sonntag, den 16. d. Mts., im Lokal „Zum alten Dellauer“ in Petershagen einen Kunstabend unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Sangeslust“. Saalöffnung 6 Uhr, Beginn pünktlich 7 Uhr. Im Interesse der Veranstaltung wird rege Beteiligung erwartet.

Schwendorf bei König-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Otto Paetsch. — Am Sonntag, den 17. Februar, morgens 7 1/2 Uhr: Flugblattverteilung von bekannter Stelle aus. Auch für Radfahrer.

Bohnsdorf und Umgegend. Der hiesige Arbeiterbildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 6 Uhr, im großen Saale des Herrn Balogser (Villa Kahl) einen Heiteren Kunstabend. Mitwirkende: Frau Herta Schmid-Kahler (Klavierkonzerte), Herr Hans Schmidt-Kahler (Vieder zur Laute). Eintrittskarten a 30 Pf. sind noch zu haben beim Genossen Klemm, Paradiesstr. 7.

Trebbin. Am Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (B. Fromm): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Dahendorf bei Posen. Am Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wiese: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Sepernitz. Heute abend 8 1/2 Uhr Zählabend bei Wendermann. Auch heute abend 8 1/2 Uhr Zählabend bei Starke.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

bepflichten gestern die vom Magistrat an den Landtag gerichtete Petition wegen der dem Staat zuzuwendenden Fürsorge für die gemeingefährlichen Irren. Zu beschließen hatte die Stadtverordnetenversammlung nicht über die Petition, aber auch um eine Klärung hierüber ersuchte der Magistrat sie nicht. Nur zur Kenntnisnahme hatte er ihr den Wortlaut mitgeteilt, und auch das hatte er erst getan, nachdem die Petition bereits abgeschickt worden war. Genosse Zadek hob das rügend hervor und stellte fest, daß nicht einmal die Deputation für das Irrenwesen vorher über diese Angelegenheit unterrichtet worden ist. Vom Standpunkt des Irren beleuchtete er die Wirkungen auf die ganze Irrenfürsorge, die aus der Zuweisung der irren Verbrecher an die Anstalten der Stadt sich ergeben. Genosse Cohn schilderte den Rechts- oder vielmehr Rechtslosigkeitszustand, der im Irrenwesen sich herausgebildet habe. Bei der Ausübung der Irrenpolizei schreite das Polizeipräsidium, indem es den Begriff der Gemeingefährlichkeit überspanne und sogar bloße Störungen der öffentlichen Ordnung als gemeingefährliche Handlungen ansehe, zu schwersten Eingriffen in die persönliche Freiheit. Gegenüber den Bemühungen unseres Redners, den Magistrat scharf zu machen, erklärte Bürgermeister Reide, daß nach den geltenden Gesetzen die Stadt machtlos sei. Eine Gruppe der Freisinnigen hatte beantragt, die Petition in einem Ausschuß weiter zu besprechen. Stadtverordneter Rommsen befürchtete, daß das den Eindruck auf den Landtag, den der Magistrat von ihr erwarte, nicht steigern werde. Der Antrag auf Ausschußberatung wurde schließlich abgelehnt, und die Versammlung ließ sich an der Kenntnisnahme genügen.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin

gibt bekannt, daß die Adresse seines Sekretärs lautet: Rich. Seibel, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 IV, Telefon Amt Moritzplatz Nr. 5023. Bureauzeit von 9—5 Uhr. Offerten jeder Art von 12 bis 2 Uhr nachmittags erbeten.

Die städtischen Steuerprojekte

haben einen wahren Petitionssturm an die städtischen Körperschaften gezettelt. Die verschiedensten Interessengruppen haben sich zu Eingaben und Protesten zusammengetan und führen den Nachweis, welche enorme Schädigungen die neuen Steuerprojekte herbeiführen würden. In dem Stadtverordnetenausschuß, der die Angelegenheit jetzt berät, werden die sonderbarsten Argumente für die neuen Steuern geltend gemacht. In der Generaldiskussion über die Steuern, welche die Kinematographentheater, die Varietés, die Spezialitätenbühnen und die Tanzbelustigungen betreffen, suchten die Steueranhänger insbesondere der Besteuerung der Kinos einen erheblichen Wert zuzumessen. Der Saund würde durch die Steuer bekämpft. Es wurde sogar behauptet, daß die Kinosteuer eine von den populärsten Steuern sei. Man brauche auch keine Bedenken gegen eine solche Besteuerung zu haben, da doch viele andere Städte solche Steuern längst eingeführt hätten. Demgegenüber wurde von sozialdemokratischer Seite dargelegt, daß die Wirkungen der Reichsfinanzreform heute noch nicht überwunden seien, die tief in das Erwerbsleben eingegriffen. Nach dieser Finanzreform habe aber keine deutsche Stadt es unternommen, derartige Besteuerungsformen einzuführen. Interessant sei, daß Steueranhänger meinen, die Stadt müsse die Unfähigkeit besteuern. Man sollte alles tun, um zur Hebung der so bedeutsamen und eine große Zukunft versprechenden kinematographischen Veranstaltungen beizutragen. Das geschehe aber nicht durch Besteuerung. Dabur würde das Gegenteil erreicht. Stelle man sich aber auf den Standpunkt, den Müßlingen und die Unfähigkeit zu besteuern, so sei es doch viel einfacher, man stelle Steuererheber in die Friedrichstraße und erhebe von den Damen der Demimonde, welche die Straße passierten, ein Begegeld. Von anderer Seite wurde festgestellt, daß die Steuererträge sich zwischen 17 bis 55 Proz. bewegten. Das seien Sätze, die einer Erdrosselung von bestimmten Gewerben gleichkämen. So unterschämte seien noch nicht einmal die mittelalterlichen Raubritter gewesen, die die Kaufleute überfallen und beraubt hätten. Demgegenüber wurde eingewendet, daß man über die einzelnen Sätze mit sich reden lassen werde. Darüber war wieder der Klammerer entsetzt, der da meinte, der Magistrat gäbe sich der Hoffnung hin, daß der Ausschuß die einzelnen Sätze noch scharfer anziehen werde, um den bei der Steuer eintretenden Anfall wieder weit zu machen.

Die nächsten Sitzungen werden zeigen, auf welcher Basis eine Beschlussfassung erfolgt. Soviel ist sicher, daß die Mehrheit unter allen Umständen die Steuer unter Dach und Fach bringen möchte. Ob ihr das gelingt, hängt nicht zum wesentlichen von dem Einfluß ab, den die Bevölkerung Berlins gegen dieses Steuermonstrum auszubringen vermag.

Der Byzantinismus feiert wieder Orgien. Anlaß dazu gibt die Verlobung der Tochter des Kaisers mit dem Herzog von Cumberland. Am Mittwochabend gab der „Kokalanzeiger“ ein Extrablatt heraus, in dem mitgeteilt wurde, daß das Brautpaar am Donnerstag früh 8 Uhr aus Karlsruhe in Berlin eintreffen und vom Kaiser auf dem Bahnhof empfangen werde; eine Eskadron Zielflugmaschinen komme extra per Extrazug von Rastenburg nach Berlin, um den Empfang besonders feierlich gestalten zu helfen. Diese Vorankündigung sollte nur den Zweck haben, recht viel Volk auf die Wege zu bringen. In ihren Verichten über den Empfang des Brautpaares auf dem Bahnhofe finden sich „Kokalanzeiger“ und „S. J. a. Mittag“ in Schilderung aller Einzelheiten zu überziehen. Es ist wieder, ein solches Geschreibsel zu lesen, wenn man bedenkt, daß es sich um eine reine Familienangelegenheit der kaiserlichen Familie handelt.

Bemerkenswert ist, daß auf Einladung des Kaisers als Vertreter der Stadt Berlin der Oberbürgermeister Bernuth, Bürgermeister Reide und der Stadtverordnetenvorsteher Mischelet auf dem Bahnhofe anwesend waren, und daß der Oberbürgermeister dem Brautpaar im Fürstenzimmer die Stadtwünsche der Stadt Berlin unter Ueberreichung eines Blumenstraußes darbrachte.

Demnach scheint man wohl auch „oben“ von der bisher üblichen Begrüßung am Aufschlagschlag am Brandenburger Tor Abstand nehmen zu wollen.

Eine Bleichröder-Stiftung. Herr Hans v. Bleichröder hat aus Anlaß seines 60. Geburtstages eine Stiftung in Höhe von 1 Million Mark gemacht zur Erbauung eines Erholungsheims, in dem unbescholtene und bedürftige Personen ohne Unterschied der Konfession unentgeltliche Aufnahme finden sollen. Die Armenverwaltung wird sich freuen, daß sie solche Freunde hat.

Eine Attacke auf das Arbeiter-Jugendheim unternahm am Donnerstag die Polizei in Charlottenburg. Gegen 9 Uhr früh erschien, so wird uns berichtet, im Vollosch, Rosinenstr. 3, ein Kriminalschuttmann in Begleitung eines Uniformierten, um Einlaß in das dort untergebrachte Arbeiter-Jugendheim zu begehren. Da das Jugendheim erst von abends 7 Uhr ab geöffnet ist und der Schlüssel nicht aufzutreiben war, wurde ein Schlosser geholt, der das Heim gewaltsam öffnete. Rummel durchsuchte die Gänge der Ordnung sämtlicher Schränke usw. auf ihren Inhalt. Als einer der Beamten gerade dabei war Notizen zu machen, daß er eine leere Mitgliedskarte des Vereins Arbeiter-Jugendheim gefunden habe, erschien der Leiter des Heims, Herr Zempelburg. Dem Beamten entfiel jetzt ein Anklagebeschluß gegen den Jugendheimleiter, der von angeblicher Uebertretung des Reichsbereinsgesetzes handelte. Der Ueberbringer des Beschlusses behauptete sogar wegen Uebertretung des „Reichsbereinsgesetzes“; er korrigierte sich jedoch bald, nachdem er von J. auf das falsche seiner Bemerkung aufmerksam gemacht worden war. Rummel wurde weiter gesucht. Wonach? Nach einer Mitgliederliste eines Vereins; da jedoch eine solche nicht besteht, so war das Suchen vergeblich. Außer einigen belanglosen Schriftstücken und Formularen den Jugendheim betreffend war nichts aufzutreiben. So war also die Mühselwägung vergebens! Nicht nur vergebens, sondern die ganze Aktion war höchst überflüssig. Wenn sie einen Zweck hatte, so den, daß den Spichern, die nicht müde werden, nach mehr Polizei zu rufen wieder ad oculos demonstriert wurde, daß auch in Charlottenburg kein Mangel an Ordnungswächtern ist. Wenn wieder einmal ein Geschäftsinhaber innerhalb kurzer Zeit wiederholt von Dieben heimgesucht wird, und jeglichen polizeilichen Schutzes ermangelt, so mag er sich gefälligst an den Herrn Polizeipräsidenten wenden mit der ergebenen Bitte, seine Beamten mit zwecklosen und lächerlichen Missionen zu verschonen, damit er dieselben für den Schutz des Eigentums der Bürger frei bekomme, wozu sie eigentlich bestimmt sein sollen.

Daß durch Aktionen der hier geschilderten Art aber gar der proletarischen Jugendbewegung irgendwie Schaden zugefügt werden kann, wird im Ernst auch die Charlottenburger Polizei nicht glauben.

Eine folgenschwere Kettexplosion ereignete sich gestern nachmittag gegen 1 Uhr in einem im Hofparterre gelegenen Räume der Köpenicker Altritz-Fabrik. In diesem Räume befand sich ein 10 Meter langer und 1 1/2 Meter breiter Trockenapparat, aus Kupfer hergestellt, in dem heiße Luft mit Zinnin verarbeitet wird. Kurz nach der Inbetriebsetzung des Kessels erfolgte eine heftige Explosion, deren Ursache noch nicht bekannt ist. Durch den starken Luftdruck wurden die Fensterscheiben zerplittert und zahlreiche Fensterkreuze herausgerissen. Auch eine Kabinwand stürzte ein. Ebenso ist der Apparat an zahlreichen Stellen beschädigt worden. Der in dem Räume befindliche Arbeiter Pogendorf aus Köpenick wurde durch den Luftdruck durchs Fenster geschleudert und erlitt eine erhebliche Verletzung des rechten Fußes. Die Stichflamme, die sich gebildet hatte, verletzten den Arbeiter außerdem im Gesicht und an den Händen derart schwer, daß er nach dem Kreiskrankenhause in Britz gebracht wurde.

Um ein Paar Stiefel. Im Norden Berlins schien zwei unbekannte Männer einen Schwindel in Szene, der eines komischen Vergleichens nicht entbehrt. Dort erschien in einem Schuhwarenladen ein Mann und verlangte ein Paar gute Schnallenschuhe. Er ließ sich mehrere Sorten vorlegen und zog schließlich ein Paar, das ihm zusagte, an. Als er gerade damit fertig war, erschien ein zweiter Kunde, der, ehe er noch bezahlt werden konnte, was er wünschte, zur größten Ueberraschung des Geschäftsmannes, dem ersten Mann — eine schallende Ohrfeige gab und dann wieder, ohne ein Wort zu sagen, zur Tür hinauslief. Der Geohrfeigte tat sehr bestürzt, rannnte dann aber dem Folgenden nach und verschwand mit ihm an der nächsten Straßenecke, ehe noch der verdunte Ladeninhaber sich eigentlich erklären konnte, was los war. Als sich aber der Beschlagene nicht wieder sehen ließ, kam er zu der richtigen Ueberzeugung, daß er das Opfer eines ganz raffinierten Schwindels geworden war. Denn ohne Zweifel arbeiteten die beiden Männer zusammen. Auf dem Kriepschauplatz blieben ein Paar alte, ausgelebte Lederpantoffel, die der „Käufer“ der Schnallenschuhe angedacht und zurückgelassen hatte.

Der Tod auf den Schienen. Auf dem Ferngleis Berlin—Fürstentwalde, dicht hinter Rahnsdorf, wurde gestern früh der zerstückelte Leichnam eines etwa 42 Jahre alten Mannes aufgefunden. Die Persönlichkeit des Toten ist noch nicht bekannt. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, ist ebenfalls noch nicht festgestellt worden. Der Tote trug einen schwarzen steifen Hut, dunkelgrauen Mantel, hellgraues Jackett, sowie dunkelblaue Hose und Weste. Auch fand man bei dem Toten einen größeren Geldbetrag. Die Leiche wurde nach der Friedrichshagener Leichenhalle gebracht.

Zwei berüchtigte Zuhälter und Räuber wurden gestern von der Neuföllner Kriminalpolizei in Dirmenquartieren in Berlin ermittelt, festgenommen und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Es handelt sich um zwei gefährliche Burschen, die 25 und 27 Jahre alten „Arbeiter“ Fritz Störger aus der Mariannenstraße und Walter Köhl, der ohne feste Wohnung war. Beide sind schon wiederholt verurteilt. Den letzten Raubüberfall führten sie vor acht Tagen aus. Sie überfielen eine spät abends heimkehrende Frau am Kottbusser Damm, als diese ihre Wohnung aufsuchte, aus einem Hinterhalt und beraubten sie. Während der eine der beiden der Ueberfallenen die Hände fest und den Mund zuhielt, knipfte ihr der andere die Strickdase auf und raubte ihr ein dort verpacktes gehaltenes Portemonnaie.

Eine kranke Frau wurde gestern auf dem Bahnhof Fürstentwalde am Kottbusser Damm hilflos aufgefunden und nachdem man sie zuerst nach einer Anstaltstation gebracht hatte, in eine Heilanstalt überführt. Es ist eine unbekannte, ungefähr 35—40 Jahre alte, mittelgroße, untersehlige Frau mit dunklen Haaren und ovalem Gesicht, die einen schwarzen Umhang, einen blaugemusterten Rock und schwarze Strümpfe und Schürzhübe trug. Die Kranke hatte einen Zettel bei sich, auf dem der Name Hedwig Stahypetz verzeichnet war.

Von Eindrehern niedergefahren wurde gestern morgen ein Kraftfahrzeug in der Greifenauerstr. 27. Auf dem Grundstück befanden sich im ersten und zweiten Stock des Durggebäudes die Fabrikanten der Schiffslegete und Messinglaternenfabrik von Emil Gurich. Auf diese hatten es Eindrehler abgesehen. Sie schloßen sich, als der Kraftfahrzeugführer Michel das Haus um 6 Uhr geöffnet hatte, in die

Fabrik ein und machten sich dabei, Metallwaren und Messingabfälle in Säcke zu packen, um damit wieder unbemerkt zu verschwinden. Eine halbe Stunde später fiel es dem Führer auf, daß das Licht in einem Raume im zweiten Stock, das er kurz vorher angezündet hatte, erlosch war. Als er den Raum betrat, um nach der Ursache zu sehen, hörte er ein leises Rauschen. Blötzlich bekam er mit einem harten Instrument, allem Anschein nach mit einer eisernen Stange, einen wuchtigen Schlag auf den Kopf, der ihn zu Boden stredte. Zugleich liefen zwei Männer an ihm vorbei. Andere Personen sahen noch, wie zwei Kerle über die Mauer des Nachbargrundstückes Nr. 28 sprangen. Sie verfolgten sie noch, doch gelang es den Verbrechern unerkannt zu entkommen. Der niedergelegene Fabrikführer hat eine schwere, stark blutende Wunde über dem linken Auge davongetragen. Er wurde gleich von einem herbeigeholten Arzt verbunden. Die benachrichtigte Kriminalpolizei entsandte sofort einen Kommissar mit einem Polizeihund an den Tatort, um die Spur der Missethäter zu verfolgen. Der Hund nahm auch an einem zurückgelassenen Gut der Einbrecher und den Säcken Witterung, vermochte die nach dem Nachbargrundstück führende Spur jedoch nicht weiter zu verfolgen, weil der Regen sie verwischt hatte.

Im Hotel erschossen hat sich ein noch unbekannter Mann von etwa 28 bis 30 Jahren. Der Fremde fiel am Dienstag in einem Hotel in der Royalstraße ab und trug sich als Kaufmann Wilhelm Müller aus Stargard in die Fremdenliste ein. Der im Fremdenbuch eingetragene Name scheint nicht zu stimmen. Der Unbekannte, dessen Leiche nach dem Schauhaus gebracht wurde, ist 1,68 Meter groß und schlank, hat ein schmales Gesicht, dunkles Haar und einen kleinen blonden, gestülpten Schnurrbart und trug eine graugrüne gestreifte Hose, einen schwarzen Rock und Weste, einen braunen, gerippten Winterpaleot, Kormalmäntel, schwarze Schürschuhe und einen braunen, weichen Hut, der die Firma Brauch, Münster i. W., trägt.

Ein Kind schwer verbrannt. Ein schweres Brandunglück hat sich gestern abend gegen 8 Uhr in der Kreuzowstr. 14 im Norden Berlins zugetragen. Im dritten Stock des Hofgebäudes hat dort der Leber- und Schneider R. h. n. h. o. l. b. mit seiner Familie eine kleine Wohnung inne. Als sich gestern abend Frau R. h. n. h. o. l. b. auf einige Zeit aus der Wohnung entfernt hatte, um Befolgungen zu machen, warf ein Kind aus Versehen eine brennende Petroleumlampe um, die auf dem Tisch gestanden hatte. Durch das brennende Petroleum wurde ein Kinderbett in Brand gesetzt, in dem das 7/8 Jahre alte Töchterchen Ella lag. Als die Mutter heimkehrte, sah sie schon vom Hofe aus den Feuerschein in ihrer Wohnung und eilte zu Hilfe. Obgleich es ihr gelang, das Feuer schnell zu erlöschen, hatte das kleine Mädchen doch schon schwere Verletzungen am Kopf und am rechten Arm erlitten. Die Mutter brachte das Kind nach einem in der Nähe wohnenden Arzt und ließ es dort verbinden. Dann mußte es auf Anordnung des Arztes in das Virchow-Krankenhaus gebracht werden.

Wer ist die tote? Aus dem Landwehrkanal an der Schleuseninsel als Leiche gelandet ist am 8. Februar 1918 eine unbekanntes circa 25 Jahre alte, anscheinend den mittleren Ständen angehörige Frauensperson, die bereits längere Zeit im Wasser gelegen hat. Sie hat eine Größe von 1,70 Meter, dunkelblondes Haar und war mit weißer Bluse, weißem Hemd und ebensolchen Beinkleidern, gez. K. O., grauem Korsett, schwarzen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen bekleidet. An der linken Hand trug die Leiche zwei aneinander goldene Ringe, einen mit einem blauen und den anderen mit einem roten Stein. Mitteilungen über die Persönlichkeit nimmt jedes Polizeirevier und der VI. Kriminalbezirk zu Nr. 550. IV. 55. 18 entgegen.

Der Film der Scottischen Südpolarexpedition wird in den kinematographischen Vorlesungen auf der Kreuzow-Sternwarte vorgeführt und von Dr. Ardenholz erklärt. Das Thema am Sonnabend, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, lautet: „Eine Wanderung durch das bayerische Hochland und die Königsalpen“, um 8 Uhr: „Die deutschen Ost- und Nordseeleichen“, um 8 Uhr: „Eine Reise ins Weltall“, bei welcher ganz besonders die Scottische Expedition zur Sprache kommt. Am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, lautet das Thema: „Der deutsche Wald, was in ihm lebt und was aus ihm wird“, um 5 Uhr: „Ein Ausflug in die Sternwelten“ (astronomischer Vortrag von Dr. Dr. Dr. S. Ardenholz), in welchem auch der Scottische Film vorgeführt wird, um 8 1/2 Uhr: „Die deutschen Ost- und Nordseeleichen“ und um 8 Uhr: „Der deutsche Wald, was in ihm lebt und was aus ihm wird.“ Am Montag, abends 7 Uhr, spricht Dr. Dr. Dr. S. Ardenholz über: „Sternhausen, veränderliche und neue Sterne.“ Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Venus und jeden Abend der Mond und Saturn gezeigt.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Die Beratung des Gemeindehaushaltplans fand am Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung auf der Tagesordnung. Es ist erinnerlich, daß 1911 und 1912 der Versuch gemacht wurde, in der Steuerfrage nach einem einheitlichen Plan zu handeln. In diesem Jahre blieb aber von vornherein die gegenseitige Fühlung aus und jeder Magistrat der Groß-Berliner Gemeinden handelte nach seinem Gutdünken. Bezeichnend ist es, daß der Oberbürgermeister diesmal, wo er nicht an Abmachungen mit den übrigen Magistraten gebunden war, eine ganz andere Politik machte als vor Jahresfrist. Damals war auch die finanzielle Lage Wilmerdorfs nach den Worten des Herrn Faberzmann nicht weniger als günstig, war die Erhebung eines Zuschlages von 110 Proz. durchaus notwendig. Die Stadtverordnetenmehrheit sagte demnach nein. Die Etatsrede des Oberbürgermeisters vom Mittwoch sah nun mit einem Male alles in rosenroter Beleuchtung. Der Etat hat nach den Worten des Stadtoberhauptes ein erfreuliches Bild und legte Zeugnis ab von der gesunden Entwicklung der städtischen Finanzen. Das Interesse der Stadt gebiete durchaus, es bei 100 Prozent Zuschlag bewenden zu lassen, fernermal die Gemeinde auch im laufenden Geschäftsjahr sehr gut mit diesen 100 Proz. habe wirtschaften können. Was Schöneberg und Charlottenburg täten, sei ihre Sache, Wilmerdorf habe aber vor allen Dingen auf die hinter ihm liegenden Landgemeinden acht zu geben und sich von diesen nicht die guten Steuerzahler wegschnappen zu lassen. Der Oberbürgermeister ging dann auf die Zahlen des Voranschlages ein. Dem Ausgleichsfonds brauchten nur 658 000 M. zur Bilanzierung entnommen zu werden; es verblieben diesem Fonds dann immer noch anderthalb Millionen. Die Heberschüsse des laufenden Etatsjahres würden größer sein als vor Jahresfrist veranschlagt worden sei; und wenn man nach dem Brauch anderer Städte die Heberschüsse gleich in den neuen Etat einfließen wolle, dann würde sich die dem Ausgleichsfonds zu entnehmende Summe wohl um 400 000 M. verringern. Auch die an den Kreis Teltow zu zahlenden Beträge in Höhe von 900 000 M. würden im Gegensatz zu dem Brauch anderer Gemeinden nicht aus Anleihen, sondern aus laufenden Mitteln entnommen. Erfreulich sei ferner, daß die Belastung des Grundbesitzes immer geringer werde; könne doch schon 1914 damit gerechnet werden, daß Wilmerdorf das gesetzliche Normalverhältnis von 150 zu 100 zwischen Realsteuern und Personalsteuern erziele. Nach allem ließe sich mit gutem Gewissen die Erhebung von nur 100 Proz. Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer empfehlen.

Nachdem der Stadtkämmerer Kohde die Darlegungen des Oberbürgermeisters im einzelnen ergänzt hatte, versetzte der Führer der großen konservativ-nationalliberalen Fraktion, Stadtverordneter Droese, dem Magistrat wegen seines Widerspruches zu der vorjährigen Etatsberatung einige Hiebe. Dann glaubte er mit besonderer Schärfe betonen zu müssen, daß Wilmerdorf im Gegensatz zu Schöneberg für den autokratischen Gedanken eines kommunalen Groß-Berlins nicht zu haben sei; auch für ein heuristisches Groß-Berlin werde sich die Stadtverordnetenmehrheit vorläufig nicht begeistern. Seinem sozialen Empfinden gab dieser Redner durch die vorsichtige Wendung Ausdruck, daß man den Wohlfahrtsrat mit einer gewissen Vorsicht

prüfen müsse. Nicht ohne Grund tadelte Herr Droese dann eilige Eigenmächtigkeiten, die sich der Dezerent für kommunale Sozialpolitik, Stadtrat Steinborn, hatte zu schulden kommen lassen; diese Eigenmächtigkeiten hätten die unbeforderten Stadträte, die sich als Vertrauensmänner der Stadtverordnetenversammlung betrachten müßten, verhindern sollen. Insbesondere müsse getadelt werden, daß die Verwaltung der städtischen Fleischhalle, deren Errichtung nach dem unqualifizierbaren Verhalten der Schlächtermeister durchaus zu billigen sei, völlig der Kontrolle der städtischen Körperschaften entzogen zu sein scheint. Wenigstens wäre die Feuerungsdeputation seit Monaten nicht zusammenberufen worden.

Im Magistrat erstand dem Herrn Steinborn, der in der Sitzung fehlte, kein Fürsprecher. Der fortschrittliche Stadtverordnete Büchtemann setzte auseinander, daß das rosenrote Bild vom glücklichen Stande der Wilmerdorfer Finanzen doch nicht zureichend sei. Eine Erhöhung des Zuschlages auf 110 Proz. möge nicht dringend notwendig sein, notwendig sei sie aber dennoch, schon wenn man in Betracht ziehe, daß die wüste Terrainspekulation am Ort den soliden Grundbesitz langsam aber sicher zugrunde richte.

Der nationalliberale Stadtverordnete Dr. Leidig polemisierte gegen Büchtemann und beklagte, daß der Groß-Berliner Zwischenschub ein leistungsunfähiges Gebilde sei. Die kommunale Sozialpolitik tat Herr Leidig mit der Wendung ab, daß eine Gemeinde als rüstständig bezeichnet werde, wenn sie nicht alle ihr auf diesem Gebiet von der Regierung zugewiesenen Aufgaben erledigen wolle.

Nachdem nach der Fortschrittler Sohn und ein Schulmann, Prof. Dr. Helmke, insbesondere über die Kulturschancen der Stadt gesprochen hatte, tadelte Stadtverordneter Schröder als Vertreter der Sozialdemokratie gleichfalls, daß der Magistrat an den Ausgaben für Kulturschwebe verschiedene recht kleinliche Abstriche gemacht hat. Vielleicht aber wäre der Abstrich an der für Jugendspiele ausgelegten Summe damit zu entschuldigen, daß der Magistrat der an sich durchaus richtigen Meinung sei, die organisierte Arbeiterschaft werde sich der Jugend in einem noch höheren Maße als bisher annehmen. Auf eine Vorhaltung des Herrn Leidig wies Schröder darauf hin, daß es gerade vom bürgerlichen Standpunkt aus nicht sehr klug sei, ferner in nationalökonomischer Hinsicht höchst unvorteilhaft sei, wenn man nach dem Muster dieses Gelehrten der minderbemittelten Bevölkerung vorrechnen, daß die von ihr gezahlten Gemeindesteuern nicht einmal den Ballschulbedarf deckten. Die Grundbesitzer könnten als Mittelpersonen dem Magistrat keine Steuern zuführen, wenn die Arbeiterschaft ihnen durch Zahlung sehr hoher Mieten nicht die Möglichkeit dazu böte; und ferner sei zu berücksichtigen, daß trotz des Schulgeldes jedes Kind in den höheren Schulen der Stadt 27 M., jeder Volksschüler aber nur 142 M. an Zuschlag erfordere. Medner ging dann auf die Finanzlage der Stadt ein und wies nach, daß im Grunde genommen die ganze kommunale Steuerpolitik Wilmerdorfs auf Flugland aufgebaut sei. Andere Städte hätten rechtzeitig durch werbende Anlagen für eine Festigung der Erträge gesorgt; in Wilmerdorf sei die Stadtverordnetenmehrheit fortwährend ein grundfählicher Gegner kommunaler Eigenbetriebe. Hiermit stehe in Zusammenhang die Angst vor einer fortschrittlichen Sozialpolitik; und doch hätte der Umstand, daß die Verdickung wochenlang kein ausländisches Fleisch zum Kauf erhalten hätte, wenn die Konsumgenossenschaft Groß-Berlin nicht eingesperrt wäre, auch den konservativen Herren in der Stadtverordnetenversammlung über die Bedeutung der Arbeiterorganisationen ein Licht aufdecken sollen. Vielleicht käme man in dieser Hinsicht bald auf bessere Gedanken und führe nach dem rühmlichen Vorbild der Nachbargemeinde Schöneberg auch in Wilmerdorf die Arbeitslosenunterstützung ein. Weiter fand Schröder Gelegenheit, einen Zwischenruf des Herrn Leidig, der auf die angebliche Vergünstigung der Arbeiter hinwies, mit der Einengung abzufertigen, daß es für Herrn Leidig näher läge, sich um die Frühstunde des Zentralverbandes deutscher Industrieller im Hotel Adlon zu kümmern, wenn er es nun einmal nicht unterlassen könne, ohne derartig kleinliche Argumente auszukommen. Dann wandte der Redner sich der städtischen Wohnungspolitik zu, die darin gipfeln, daß der Magistrat die Bauunternehmer zwingt, die Errichtung von Häusern mit kleinen Wohnungen zu unterlassen. Wenn Arbeiter bei der Erhebung von Lohnforderungen die Unternehmer in ähnlicher Weise in eine Zwangslage versetzten, würden sie von deutschen Gerichten ohne Erbarmen mit Hilfe des Expropriationsparagrafen ins Gefängnis geschickt. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Schröder auf die Nichtsnutzigkeit der in Wilmerdorf betriebenen Richturmspolitik hin, die einer auf das Wohl des Ganzen gerichteten und auf sozialer Grundlage aufgebauten Kommunalpolitik weichen müsse. Hoffentlich sei der Tag nicht mehr allzufern, wo allen Hindernissen zum Trotz ein auf gemeinsamer Erledigung der Armen-, Wohlfahrts-, Schul- und Steuerfragen beruhendes, ein den Beiträgen wirklich entsprechendes Groß-Berlin geschaffen werde.

Eine Anzahl persönlicher Bemerkungen bildeten den Schluß der Sitzung, die erst um elf Uhr ihr Ende erreichte. Der Etat wurde, wie in früheren Jahren, den üblichen drei aus der ganzen Stadtverordnetenversammlung gebildeten Ausschüssen überwiesen.

Lichtenberg.

Lichtenberg soll Rohrpost erhalten. Von der Postverwaltung hat der Magistrat die Mitteilung erhalten, daß Lichtenberg eine Rohrpostverbindung erhalte, wenn im Etat die Mittel bewilligt würden.

Die Freie Turnerschaft Lichtenberg veranstaltet am Sonntag, den 18. Februar, in Otto Stouers Festsaal, Franzfurter Chaussee Nr. 128, aus Anlaß des zweijährigen Bestehens der Frauenabteilung einen Unterhaltungsabend. Mitwirkende: Herr A. Ebert, Variationskünstler; Herr G. Köhler, Rezitationen; Mandolinenspieler. Anfang 4 1/2 Uhr. Des weiteren sei darauf hingewiesen, daß die Turnstunden für die Männerabteilung Dienstag und Freitag von 7 bis 8 1/2 Uhr, für die Frauenabteilung Mittwoch von 7 bis 8 1/2 Uhr und für die Altersklasse Freitag von 7 bis 8 1/2 Uhr im obigen Lokal stattfinden.

Schöneberg.

Ans Anlaß des fünfjährigen Bestehens seiner 1. Frauenabteilung veranstaltet der Arbeiterinnenverein am Sonntag, 18. Februar, einen Heiteren Abend im großen Saale des „Gesellschaftshauses des Westens“, Hauptstr. 82. Mitwirkende: Herr Schmid-Kahler (Wieder zur Laute), Frau Schmid-Stajler (Rezitation). Anfang 7 Uhr. Eintritt inkl. Programm 40 Pf. Da der Verein noch immer unter der Turnhallenverweigerung der Regierung zu leiden hat und der event. Ueberdrehung zur Anschaffung von Turngeräten dient, wird um zahlreichem Besuch gebeten.

Lichterfelde.

Kommunale Verkehrswege. Im gestrigen Artikel ist die Straßenbahnlinie Vahnhof-Ost-Vahnhof-West um rund zwei Kilometer länger angegeben; sie ist nicht etwas über fünf, sondern nur etwas über drei Kilometer lang, bei einem Fahrpreis von 20 Pf.

Neu-Bittan (Kreis Beesdo).

Die Einführung der Schulzahnpflege für die hiesige Gemeinde wurde der letzten Gemeindevorstellung in einem Schreiben des Landrats warm empfohlen. Die Kosten sollen der Gemeinde von der Regierung wieder zurückerstattet werden. Die Vertretung bewilligte vorläufig 125 M. für diesen Zweck. Genosse Schulz beantragte, denjenigen Kindern, die mittags nicht nach Hause gehen können, einen Aufenthaltstisch anzuweisen sowie denselben ein Glas warme Milch zu reichen. Trotzdem einige Kinder von morgens 7 Uhr bis nachmittags 5 Uhr von Hause fort sind, lehnte die Vertretung gegen die zwei Stimmen unserer Genossen den Antrag ab.

Röpenitz.

Der Arbeitergesangverein „Männerchor Röpenitz“ veranstaltet am Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 Uhr, und am Sonntag,

den 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, sein diesjähriges Winterfest in den Gesamtträumen des „Stadttheaters“. Eintrittspreis: Sonnabend pro Person 50 Pf., Sonntag Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.

Aus aller Welt.

Der verhaftete Regierungsdassessor.

Ueber die Verhaftungen des Regierungsdassessors Lewicki aus Köslin, über dessen Verhaftung wegen Astenunterschlagung wir dieser Tage berichteten, werden in der Presse die verschiedensten Meinungen vertreten. Auf der einen Seite wird behauptet, daß Lewicki während seiner Tätigkeit bei der Kösliner Polizeibehörde ein Astenbündel verschwinden ließ, das die Dokumente enthielt, die einen dänischen Konsul wegen Spionageverbahts schwer beklagten. Für diesen Liebesdienst habe Lewicki einhundertvierzigtausend Mark Bestechungsgelder erhalten. In der „Kieler Zeitung“ wird der Sachverhalt als eine Erpressung an einem Fabrikanten dargestellt, der an öffentlichen Lieferungen beteiligt sei. Der Regierungsdassessor, der während einesurlaubes des Polizeipräsidenten als dessen Vertreter amtierte, habe dem Fabrikanten zunächst 20 000 Mark abgenommen, die er zur Unterdrückung eines Verfahrens gegen den Fabrikanten verwenden wollte. Der ganz unschuldige (!) Unternehmer gab nicht nur die 20 000 Mark, sondern später noch weitere Summen, die insgesamt 141 000 Mark betragen.

Ein so edelmütiger Mensch ist wirklich ein Unikum. Man kann sich wohl denken, daß ein unschuldiger Unternehmer einige hundert Mark oder auch einige tausend Mark daran setzt, um den Scherereien eines Prozesses aus dem Wege zu gehen; daß ein völlig rein dastehender Mann aber 141 000 Mark für solche Zwecke auswirft, werden wohl nur ganz naive Gemüter glauben.

Der stellvertretende Polizeipräsident a. D. ist natürlich Reservelieutenant und mußte vorzüglich mit den erschwerten Geldern umzugehen. In Kiel war er als Kavallerieoffizier ein ständesgemäß; so bewohnte er als Junggeselle eine luxuriös eingerichtete Wohnung von fünf Zimmern. Im Augenblick ist sein Logis weniger standesgemäß und dürfte es wohl auch für längere Zeit bleiben.

Verhaftung einer Falschmünzerbande.

In der böhmischen Stadt Gablonz ist die Polizei einer großen Falschmünzerbande auf die Spur gekommen. Sechs Personen, meist Graveure, sind verhaftet worden. Die Affäre scheint noch weitere Kreise zu ziehen. Die Untersuchung wird fortgesetzt. Die Falschmünzer fertigten ausschließlich brasilianisches Geld an und sandten es bereits seit zehn Jahren in Fässern, deren Inhalt als Zement deklariert war, ins Ausland. Verbreitungsorte waren Curitiba in Brasilien und Valparaiso. Das umgekehrte falsche Geld beträgt über eine Viertel Million Kronen. Der Hauptschuldige ist angeblich der Privatier Leubner, von dem erzählt wird, daß er früher Radkaufmann in Curitiba war, von dort aber wegen unläuterer Radkaufschäften flüchten mußte. Die Fässer enthielten tatsächlich Zement; die Falschmünzer waren in der Mitte der Fässer verpackt, so daß das falsche Geld niemals entdeckt wurde.

Kleine Notizen.

Das prinzipielle Unglücksdrama. Der 16jährige Lehrling Gänger, der am Mittwochabend in Karlsruhe von dem Automobil des Prinzen Ernst August von Cumberland überfahren wurde, ist im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Russische Zustände. Bei den Nachforschungen wegen eines im September 1912 verübten Mordfalls entdeckte die Polizei gestern in einem Hause in der Gribojedowstraße in Tiflis eine Niederlage fertiger Bomben und eine Menge Sprengstoff. 24 Personen wurden verhaftet. Diese Entdeckung hat, wie die Polizei feststellte, die Ausführung von bereits geplanten Ueberfällen auf ein Postamt und einige Banken verhindert.

Die gefändete Stadt. Die Stadtverwaltung von Neapel ist vor einiger Zeit verurteilt worden, einem Portier Schadenersatz zu zahlen für den Tod seiner Angehörigen, die bei einem durch schlechte Instandhaltung der Kanalisation verursachten Häusersturz umgekommen waren. Da die Verwaltung nicht begabte, ließ der Gläubiger am 10. d. Mts. unter dem Beistand des Rechtsanwalts Genossen Pasalo im Rathaus die goldenen Schlüssel der Stadt und die Porträts des Königs paares, sowie einige Kunstgegenstände beschlagnahmen. Die Anwesenheit gibt an allgemeiner Heiterkeit Anlaß.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Donnerstagsmorgen auf der Strecke Paris-Belfort. Eine Arbeitermannschaft, die mit der Ausbesserung des Schienenstranges beschäftigt war, wurde dort von einem Zuge erfasst und drei Arbeiter in der schrecklichsten Weise verstümmelt und getötet. Zwei andere wurden schwer verletzt. Das Unglück geschah dadurch, daß zwei Lüge in einer Richtung in so kurzem Abstand folgten, daß der zweite infolge des Rangierens und des von der Lokomotive des ersten Zuges hinterlassenen Rauches nicht rechtzeitig zu erkennen war.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 18. Februar: Beschäftigung des Reichspolizeimeisters. Treffpunkt 7 1/2 Uhr, Hermannplatz (Apothek). Für Radfahrer 7 1/2 Uhr pünktlich Leipzigerstraße. Ude Wauerstraße (vor dem Museum). Die Beschäftigung gilt für die Gruppe I und II.

Für Gruppe V. Beschäftigung der Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg (Krausenhoferstr. 11-12). Treffpunkt 7 1/2 Uhr, Hermannplatz (Apothek). 7 1/2 Uhr pünktlich vor der Ausstellung. Die Arbeiterjugend wird auf diese Beschäftigungen, da sie vollständig kostenlos sind, besonders hingewiesen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 18. Februar: Wanderausflug nach Groß-Röhrig-Teupitz-Görsdorf-Joch-Forthaus Bunder-Reuthof. Abfahrt 6.55 Uhr Gültiger Bahnhof. Gäste willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Roten Röhre“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 18. Februar: Wanderung von Wannsee nach Köpenick, Redlich, Potsdam. Abfahrt nach Wannsee vom Schloß. Abfahrt 8.06; Charlottenburg 8.26. Gäste willkommen.

Die Arbeiter-Samariterkolonne für Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags von 1 1/2 bis 4 Uhr, in den Gesamtträumen des Schweizersgarten am Ringtor eine Übung, bestehend aus Aufmärschen des Zelles, Verbände anlegen und Transport Verunglückter. Freunde des Samariterwesens sind als Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Greisekolonne der Metallarbeiter (E. G. 20), Hamburg. Filiale Baumgartenweg. Dem Mitglieder, welche in Kreuzow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 15. Februar, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Kleefeldstr. 22, stattfindet wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die justizielle Spruchkammer findet in den Nr. 69, vorn über Treppen - 8 1/2 Uhr abends - nachmittags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Dankbuch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

G. N. 1. Ja, soweit die Lohnforderung 25,85 M. die Woche übersteigt. 2. Ja, lediglich Aliments. - G. N. 88. 1. und 3. Ja, sofern auch im Augenblicke Unterricht erteilt wird. 2. Das ist eine alte Falschmünzer, die jetzt für rechtsgültig erklärt worden ist. 4. Beim Magistrat. 5. Je nach der Höhe des Einkommens. Einkommen bis zu

1500 R. unterliegen der Gewerbesteuer nicht. — W. D. Rein. Nr. 110. Eine vom Geistlichen abgegebene Erklärung, das Kind in einem bestimmten Glauben zu erziehen, ist nicht rechtsverbindlich. Sie können die Kinder in einem anderen Religionsunterricht unterrichten lassen, auch von einer Taufe überhaupt absehen. — W. S. 58. Falls deswegen die Ehe geschieden wird, ist nach erfolgter Ehecheidung, falls die Frau einen Strafanspruch stellt, eine Bestrafung zu erwarten. 2. Rein. 3. Ohne Kenntnis der Höhe des Verdienstes nicht zu beantworten. 4. Ja, soweit für Aufwendungen und Unterhalt entstanden. — C. Rein. — Z. 100. 1. Ja, die Abtretung bedarf aber der Genehmigung des Besondereinstellungsgerichts. 2. 150 R. — W. D. Nr. 10. 1. Machen Sie der Polizeibehörde Mitteilung. 2. Wenn häufige nächtliche Aufweckungen nachgewiesen werden und auf Aufforderung, die an den Eigentümer des Grundstücks, in dem Sie wohnen, zu richten ist, nicht unterbleibt, ja. 20. 85. Ja, sofern der Vollstreckungsauftrag vor Zahlung der Schuldsomme erteilt war, andernfalls nein. Ob das geschehen war oder nicht, erfahren Sie beim Gerichtsvollzieher. 2. u. 3. Falls unbefristet, ist dem Gerichtsvollzieher die Quittung vorzulegen. Falls dieser dennoch pfändet, muß Beschwerde beim Amtsgericht erhoben werden. 4. Rein. 5. Dem Gerichtsvollzieher des Bezirks, in dem der Schuldner wohnt, oder bei der Verteilungsstelle. — G. R. 29. 1. Rein. 2. Nachteilige keine. Sie haben jedoch den Vorteil, falls Sie wieder in Sachen Ihren Wohnsitz nehmen, dort wählen zu können. Wir raten daher, auf die nächste Staatsanwaltschaft nicht zu verzichten. 3. u. 4. Ja. — C. R. Rein. — Z. D. 26. Die Herrschaft dauert bis zur Dauer von 6 Wochen vom Tage der Erteilung ab gerechnet. — R. M. 40. 1. u. 2. Sie können nach vorheriger Androhung die Versteigerung durch einen Gerichtsvollzieher veranlassen. — P. 26. Fordern Sie unter Sehung einer Frist von etwa 14 Tagen Abhilfe und drohen Sie, daß Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist den Vertrag per sofort lösen werden. Dieses Recht steht Ihnen ab dann auch zu. — C. R. 59. Geburtsurkunden beider, sowie Militärpaß des Bräutigams. — G. G. 11. Nach Ihrer Darstellung sind Sie nicht zahlungsunfähig. Lassen Sie der Vermögensverwaltung Ihre Verhältnisse mit. — R. 50. 1. Privatklage beim Schöffengericht, nach vorausgegangenem

Schmerzbefehl beim Schiedsmann. 2. Geld- oder Gefängnisstrafe. Das Strafmaß bestimmt der Richter. 3. Polizeipräsident. — Nr. 1000. 1. Ja, und zwar innerhalb vier Wochen nach Zustellung der Karte. 2. Sie sind zur vollen Rückzahlung der rückständigen Steuer verpflichtet. — W. R. 26. 1. Zunächst fordern Sie unter Sehung einer Frist von etwa einer Woche Abänderung und drohen gleichzeitig, daß Sie nach Ablauf der Frist die Abänderung anderweit herstellen lassen und die Kosten ersetzt verlangen würden. 2. und 3. Es ist alsbald zweckmäßig, einen gerichtlichen Sachverständigen hinzuzuziehen. Adressen finden Sie im Adreßbuch II. Teil verzeichnet.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	12. 2.	11. 2.		12. 2.	11. 2.
Remel, Mühl	998 ⁹	+21	Saale, Großk.	226	-10
Regel, Osterburg	183 ⁹	-10	Saale, Spandau ⁹	104	-4
Reichel, Thon	378 ⁴	-12	Saale, Rathenow ⁹	120	-2
Ober, Ratibor	144	-7	Spree, Spremberg ⁹	102	0
Krosen	124	-89	Reestow	103	+4
Frankfurt	205	+23	Weser, Minden	280	-16
Wartze, Schrumm	144	0	Weser, Minden	295	-13
Landberg	140	+6	Weser, Magdeburg	404	-8
Rehe, Borsdamm	84	-4	Weser, Raab	275	-18
Elbe, Reitmeritz	96	-8	Weser, Raab	346	-20
Dresden	-14	-16	Weser, Raab	143	-5
Barby	852	-15	Weser, Hamau	257	-10
Magdeburg	295	-20	Weser, Lier	161	-20

⁹ + bedeutet Hoch, — Fall. — ⁹ Unterpegel. — ⁹ Hochstand.
⁹ Mittelwert auf ein Drittel Strombreite.

Marktpreise von Berlin am 12. Februar 1913, nach Ermittlungen des k. k. Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,60—16,70, mittel 16,57—16,63, geringe 16,65—16,66 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,00—17,70, mittel 16,90—16,90, geringe 16,60—16,60. Hafer, gute Sorte 18,40—20,30, mittel 16,70—18,30 (jei Wagen und ab Bahn).

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldebohnen, weiße 35,00—50,00. Linen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kälse 1,60—3,20. Hander 1,40—3,60. Schote 1,60—2,80. Karische 1,00—2,40. Schfelle 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 4,00—24,00.

Witterungsübersicht vom 13. Februar 1913.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Stinnes	774	SW	3	bedeckt	2	Saparanda	770	SW	3	bedeckt	-12
Damburg	776	SW	1	bedeckt	4	Weserburg	764	SW	3	bedeckt	-11
Berlin	774	SW	3	bedeckt	4	Schiff	776	SW	3	bedeckt	7
Frankf. a. M.	777	SW	1	bedeckt	1	Übersee	773	SW	3	bedeckt	8
München	777	SW	2	bedeckt	3	Paris	776	SW	3	bedeckt	8
Wien	774	SW	2	bedeckt	1						

Wetterprognose für Freitag, den 14. Februar 1913.
Teilweise aufklarend, vorwiegend neblig oder wolfig, am Tage ziemlich mild bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Ultime Invincibile Torte merveilles Confiserie des Holzboffen
Im höchsten Grad Invincibile und Vollkommene

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Freitag Sonnabend Großer Lebensmittel-Verkauf Sowie Vorrat

Kolonialwaren

- Kleine Erbsen Pfund 15 Pf.
- Viktoria-Erbsen Pfund 18 Pf.
- Glasierte gelbe Erbsen Pfund 22 Pf.
- Kleine Linsen Pfund 16 Pf.
- Mittel-Linsen Pfund 21 Pf.
- Weisse Bohnen Pfund 18 Pf.
- Rundbohnen Pfund 22 Pf.
- Rangoon-Reis ... Pfund 18, 20 Pf.
- Java-Reis Pfund 24, 30 Pf.
- Backobst ... Pfund 35, 40, 50 Pf.
- Pflaumen ... Pfund 25, 30, 45 Pf.
- Kalif.-Birnen Pfund 40, 50, 60 Pf.
- Kalif.-Aprikosen . Pfund 50, 65 Pf.
- Prunellen Pfund 85 Pf.
- Ringäpfel Pfund 35, 42 Pf.
- Souchong-Tee ^{L. 125} ^{II. 175} ^{III. 250} ^{Pfd.} ^{Pfd.} ^{Pfd.}
- Haushalt-Schokolade Pfund 68 Pf.
- Block-Schokolade ... Pfund 68 Pf.
- Kakao Pfund 70, 90 Pf. ¹¹⁰
- Kaffee Pfund 140 ¹⁵⁰ ¹⁶⁰

Wurstwaren

- Landleberwurst Pfund 100
- Feine Leberwurst Pfund 110
- Rotwurst Pfund 55, 80 Pf.
- Jagdwurst Pfund 105
- Magerer Speck Pfund 98 Pf.
- Gänsebrust geräuchert ... Pfund 130
- Teewurst Pfund 125
- Zerelat u. Salami Pfund 135

Gemüse- und Früchte-Konserven

- Kohlrabi in Scheiben, mit Öl 1/4 Dose 26 Pf.
- Karotten geschnitten 1/4 Dose 27 Pf.
- Schnittbohnen 1/4 Dose 30 Pf.
- Leipziger Allerlei mittelfein 1/4 Dose 48 Pf.
- Schoten und Karotten III 1/4 Dose 42 Pf.
- Kaiser-Schoten feix 1/4 Dose 1⁰⁰
- Stangenspargel 1/4 Dose 1²⁰
- Bruchspargel II 1/4 Dose 98 Pf.

Frisches Fleisch

- Schmorfleisch mit Knochen Pfund 80 Pf.
- Brust und Fehrippe Pfund 75 Pf.
- Hammelkeule Pfund 90 Pf.
- Schweinekotelett Pfund 95 Pf.
- Kamm und Schuft Pfund 90 Pf.
- Kalbskeule im ganzen Pfund 1⁰⁵
- Frische Bratwurst Pfund 70 Pf.
- Kassler Pfund 90 Pf. ^{1⁰⁰}
- Gulasch Pfund 65 Pf.
- Rückenfett Pfund 70 Pf.

Obst und Gemüse

- Apfelsinen . Dutzend 20, 30, 40 Pf.
- Blutapfelsinen . Dtz. 28, 40, 50 Pf.
- Mandarinen Pfund 25 Pf.
- Amerik. Aepfel Pfd. 20, 25, 30 Pf.
- Kalif. Aepfel Pfund 35, 45 Pf.
- Grosse Kochäpfel ... Pfund 12 Pf.
- Essäpfel Pfund 10 Pf.
- Amoretten Pfund 30 Pf.
- Ananas Pfund 65 Pf.
- Zitronen ... Dutzend 25, 35, 45 Pf.
- Trauben-Rosinen Pfund 50 Pf.
- Datteln Pfund 35 Pf.
- Erbelly-Feigen Pfund 45 Pf.
- Blumenkohl ... Kopf 10, 15, 20 Pf.
- Mohrrüben 8 Pfund 10 Pf.
- Schwarzwurzeln 8 Pfund 25 Pf.
- Sellerie-Knollen . Knolle 4, 7, 10 Pf.
- Märkische Rübchen ... Pfund 10 Pf.
- Malta-Kartoffeln. Pfund 9 Pf.
- Tomaten Pfund 20 Pf.

Wild und Geflügel

- Schneehühner Stück 80 Pf. ¹⁰⁰
- Fasanen Stück 1⁰⁰ bis 3⁰⁰
- Hasen gestreift ... Stück 3⁰⁰ bis 3⁷⁵
- Hirsch .. Pfund ^{Ragout} ^{Blatt} ^{Koels} ^{Rücken} ^{30 Pf.} ^{70 Pf.} ^{1.10} ^{95 Pf.}
- Junge Hühner ... Stück 1⁴⁵ bis 3⁰⁰
- Suppenhühner ... Stück 1⁴⁵ bis 3⁰⁰
- Enten Stück 2²⁵ bis 3⁷⁵
- Haselhühner Stück 75 Pf.

